



Die Revolution 1848/49

Wie nach 175 Jahren
an den Meilenstein der
Demokratiegeschichte
erinnern?

Die Revolution 1848/49

Susanne Kitschun / Elisabeth Thalhoffer (Hrsg.)

ISBN 978-3-00-071321-7

Susanne Kitschun / Elisabeth Thalhoffer (Hrsg.)

Die Revolution 1848/49

Wie nach 175 Jahren
an den Meilenstein der
Demokratiegeschichte
erinnern?

Susanne Kitschun / Elisabeth Thalhfer (Hrsg.)

Vorwort 3-5

- 1 Peter Steinbach
Revolutionen in der deutschen Demokratiegeschichte 7-23
- 2 Michael Parak
Warum heute an 1848/49 erinnern? 25-35
- 3 Theo Jung
Die Aktualität einer umkämpften Vergangenheit 37-45
- 4 Constanze Itzel
Europäische Dimensionen von Erinnerungskulturen 47-51
- 5 Felix Fuhg
Die Revolution von 1848/49 in Europa und den Kolonien 53-61

- 6 Dorothee Linnemann
Narratives Ausstellen von Kontinuität und Brüchen 63-69
- 7 Susanne Kitschun
Der Friedhof der Märzgefallenen in Berlin 71-79
- 8 Andrej Bartuschka / Elisabeth Thalhofer
Die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in Rastatt 81-87
- 9 Katerina Ankerhold / Lea Braun
1848 lernen am historischen Ort – Der Salmen Offenburg 89-93
- 175 Jahre danach. Das Jubiläumsnetzwerk** 94-95
- 48digital. Das Online-Themenportal** 96-97
- Impressum** 102

Vorwort

Zum 175. Mal jährt sich 2023/24 die Revolution von 1848/49. Das Erinnern an diesen Meilenstein der Demokratiegeschichte hat in den zurückliegenden Jahrzehnten ganz unterschiedliche Formen und Ausprägungen erfahren – stets in Abhängigkeit zu den jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten. Wie also kann man heute – wie wollen wir – an ein Ereignis erinnern, das mehr als sieben Generationen zurückliegt und welchen Platz hat es im kollektiven Gedächtnis?

Diese Leitfrage stand am Beginn aller Überlegungen, die ein gemeinsames Ziel eint: Gerade in Zeiten, in denen universelle Werte, Demokratie und Menschenrechte von einigen infrage gestellt werden, ist es wichtig, das Jubiläum groß und sichtbar zu begehen. Die Auswirkungen jener Zeit für unsere Gegenwart sind enorm und viele der Forderungen, Ideen und Ziele von damals sind noch aktuell. Gleichzeitig gilt es Ambivalenzen herauszuarbeiten, denn 1848 blühte nicht nur ein europäischer Völkerfrühling, sondern es wuchs auch der Nationalismus.

Dank einer Projektförderung durch die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien konnte der Paul Singer e.V. ein Jubiläumsnetzwerk initiieren, in dem Gedenkorte, Museen, Vereine und Akteur:innen Ausstellungs- und Veranstaltungsschwerpunkte anlässlich des 175. Jubiläums der Revolution in den Jahren 2023/24 abstimmen.

Das erste große Etappenziel der Vernetzungsarbeit bildete die Auftakttagung des Jubiläumsnetzwerks am 4. und 5. November 2021 in Rastatt, die vom Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen in Kooperation mit der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte ausgerichtet wurde. Vertreter:innen aus der Wissenschaft, dem Kulturbetrieb und aus der Zivilgesellschaft diskutierten ausgehend von Vorträgen und Impulsbeiträgen, wie in Bildungs- und Kulturarbeit die Geschichte der Revolution heute aufgearbeitet werden kann, welche Möglichkeiten biografische Ansätze bieten, die Revolution lebensnah zu vermitteln, welche Bedeutung die aktuelle geschichtswissenschaftliche Forschung der Revolution zukommen lässt und welche medialen Formate sich eignen, um die Revolutionsgeschichte zu inszenieren?

Die aktuelle Broschüre präsentiert Ergebnisse der Tagung.

Peter Steinbach schafft mit wenigen Worten eine Synopse und historische Einordnung der deutschen Revolutionen in die Demokratiegeschichte. Virtuos schlägt er den Bogen von den Revolutionen 1776 und 1789 zu den Ereignissen der Jahre 1848, 1918 und 1989. Er fordert dabei dazu auf, Revolution und Demokratie zusammenzudenken und die drei vergangenen Jahrhunderte unter dem Begriff der revolutionären Durchsetzung des demokratischen Verfassungsstaates zusammenzufassen.

Michael Parak fragt, inwieweit die Beschäftigung mit der Revolutionsgeschichte 1848/49 eine Relevanz für das historisch-politische Bewusstsein und damit mittelbar auch für die Stärkung der Demokratie heute hat. In fünf Thesen zeigt er, wie am Beispiel der Revolution 1848/49 die Zeitgebundenheit des Demokratieverständnisses und das bis heute anhaltende Ringen um die Gewährung gleicher Rechte verdeutlicht werden können.

Theo Jung gibt Einblicke in neue Forschungsperspektiven: einen differenzierteren Blick auf den ‚demokratischen‘ Gehalt der Revolutionen 1848/49 auf der Basis eines breiteren Demokratieverständnisses sowie die Einbettung der Revolutionen in vielfältige synchrone und diachrone Verflechtungszusammenhänge in zeitlicher und/oder räumlicher Perspektive.

Constanze Itzel beschäftigt sich in ihrem Beitrag über das Haus der Europäischen Geschichte in Brüssel mit den Herausforderungen, die aus der Heterogenität, Komplexität und Vielfalt der europäischen Geschichtsrezeption resultieren.

Felix Fuhg gibt Erklärungsansätze, wieso die Revolution 1848/49 europäisch wurde und wie damit ausstellungs- und demokratiepädagogisch gearbeitet werden kann. Im zweiten Teil betrachtet er gesellschaftspolitische Erschütterungen in den Kolonien, die von der Revolution in Europa ausgingen.

An drei authentischen Revolutions-Erinnerungsorten und dem der Paulskirche benachbarten Historischen Museum Frankfurt am Main wird schließlich an die „Meilensteine“ der Jahre 1848/49 erinnert und aufgezeigt, welche Formen des Gedenken und der Vermittlung jeweils

gewählt werden: **Dorothee Linnemann** zeigt wie im Historischen Museum Frankfurt einer diversen Gesellschaft mit neuen narrativen Konzepten Rechnung getragen und die Geschichte von 1848/49 von der Gegenwart her erzählt werden kann. **Susanne Kitschun** erläutert die Entwicklung des Gedenkortes Friedhof der Märzgefallenen in Berlin. **Andrej Bartuschka** und **Elisabeth Thalhoffer** erinnern an Gründung und Auftrag der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt. **Katerina Ankerhold** und **Lea Braun** stellen schließlich den Offenburger Salmen und seine Neukonzeption vor.

Das Jubiläumsnetzwerk wird mit einer Tagung in Frankfurt am Main im September 2022 fortgeführt. Im Zentrum des Austauschs steht dann die Frage der Vermittlung: Wie kann mit Blick auf tagesaktuelle gesellschaftspolitische Fragen die Märzrevolution als demokratiehistorischer Meilenstein vermittelt werden?

„Demokratie ist kein Zustand, sondern ein ständiger Prozess. Demokratiegeschichte kann daher nicht nur den Weg zur Demokratie ausleuchten, sondern muss auch die Demokratie und deren Weiterentwicklung selbst thematisieren.“ So hat es Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beim Empfang der Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte formuliert und betont: „Demokratiegeschichte ist auch Geschichte von unten, von Menschen mit neuen Ideen und mit dem Mut und der Leidenschaft, für diese Ideen zu streiten.“¹

An solche mutigen Menschen zu erinnern, Aktualität und Ambivalenzen der Revolution 1848/49 herauszuarbeiten und erlebbar zu machen, ist ein wesentliches Ziel der Jubiläumsvorbereitungen.

Berlin und Rastatt im Dezember 2021

Susanne Kitschun und **Elisabeth Thalhoffer**

ANMERKUNG

- 1 Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier,** Rede anlässlich des Empfangs der Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte am 8. Oktober 2021, <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2021/10/211008-Empfang-Demokratiegeschichte.html?nn=9042544>. [15.12.2021]

Peter Steinbach

Revolutionen in der deutschen Demokratiegeschichte

Demokratie gehört zu den politischen Begriffen mit einer langen Vorgeschichte. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Demokraten bis weit in das 19. Jahrhundert als Umstürzler galten und in die Nähe von Staatsstreichern und Revolutionen gerückt wurden. So alt der Begriff der Demokratie ist, so neuzeitlich ist der Revolutionsbegriff. Sehr gebräuchlich wurde er erst in der Folge der oftmals so genannten "Großen" Französischen Revolution von 1789, in deren Verlauf vielfältigste Staatsformen bis hin zur Diktatur erprobt wurden. Der Begriff Revolution selbst umreißt zwei Erfahrungsbereiche: Er bezeichnet zum einen Bewegungen, die sich zu gewaltsamen Unruhen und Aufständen steigern können und oft einen Verfassungswandel bewirken; zum andern bezieht er sich auf tiefgreifende Strukturwandel wie die Industrielle Revolution und beschreibt Veränderungen, die viele Sektoren der Gesellschaft betreffen und umwälzen.

Vor allem das 19. Jahrhundert stand unter dem Eindruck von Revolutionserwartungen, die nicht selten als eine Alpträume verursachende extreme Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts verstanden wurden; zugleich aber stand es im Bann einer Entwicklung, die als Demokratisierung auf die Beteiligung immer größerer Teile der Bevölkerung an der politischen Gestaltung der Gegenwart und Zukunft zielte. Diese Partizipation aber ist nur in geregelter Weise möglich. Deshalb führen Revolutionen in der Regel zu neuen Verfassungen, die sich zunächst als eine

Art Geschäftsordnung des Regierungshandelns durch Macht- und Kompetenzverteilung verstehen lassen, zunehmend aber die Voraussetzungen des legitimierenden Wahlakts reflektieren. Denn dabei geht es nicht nur um die Stimmabgabe, sondern um die Ermöglichung politischer Urteilsbildung. Deshalb sind liberale Grundrechte wie Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie nicht zuletzt die Pressefreiheit so wichtig.

In diesem Beitrag kommt es mir darauf an, den Zusammenhang zwischen den Revolutionen des 19. Jahrhunderts und der Durchsetzung des freiheitlichen Verfassungsstaates und damit der demokratisch legitimierten Volkssouveränität zu verdeutlichen. Dabei wird der Blick besonders auf die Vorgeschichte und die Auswirkungen der Revolution von 1848 gelenkt, die in Deutschland zwar scheiterte, aber nicht folgenlos blieb und zum Bezugspunkt der weiteren Geschichte der deutschen Demokratie im 19. und 20. Jahrhundert wurde.

Revolution und Demokratie zusammendenken!

So modern die Zusammenführung der Begriffe Revolution und Demokratie auch ist, sie gehören beide unbestreitbar in gleichem Maße zu den alten und neuen Beständen der politischen Sprache. Allerdings haben

sich Revolution und Demokratie erst seit dem 18. Jahrhundert zu einem Begriffspaar gefügt, das wie kommunizierende Röhren eine untrennbare Einheit bildet. Revolutionen, so zeigt sich mit Blick auf die westeuropäische Geschichte, zerstören nicht zwangsläufig eine Gesellschaft, sondern können Schübe einer demokratischen politischen Mitwirkung begründen. Wo immer sich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts der „Durchbruch zur Demokratie“ vollzog, stand unausweichlich eine Revolution „am Anfang (dieser) Demokratie.“¹ Die moderne Demokratie, wie wir sie mit Parteien, politischer Kommunikation, mit Wahlrecht und Grundrechten, mit Abwehr- und Gestaltungsrechten, mit Minderheitenschutz und Gewaltenteilung kennen – sie ist eine Folge der atlantischen Doppelrevolution,² also der Revolutionsereignisse von 1776 und 1789. Beide Revolutionen bewirkten den Durchbruch des demokratischen Denkens, das seitdem viele Facetten herausbildete, konstitutionalistisch, republikanisch, sogar anarchistisch sein konnte, immer aber ein Prinzip in den Mittelpunkt stellte, das als Volkssouveränität bezeichnet wird. Diesem Prinzip nach sollte „alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen.“³ Revolutionen lassen sich unter diesem Gesichtspunkt als Manifestationen des Volkswillens deuten und verlieren dann einen Teil ihrer Bedrohlichkeit, zumindest für alle, deren Macht nicht infrage gestellt, sondern bestärkt wird.

Bereits in vordemokratischen Zeiten gab es Aufstände, Bürgerkriege, Umwälzungen, die sich vor allem gegen die jeweiligen Führungsgruppen richteten. Erst seit der atlantischen Doppelrevolution aber etablierte sich eine zunehmend durch Wahlen und Abstimmungen legitimierte politische Gewalt, die Macht und Herrschaft auf besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung übertrug. Im Zuge von Revolutionen, nicht selten auch im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch überkommener Ordnungen wie 1918 und 1945, entstanden neue verfassungsmäßige Ordnungen, die nicht an Willkür, sondern an Gesetz und Recht gebunden waren bzw. sind.

Aber es wäre zu einseitig, Revolution und Demo-

kratie nur mit den fundamentalen Veränderungen des gesellschaftlichen und politischen Systems in Verbindung zu bringen, die sich seit der Französischen Revolution ereignet haben. Das Zeitalter der modernen repräsentativen Demokratie begann zwar mit der atlantischen Doppelrevolution, hat aber eine Vorgeschichte, die dem antiken Verständnis von Demokratie einen Weg in die neuere Zeit und schließlich in unsere Gegenwart bahnte. Demokratie bedeutet nämlich nichts anderes als die Herrschaft des Volkes über sich selbst.⁴ Diese Herrschaft aber setzt die Verständigung über gemeinsame Ziele und Wertvorstellungen voraus. Im Folgenden soll es darauf ankommen, den Zusammenhang zwischen Revolution und Demokratie deutlich zu machen, denn Revolutionen haben immer wieder der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft kräftige Impulse vermittelt. Dies zeigt sich besonders am Beispiel der deutschen Geschichte, die mit den Revolutionen von 1848, 1918/19 und 1989 grundlegende Veränderungen und demokratische Entwicklungen einleitete bzw. die Demokratie stabilisierte.

Von der antiken Demokratie zur atlantischen Doppelrevolution als Ursprung moderner Demokratievorstellungen

In der Antike bezeichneten Demokratie und ihre Wandlungen durch grundlegende politische Veränderungen zwei Entwicklungen, die durchaus in Einklang zu bringen waren. Die Politik sollte Platon zufolge den Umsturz als Folge einer politischen Eruption verhindern. Sowohl Platon als auch Aristoteles setzten dabei auf die Gesinnung der Politen, der Bürger. Polybios nahm diese Überlegungen auf und entwickelte die Vorstellung vom Verfassungskreislauf. Den verstand er nicht als Ergebnis politischer Mechanik, sondern als Folge eines Gesinnungswandels durch die von den Politen im Wechsel der Zeiten verlorene Erinnerung an eine schlechte Staatsform, die durch einen Umbruch

überwunden worden war. Die Polis setzte, gleichsam das Zusammenleben idealisierend, zugleich mit der Freundschaft der Politen auch ihre Gleichheit voraus. In der Realität aber waren soziale Gegensätze und damit auch eine gesellschaftliche Ungleichheit unübersehbar. Das führte zu Verwerfungen, die je nach Sichtweise der Akteure zuweilen als Bürgerkrieg, zuweilen als Aufstand, immer aber als Umbruch bezeichnet wurden.

Grundlegende revolutionäre Veränderungen betrafen bei den Griechen vor allem die politische Struktur, bei den Römern dann mehr die gesellschaftlichen Verhältnisse. Im Laufe der weiteren historischen Entwicklungen wurden entsprechende Vorstellungen übernommen, weitergetragen und den gewandelten Verhältnissen angepasst. Als Umbrüche wurden in diesem Zusammenhang in der Regel die Ergebnisse von strukturell folgenreichen Umwälzungen der politischen Ordnung bezeichnet, die insofern gravierend waren, als die bisher Regierten zu den neuen Regierenden werden konnten. Polybios integrierte aber auch die römische Praxis, die eine Institution wie die Diktatur kannte.

Seit Aristoteles unterschied man gute und schlechte Regierungsformen. Als gut wurden Regierungssysteme wie die Monarchie, die Aristokratie und die Politie bezeichnet, als schlecht hingegen Tyrannis, Ochlokratie und – man staune – Demokratie. Sie galten als schlecht, weil sie nicht gemeinwohlorientiert seien, sondern auf den persönlichen Vorteil der Regierenden abzielen und dadurch verhindern würden, was das Merkmal einer guten, als gerecht bezeichneten Ordnung ist: die Ermöglichung einer menschenwürdigen Ordnung. Schlechte Herrschaftsformen dienen dem Eigennutz der Machthaber, gute Herrschaften entwickeln eine Ordnung, in der die Menschen sich entfalten und gemäß ihrer Bestimmung leben können. Aristoteles definiert den Menschen als „zoon politikon“, als politisch-soziales Wesen – nicht, weil die Menschen mit anderen zusammenleben, sondern weil sie nur im Zusammenleben mit Mitmenschen ihre eigentliche Bestimmung, ihre Menschlichkeit und Menschenwürde verwirklichen können.

Verfassungen wurden zum Kennzeichen des 19. Jahrhunderts. Das 18. Jahrhundert gilt als Jahrhundert der Aufklärung, das 19. Jahrhundert als Jahrhundert der Revolutionen, der Verfassungen und der Demokratie. Es war welthistorisch von Nationalstaaten, wirtschaftshistorisch von Industrialisierung und Imperialismus geprägt. Daneben aber standen Verfassungsbewegungen und -bestrebungen, deren treibende Kräfte lange Zeit als verfassungsfeindlich diffamiert und bekämpft wurden.

Hier zeigt sich, dass sich die Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht auf einen Begriff oder eine Tendenz, gar auf Fortschritt reduzieren lässt. Es war auch durch Weltkriege, durch den Gegensatz von Diktatur und Liberalismus, durch Extremismus, Rassenwahn und nationalistische Überheblichkeit und immer auch durch ideologisch begründete Blockkonfrontationen geprägt. Ein kluger Zeitgenosse wie Lion Feuchtwanger behauptete sogar, ein Kennzeichen des Jahrhunderts sei der Stacheldraht, obwohl der in der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelt worden sei. In der Demokratiegeschichte kann es allerdings nicht allein darum gehen, die Bedrohung demokratischer Tendenzen zu beschreiben, sondern auch ihren Erfolg und, wenn es zum Scheitern von revolutionären Bestrebungen kommt, zumindest deren Nachwirkung in den Blick zu nehmen.

Wer sich vergegenwärtigt, wie andere Gesellschaften als die deutsche den Ausbruch ihrer Revolutionen in das historische Bewusstsein heben, wird unausweichlich die Frage stellen, welches Verhältnis die Deutschen zu jener Revolution entwickelt haben, der sie immerhin bis heute einen wesentlichen Teil ihrer Staatssymbolik verdanken. Vielleicht beantwortet die Verwendung dieser Symbole, etwa der Nationalflagge und der Nationalhymne, zum Teil unsere Frage. Die Franzosen feiern den Sturm auf die Bastille als ihren Nationalfeiertag, die Amerikaner den Tag ihrer staatlichen Unabhängigkeit, die sie im Zuge ihrer Revolution zugleich mit einer denkbar freiheitlichen Verfassung errungen haben. Beide Ereignisse verkörpern das politisch Neue und bis dahin kaum Vorstellbare: Die Proklamation eines neuen

Staates, zugleich der Menschenrechte, der Gewaltenteilung und des größtmöglichen Glücks des Individuums. In den großen Revolutionen wurde so eine neue Struktur von Politik und Gesellschaft, von Staat und Interessen, von Regierung und Selbstbestimmung sichtbar.

Die revolutionäre Tradition der Verfassungs- und Demokratiebewegung von 1848

In der Erinnerung an die revolutionären Ziele, die sie in den Mittelpunkt ihres Wollens rückten, bildete sich in diesen Gesellschaften, die sich niemals von ihren revolutionären Ursprüngen abwandten, eine neue politische Identität heraus. In diese Tradition hätten sich auch die Deutschen mit der Erinnerung an die Revolution von 1848 stellen können. Sie entschieden sich anders und feierten weniger den Ausbruch der Revolution als die erste Stufe ihrer Zählung, nämlich vor allem den Zusammentritt des erstmals auf demokratischer Grundlage – wenngleich ohne Beteiligung der Frauen – gewählten Parlaments in der Frankfurter Paulskirche. Der Verfassung, die einen beeindruckenden Grundrechtskatalog enthielt, gewannen sie schon erheblich weniger ab. Debattiert wurde viel mehr über die nationale Frage als über Verfassungsfragen, vielleicht weil diese, als Machtfragen gestellt, sehr schnell deutlich machten, dass die Volkssouveränität nur ein Traum fern fast jeder Realität war. So wurde in der Erinnerung die Radikalität der Revolution entschärft, wurde der Aufbruch zur Freiheit domestiziert.

Die Revolution selbst hätte verdient, gefeiert zu werden, anders jedenfalls, als es die in dieser Hinsicht fast stumm gebliebene Stadt Berlin lange Zeit zu tun beliebte, in deren offizieller Erinnerung kaum etwas an den 18. März erinnert, der noch vor wenigen Jahren in der Vorstellung von Heinz Galinski und anderer ein gesamtdeutscher Nationalfeiertag hätte werden sollen.⁵ Wer die Flugblätter jener Vormärz- und Märztag liest, wer in der Revolutionspresse blättert, ist überrascht,

wie aktuell manche Gedanken der im allgemeinen Bewusstsein fast verblichenen Revolution noch sind.⁶

Der Vormärz und die Revolutionszeit sind in vieler Hinsicht unserer Gegenwart näher als manche der Epochen, die ihnen zeitlich folgten. Denn im Vormärz entstanden unsere Gesellschaften mit ihren Konflikten und Interessen, mit ihrer Presse und ihren Parteien, mit ihren Verfassungen und deren Prinzipien. Die Sprache der politischen Programme und das Selbstwertgefühl der Epoche sind ungemein frisch und erfrischend. Nach den Pariser Impulsen zündete die Flamme in Wien, bald in Budapest, wo sich der Revolutionsgedanke mit einer nationalen Komponente verband, die sich gegen die Herrschaft der Habsburger und der deutschen Zunge richtete, und weitete sich rasch zu einer europäischen, vielleicht zur am meisten europäischen Revolution der Geschichte überhaupt aus.⁷

In Berlin bestimmten ganz andere politische Ziele die gesellschaftlichen Kräfte als etwa im deutschen Südwesten. Die Berliner Ziele lieferten die entscheidenden Impulse für vielfältige Auseinandersetzungen mit den Herrschenden und um die Politik,⁸ während im Südwesten vor allem über neue Formen der politisch verfassten Gesellschaft nachgedacht wurde. Es ging zum einen um den Versuch, die gesellschaftliche Krise und die politische Stagnation zu überwinden, zum anderen um das Wagnis des politisch Neuen. Dieser Wunsch durchzog alle Schichten. Deshalb standen Studenten neben Handwerkern auf den Barrikaden, übrigens auch so viele Frauen wie niemals zuvor bei einer politischen Eruption dieser Art. Hier wurde nicht nur ein neues politisches Selbstbewusstsein deutlich, sondern auch eine Lebensfreude, die sich in vielen Gesängen auf der Straße Bahn brach. Der Berliner Nante wurde zum Symbol des klugen, wenngleich nicht so recht handlungsfähigen Berliners. Ihn lieben die Berliner ja nicht, weil er an der Ecke stand, sondern weil er sich morgens mit der Bemerkung streckte: „Lebenslauf, ick erwarte Dir!“ und so deutlich machte, dass er sich der Zukunft stellte, sich aber nicht vor der Unwägbarkeit neuer Abenteuer und Ereignisse verkroch.

Bisher haben wir uns im Rückblick auf die Jahre 1848 und 1849 die Möglichkeit entgehen lassen, das Ereignis des eigentlichen Aufstandes zu feiern. Lediglich im Südwesten, in Karlsruhe, erinnern wir uns an den Badischen Aufstand, der aber bereits den schalen Geschmack des Scheiterns in sich trug und die Reaktions- und Repressionszeit von 1850 bis 1860 einleitete. Die dramatischen Ereignisse in Berlin blieben eigentlich verborgen. Die Berliner Revolution steht zum einen im Schatten der anderen Jubiläen, lange galt dies auch für die Novemberrevolution von 1918/19. Andere Jahrestage schienen wichtiger als z.B. der 50. Jahrestag dieses Aufbruchs in die Republik, der unmittelbar an 1848 anknüpfte. So wurde viel intensiver der Berliner Luftbrücke von 1948 und damit der überstandene Blockade gedacht, der „Frankfurter Dokumente“ des Jahres 1948, die den Auftrag der westlichen Siegermächte erhielten, einen Weststaat zu gründen, vielleicht auch des 30. Jahrestages des „Prager Frühlings“, den die Deutschen gerne vergessen, weil sie den „Pariser Mai“ von 1968 für ihr eigenes „1968“ halten, obwohl das „Achtundsechzig der Deutschen“ eigentlich bereits ein Jahr früher, 1967, stattgefunden hatte. An diesen Daten sehen wir, dass sich historische Fakten nicht ändern lassen, wohl aber die Deutungen von Ereignissen.

Was im Leben gilt, kann auch für ein Gemeinwesen gelten. Man kann Ereignisse nur gebührend feiern, wenn es gelingt, ihre nachwirkende Substanz bewusst zu machen und in die kollektive Erinnerung zu transferieren. Dies geschieht nicht automatisch, sondern verlangt die Anstrengung von historischer Bildung, von Gedenk- und Erinnerungspolitik. Den vielen Geburtstagen folgt unausweichlich der Tod eines jeden Menschen und es gibt auch eine Gefahr, die entsteht, wenn sich kollektive Erinnerungen abschleifen und geradezu im Gedenken vergehen, vor allem wenn sie tagesaktuell umgedeutet werden und sich eine pluralistische Gesellschaft nicht auf gemeinsame Geschichtsbilder verständigen kann.

Erinnerung an die Revolution von 1789 und 1848: Resistenz gegen Geschichtsklitterung

Das zeigt sich in der Gegenwart, in der Symbole der 1848er Revolution wie die schwarz-rot-goldene Flagge von neuen Basisbewegungen missbraucht und konsensuale Geschichtsbilder zerstört werden, weil die Geschichte von Kaiserreich, Weimarer Republik und NS-Zeit umgedeutet und die Gegenwart als eine Art Diktatur verhöhnt wird. Dagegen hilft die Erinnerung an die deutsche Demokratiegeschichte. Dies ist umso wichtiger, als wir seit Jahren und auch nach Kräften damit beschäftigt sind, die Erinnerung im Gedenken verschwinden zu lassen. Offensichtlich können Gedenktage nach langer Zeit sogar zum Ende der Erinnerung führen. Dagegen wendet sich eine aktive Erinnerungs-, Gedenk- und Geschichtspolitik, die vor allem dann Wirkung entfaltet, wenn sie kritisch und zugleich nachvollziehbar die Bedeutung von Ereignissen wie den Revolutionen von 1848, 1918 und 1989 für die deutsche Demokratiegeschichte reflektiert. Eine aktive Erinnerung ermöglicht, dass abgesunkene und weitgehend in den Hintergrund des kollektiven Gedächtnisses gedrängte Erinnerungen nach langer Zeit wieder aufleben und politisches Bewusstsein ebenso wie politisches Wollen prägen können. Dies geschah 1989 in Frankreich, als man sich 200 Jahre nach der Großen Revolution grundsätzlich um die Bewertung dieser Umwälzung stritt, die als Geburt der Moderne gilt und schon deshalb deren ganze Ambivalenz – „Modernität und Barbarei“ – spiegelt und dadurch naive Fortschrittsnarrative erschwert.

Historisch handelt es sich bei der Französischen Revolution, die zwischen 1789 und 1795 als Ereignisverkettung stattfand, um ein sehr gut erforschtes Ereignis der französischen Vergangenheit und der europäischen Geschichte.⁹ Es steht außer Frage, dass diese Revolution mehr als nur den Ausgangspunkt der französischen Gegenwart darstellt, sondern ein weltgeschichtliches Ereignis. Erst eine spätere, wieder weltumstürzende

Doppelrevolution – die russische Februar- und Oktoberrevolution von 1917 – entfaltete eine vergleichbare Wirkung und zog die Weltgeschichte mehr als sechs Jahrzehnte in ihren Bann.

Bezugspunkte der deutschen Demokratiegeschichte bleiben allerdings die Revolutionen von 1789 und 1848: Parteien, Verwaltungsstrukturen, Bildungssysteme nahmen hier ihren Ausgang. Die revolutionären Forderungen können uns bis heute bewegen und begeistern: Bürger- und Menschenrechte, mehr noch der Anspruch, diese Menschenrechte zu universalisieren, darunter auch das Recht auf den Zugang zu Archiven. Das war der Ausgangspunkt des Selbstbewusstseins einer Nation, die auch den anderen Völkern neue menschenwürdige Verhältnisse bringen wollte und in der Regel doch nur deren Nationalismus anfachte.

Ganz Europa war mit Frankreich konfrontiert. Dies entschied in großem Maße über die Kosten des Umsturzes. Revolutionen und Gegenrevolutionen, Großer Terror im Innern, Todesopfer bei den europäischen Kriegen, Entwicklungsverzögerungen, all dies ist bei einem Rückblick zu bewerten. Und natürlich fragt man sich immer wieder, wie eigentlich die Entwicklung in Frankreich und Europa ohne derartige Umbrüche verlaufen wären. Alexis de Tocqueville, ein Kind der Revolutionszeit, trieb die Frage nach dem Neuen im Alten, nach revolutionären Tendenzen vor der eigentlichen Revolution um.¹⁰ Er wurde so zum vielleicht wichtigsten Theoretiker des nicht mehr revolutionär verwirklichten Wandels, der Evolution durch Reform.

Stellen wir uns ähnliche Debatten im Hinblick auf die anderen Revolutionen vor, die unser Jahrhundert erschütterten, die Russische Oktoberrevolution, die Chinesische Revolution, die Ungarische Revolution des Jahres 1956, und versuchen wir Kosten und Folgen dieser Umbrüche abzuschätzen! Wir werden rasch begreifen, weshalb die in europäische Kontexte eingebettete deutsche Revolution des Jahres 1848 niemals in eine Reihe mit diesen entscheidenden Umbrüchen gestellt wird, mag man heute auch noch so sehr versuchen, ihre Folgen zu präzisieren und zu erhöhen.

1848: neue Strukturen – neue Werte

Weltgeschichtlich erreichten die Revolutionen des Jahres 1848 niemals die Bedeutung der anderen, weil sie nicht auf einen gesellschaftlichen Strukturwandel zielten. Sie wollten eine neue politische Struktur des Gemeinwesens schaffen. Dabei scheiterten sie, überdies ist ihr Scheitern zu offensichtlich. Auch sind die sozialen und ökonomischen Ursachen dieser Revolutionen zu komplex, um alle Faktoren auf einen Begriff – „die Revolution“ – zu bringen. Dennoch sind diese Ereignisse nicht bedeutungslos, schon gar nicht derart unwichtig, wie es uns eine Berliner Stadtregierung Ende der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts zu suggerieren suchte, die sich die Chance entgehen ließ, dieser Revolution in Erinnerung und Gedenken, im Rückblick also, das Profil zu schärfen. In Frankfurt hat man diese Möglichkeit eher und besser genutzt, nicht zuletzt auch, weil sich hier bürgerschaftliches Erinnerungsbestreben mit der Neigung der Stadt und des Landes zum offiziellen Gedenken verband.

Unbestreitbar ist, dass uns diese Revolution, historisch gesehen, sehr kostbar zu sein hat, denn viele Versuche, eine zivile Gesellschaft zu errichten, haben wir Deutschen nun wahrlich nicht aufzuweisen. Überdies sind manche Umsturzversuche gescheitert, in ihren Umbrüchen fast steckengeblieben, weil es der Obrigkeit gelang, den Elan der Demokratisierung zu brechen. Dies gilt umso mehr, als die deutschen Revolutionen immer zugleich politische, soziale und kulturelle Umbrüche darstellen oder vorantreiben sollten, diese Umwälzung aber weniger beschleunigten als vielmehr nachholten. Dies vor allem belastete ihren Verlauf, denn Revolutionsbestrebungen reagieren auf Krisenerscheinungen, die immer auch das Versagen der politischen Führungsschicht spiegeln.

Vielleicht tun sich deshalb Regierende in Deutschland so schwer, die deutschen Revolutionen zu feiern. Die erinnern immer auch an die Unfähigkeit derjenigen, denen, um mit Fichte zu sprechen, die „deutschen

Dinge“ aufgetragen waren und die sich ihrer Verpflichtung entzogen: 1871 kapitulierte der Liberalismus vor Bismarck, 1918 schafften es die Revolutionäre nicht, die Geheimräte zu entmachten, 1932 flüchteten die Parteien aus ihrer Verantwortung und überließen es Hitlers Propagandisten Goebbels 1933, die nationalsozialistische „Machtergreifung“ als Vollendung der „deutschen Revolution“ zu feiern, zugleich aber die Revolutionäre von 1918 als Novemberverbrecher zu titulieren.

Wenn wir die Revolution von 1848 mit denen von 1918/1919 und 1989 vergleichen, dann fällt zunächst auf, wie positiv sie in der Regel trotz ihres Scheiterns bewertet wird. Sie war immer ein Eckstein jener rückwärtsgewandten Prophetie, die der Historiker so gern betreibt, und die man als das Charakteristikum seiner Arbeit bezeichnet hat. In der Tat kann er nur deuten, was sich ereignet hat, weil es sich ereignet hat, und die Eule der Minerva gilt deshalb fast als das Wappentier der Zukunft. Die Bedeutung eines Ereignisses erschließt sich, so lautet dann die Maxime, aus dem Rückblick. Wer zurückschaut, ist aber nicht klüger, weil er nachfolgende Entwicklungen kennt, sondern weil er vergangene Ereignisse auf Konstellationen beziehen kann, die gegenwärtig bestimmend sind.

Kontinuitäten

Wenn man rückschauend deutet, erhält 1848 seine Bedeutung zunächst durch 1871, denn die Reichsgründung Bismarcks schien die Einheit zu schaffen, für die die „Achtundvierziger“ angeblich auf die Straßen gezogen waren. Die Weimarer Reichsverfassung sollte die Freiheit bringen, die 1871 nicht verwirklicht werden konnte. Das Grundgesetz lässt hingegen wieder die Einheit vermissen, die 1871 angeblich verwirklicht wurde. Deshalb rückte die Verfassung von 1848 dem Grundgesetz so nahe. Die DDR-Verfassung von 1949 stand dem Grundgesetz in dieser Hinsicht nicht nach, stellte sich wiederum in die Tradition sozialer Grundrechte, die sich als Defizit politisch-liberaler Grundrecht kataloge

verstehen lassen. Daran änderte sich 1968 und 1974 durch die neuen DDR-Verfassungen nicht viel, vielleicht nur die Tatsache, dass 1974 von der DDR-Führung mit der Proklamation einer sozialistischen deutschen Nation die Teilung akzeptiert wurde. Faktisch geschah dies auch in der Bundesrepublik.

Erst 1989 schlug Hegels Eule der Minerva, die sich in der Abenddämmerung auf den Weg macht, wieder mit den Flügeln. Nun verlängerten die Historiker ihre Gegenwart wieder mit kräftigen Strichen in die Geschichte zurück, suchten Vorgeschichten, Spuren, Vermächtnisse und wurden im Vormärz fündig. Auf diese Weise wurde 1989 nicht als geglückter Versuch einer Bevölkerung gedeutet, sich von den Fesseln bedrückender politischer Herrschaft zu befreien, sondern als die Erfüllung einer deutschen Nationalgeschichte, die auf die Gleichzeitigkeit von Freiheit und Einheit, von Einheit in Freiheit, von Freiheit in Einheit abzielte. Das Hambacher Fest wurde erinnert, das Hambacher Schloss zum Schlussbild der Fernsehstage. Das war insofern nicht schlecht, weil die Frühgeschichte der deutschen Demokratie vorher kaum mehr in der Erinnerung präsent war.

Es waren vor allem Historiker, die nach 1989 immer wieder verkündeten, den Deutschen sei die Verwirklichung ihres Traumes von der glücklichen Verbindung von Freiheit und Einheit gelungen.¹¹ Tröstlich ist es nicht, dass dies heute ein wenig zurückhaltender gesehen wird, wenngleich es sogar geschichtspolitisch aktive Zeitdiagnostiker gibt, die weiterhin eine Verbindungslinie vom Hambacher Fest über den 20. Juli 1944 und den 17. Juni 1953 zum 3. Oktober 1990 ziehen.¹² Wie mahnte Isaiah Berlin? „Geschichte“ sei „das Bild, das wir uns von ihr im Kopfe machen.“ Das bedeutet in seinen Augen nicht, darauf zu verzichten, sich ein Bild von der Vergangenheit zu machen, sondern dieses selbstkritisch zu reflektieren und so Gedächtniskritik mit historischer Aufklärung zu verbinden, die sich gefühlspolitischer Instrumentalisierung und Emotionalisierung entzieht.

Merkwürdig ist, dass in vielen Deutungen der deutschen Geschichte das Jahr 1848 und seine Revolution zunächst keine große Rolle spielten. Die Weimarer Republik knüpfte mit ihrer Verfassung und ihren Symbolen zwar bewusst an die Paulskirchenverfassung an, doch die parlamentarische Demokratie von Weimar stand viele Jahrzehnte im Schatten ihres Scheiterns. Wenn überhaupt, dann war das Jahr 1848 Symbol für eine Verfassung, die nicht in Kraft getreten ist, aber in die Zukunft wies, keineswegs jedoch für einen Aufstand oder gar für den Versuch der Untertanen, selbst die politischen Dinge in die Hand zu nehmen. So ist das Gespür für die politische Eruption gering geblieben, die sich ereignete, als in vielen Residenzstädten Menschen auf die Straßen gingen und von den Herrschern eine neue Regelung des für die Politik und für das politische Verständnis grundlegenden Verhältnisses zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat verlangten.¹³

Staat – Gesellschaft – Individuum: Ein dynamisches Spannungsverhältnis

Um diese drei Begriffe – Individuum, Gesellschaft und Staat – kreist eigentlich alles Denken über Politik und immer wieder haben Theoretiker darüber nachgedacht, wie sie diese Sphären verbinden, ohne die eine den anderen auszuliefern.¹⁴ Denn die Ausgewogenheit des Verhältnisses zwischen dem Recht des Individuums auf seine Entfaltung und Würde, den Zwängen, die Gesellschaften erzeugen, und dem Druck politischer Herrschaft ist entscheidend für den Grad der Freiheit in einem Gemeinwesen.

Potentiell strebt jede der Sphären dahin, die jeweils anderen zu beeinflussen. Eine Vergesellschaftung des Staates führt unweigerlich zur Durchstaatlichung der Gesellschaft, diese entwertet den Menschen. Illustrieren lässt sich dies an den diktatorischen Systemen unseres Jahrhunderts. Sie verstanden sich als Bewegungen und zielten auf den Staat; hatten sie sich

seiner Institutionen bemächtigt, dann veränderten sie die Gesellschaft, proklamierten einen neuen Menschen und entwerteten das Individuum: „Du bist nichts, Dein Volk ist alles“, war zu lesen, „Wir wollen neue Menschen machen“, stand über Schultüren in SBZ und DDR. Und wenn westdeutsche Abiturienten sich gleichzeitig den Kopf über einen dumm-dumpfen Satz wie „Kritik am Staat, die steht Dir zu, doch denk daran, der Staat bist Du!“ zu zerbrechen hatten, dann ist auch hier tendenziell die Gefahr einer Verschiebung von Sphären zu bemerken. Dabei hätte die Verfassung mit ihrem ersten Satz anderen Stoff geboten: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Da finden wir in zwei knappen Sätzen das für einen freiheitlichen Verfassungsstaat grundlegende Organisations- und Verpflichtungssystem, das wir in den vergangenen Jahren nicht selten zu schnell in den politischen Regelungsprozessen preisgeben haben.

Erstmals wird in Deutschland im Vormärz die Frage aufgeworfen, wie sich die Sphären von Staat, Gesellschaft und Individuum trennen und doch aufeinander beziehen lassen. Gelöst wird diese Frage erst mehr als einhundert Jahre später, nach vielen Rückschlägen. Und fragil bleibt dieses Verhältnis immer. Das Atemberaubende in den Märztagen ist, dass trotz der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, trotz der Finanznot des Staates, trotz der Repression durch Zensur und Polizei, durch Spitzel und durch die Unzufriedenheit der jüngeren Beamten, die im Vormärz keine festen Anstellungen bekamen, diese großen Fragen politischer Ordnung niemals aus dem Blick schwanden.

Selbstregierung – Selbstverwaltung – Demokratie: Die Offenburger Salmen-Erklärung

Das scheint mir deshalb ein Kennzeichen der Revolution von 1848 zu sein: Dass Bürger begreifen, dass sie ihre politischen Verhältnisse gestalten können, dass sie selbst die Grundstrukturen der Entscheidungsprozesse festlegen, dass sie ein Gemeinwesen konzipieren mit Grundrechten, mit Rechtsstaatlichkeit, mit Wahlrecht und politischer Verantwortung der Exekutive, mit einem klaren Verständnis von der Legislative, mit freier Presse und freien Vereinigungen und dass sie für dieses Gemeinwesen verantwortlich sind. Dies alles sind keine Errungenschaften, die der Verfassung zugesprochen werden können, die wir mit dem Zusammenritt des Paulskirchen-Parlaments im Mai feiern werden – dies sind Ordnungsvorstellungen, die in der Mitte der Bevölkerung, in Leseklubs, an Stammtischen, in kleinen Zeitungen und Zeitschriften und von – ja die gab es damals – aufgeklärten Beamten entwickelt wurden. Es reicht der Blick auf ein Dokument aus der Fülle der revolutionären Programmschriften.¹⁵

Südwestdeutsche Demokraten verlangten in Offenburg am 12. September 1847 von Ihrer Regierung, sie möge sich lossagen von den Karlsbader Spitzel- und Zensurbeschlüssen, würden diese doch „gleichmäßig unsere unveräußerlichen Menschenrechte“ verletzen.¹⁶ Sie verlangten Pressefreiheit, Gedankenfreiheit und – man muss diese Forderungen genau lesen – sie proklamierten „das unveräußerliche Recht des menschlichen Geistes, seine Gedanken unverstümmelt mitzuteilen“. Sie forderten Gewissens- und Lehrfreiheit, wirklich in dieser Reihenfolge, und sie setzten noch einmal mit der Forderung nach: „Keine Gewalt dränge sich mehr zwischen Lehrer und Lernende.“ Sie legten ein klares – wie heißt es heute modisch? – „antitotalitäres Bekenntnis“ ab, indem sie sich gegen den „gedankenpolizeilichen“ Anspruch irgendwelcher Aufsichtsbehörden wandten. Die „Beziehungen“ des Menschen „zu seinem Gott gehören seinem innersten Wesen an und keine äußere

Gewalt darf sich anmaßen, sie nach seinem (i.e. des Menschen) Gutdünken zu bestimmen.“ Die Gleichwertigkeit der Glaubensbekenntnisse sei anzuerkennen und „Den Unterricht scheidet keine Konfession“. Verklausuliert wird hier die Überzeugung ausgedrückt, dass alle Menschen gleich und ihre Religionen gleichberechtigt seien. Hier wurde der Vollzug einer Emanzipation angesprochen, die immer wieder ins Stocken gekommen war und doch insgesamt über Zustand und Qualität einer Gesellschaft Auskunft gab: die Emanzipation der Juden.

Man spürt, wie dieser Text den Geist der Revolution atmet, der sich dann ein Jahr später Bahn brechen sollte. Er verdeutlicht einen Zukunftswillen, ein außerordentliches politisches Selbstbewusstsein. Und seine Energie zieht er gerade aus diesem Selbstbewusstsein. Die Versammelten waren so selbstbewusst, dass sie sich die Zivilisierung des Militärs vornahmen: „Wir verlangen Beeidigung des Militärs auf die Verfassung“, proklamierten sie und sie wussten, dass der im Zuge einer allgemeinen Wehrpflicht bewaffnete Bürger kein Unterdrücker ist. Wo hatte es einen Eid wie den folgenden, gefordert 1847 in Offenburg, schon jemals zuvor gegeben: „Der Bürger, welchem der Staat die Waffen in die Hand gibt, bekräftige gleich den übrigen Bürgern durch seinen Eid seine Verfassungstreue.“ Hier wird die bewaffnete Macht eingebunden, sie wird gezähmt durch das Bekenntnis zur Verfassung. Welche militärischen Traditionen liegen im Vormärz verborgen!

Selbstverständlich forderten die Demokraten „persönliche Freiheit“, selbstverständlich verlangten sie, die Polizei möge aufhören, Bürger zu bevormunden und zu quälen. Sie setzten auf die Zusammengehörigkeit der Menschen und Bürger, im Vereinsleben, im „frischen Gemeindeleben“, durch Versammlungs- und Rederecht, im Recht auf Freizügigkeit – wörtlich: im „Recht des Einzelnen, sich zu bewegen und auf dem Boden des deutschen Vaterlandes frei zu verkehren“.

Und so geht es weiter: Volksvertretung beim Bund wird verlangt, was bedeutete, die Fürsten und ihre Gesandten sollten nicht mehr unter sich sein. Nur

auf dieser Grundlage war an Einheit zu denken, an ein „Vaterland mit einer Stimme in diesen deutschen Angelegenheiten“. Alles andere wurde daraus keineswegs abgeleitet, sondern war Begleitumstand und Voraussetzung: „Gerechtigkeit und Freiheit im Innern“ hatten eben keine andere Priorität, sondern waren Bedingung und Umstand, Begleitumstand eben. Gerechte, progressive Besteuerung, Volksbewaffnung, eine für alle zugängliche Bildung durch Unterricht, dessen Finanzierung, man traut den Augen kaum, „die Gesamtheit in gerechter Verteilung aufzubringen hat“.

Entsprechend wurden auch Gesetze gefordert, welche „freier Bürger würdig sind“. Der Landesherr sollte nicht mehr Gerichtsherr sein, sondern die Rechtsprechung war so anzulegen, dass letztlich der Bürger den Bürger richten sollte. Dies mag angesichts der späteren Erfahrungen mit „Volksgerichten“ beängstigend klingen. Gemeint war jedoch die Entlassung der Rechtsprechung aus staatlicher Kontrolle. Denn die Gerechtigkeitspflege sei Sache des Volkes, behauptete man und zog den Schluss, Geschworenengerichte zu bilden.

Die Demokratisierung der Justiz scheint zunächst im Widerspruch zu den Prinzipien der Gewaltenteilung zu stehen, doch mit dieser Forderung war noch keineswegs gesagt, dass die Teilung der Gewalten aufzuheben sei. Im Gegenteil: In der Gesetzgebung waren Repräsentanten der Bevölkerung tätig, die nicht an Aufträge gebunden waren, sondern allein ihrem Gewissen folgen sollten. Sie waren also unabhängig von ständiger gesellschaftlicher Einflussnahme und staatlichem Druck. In der Rechtsprechung waren Menschen tätig, die sich auf das Gesetz zu beziehen hatten – auf Gesetze, die nicht mehr den Willen des Herrschers spiegelten, sondern den Willen einer aus dem Prinzip der Volkssouveränität hervorgegangenen Legislative. Man sieht, wie die Sphären unabhängiger werden, so sehr sie verbunden bleiben.

Auch die sozialen Verhältnisse rückten immer wieder in den Kreis der Forderungen, etwa wenn die „Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital“ verlangt und erklärt wurde, die Gesellschaft

sei dafür verantwortlich – „schuldig“ sagte man –, die „Arbeit zu heben und zu schützen.“ Kernpunkt der Forderungen war aber die Politik. Deshalb verlangte man eine „volksthümliche“ Staatsverwaltung: „Das frische Leben eines Volks bedarf freier Organe. Nicht aus der Schreibstube lassen sich die Kräfte regeln und bestimmen.“

Vom Untertan zum Bürger

Die Salmen-Erklärung von 1847 richtete sich also gegen die Bürokratie, die Herrschaft aus dem Büro heraus, gegen die Beamtenherrschaft. Die Verfasser bekannten sich zur Verantwortung des Bürgers, zu seiner Autonomie und Verpflichtung für das Gemeinwesen. Damit begründete sich die Spitze der in die Zukunft weisenden Forderungen: An die Stelle der „Vielregierung der Beamten trete die Selbstregierung des Volkes“. Die Folge werde die Abschaffung der willkürlichen Vorrechte, der Privilegien, sein.

Diese Zitate sollen nicht der Erbauung durch altmodisch wirkende Formulierungen dienen, sondern beweisen, wie grundlegend Vormärz und Revolution für das gegenwärtige politische Demokratiegefühl sind. Denn unmittelbar spürbar bleibt die Aktualität vieler Forderungen. Diese Aktualität ist keine Folge einer präsentistischen Argumentation, einer Anverwandlung gegenwärtiger Empfindungen und Stimmungen, vielmehr formierte sich im Vormärz ein neues politisches Grundgefühl, welches sich grundlegend von den Artikulationen des Willens unterschied, die wir aus den vorangegangenen Jahrzehnten zwischen Befreiungskriegen und Biedermeier kennen.

Diese Jahre seit 1819 waren gekennzeichnet durch Zensurgeist, Misstrauen und den Zynismus der Herrschenden, die nach der Ermordung des Dichters Kotzebue das System Metternichs prägten. Die Vertreter der vordemokratischen Ordnung setzten auf ihre Bündnisse, die die Restauration zu zementieren hatten.

Sie vertrauten darauf, die befürchteten und erahnten Revolutionen dauerhaft eindämmen zu können. Diese Zeit war charakterisiert durch den raschen Umschlag des Opferwillens, der in der „Befreiungsära“ spürbar war. Vergessen war das Versprechen, eine „landständige Verfassung“ zu gewähren.

Aber es ist falsch, sich immer wieder einzureden, angesichts der Repressionen sei eine Flucht in die Innerlichkeit des Biedermeiers erfolgt, die eine Lähmung des Veränderungswillens nach sich gezogen hätte. Denn der Wille zur Selbstverwaltung nach den großen preußischen Reformen war nicht mehr einzudämmen. Gegen starke Widerstände formierte sich im Vormärz ein Geist neuer Forderungen, vor allem im Landtag des Großherzogtums Baden, wo Abgeordnete der Ständekammer vorbildliche Erfolge bei der Verschränkung von Staat und Gesellschaft aufweisen konnten. Gesellschaft sollte dem Staat nicht mehr gegenüberstehen, sondern staatliches Wirken beeinflussen, indem politische Vermittlungsinstitutionen geschaffen wurden, die eine neuartige politische Artikulation von Vorstellungen erleichterten, die Struktur und Ziele des Gemeinwesens betrafen.

Denn mit der Presse, mit Flugblättern und Straßendemonstrationen entstanden Organe der Verständigung über politische Ziele. Es bildeten sich Vereine, die auf die Beeinflussung des öffentlichen Willens zielten und sich in Parteiungen schieden. Diese Parteiungen wollten nicht mehr für die Gesamtheit des Volkes eintreten, sondern verstanden sich als Organe politischer Konkurrenz: Monarchisten, Republikaner, Konstitutionalisten, Liberale, Konservative und Reaktionenäre¹⁷ drängten auf den politischen Massenmarkt, auf dem sich der stumme, unmündige, willige Untertan allmählich in einen Staatsbürger verwandelte. Sie konnten politisch sein, weil sie ein Gespür für die Notwendigkeit entwickelten, die private Sphäre zu schützen. Grundrechte dienen nicht nur wie Menschenrechte der Proklamation des Anspruchs politischer Menschen, sondern sie setzen dem Zugriff staatlicher

Einrichtungen Grenzen. Bereits im Spätsommer 1847 wurde in Offenburg ein Ton angeschlagen, der sich wenig später in Heppenheim verstärkte und Anfang 1848 dann auf eine letzte Steigerung drängte. Denn mündige Bürger formulierten den Anspruch auf Mitverwaltung, auf Selbstverwaltung. Sie machten insofern etwas sehr Revolutionäres, als sie ein System forderten, welches Selbstregierung ermöglicht.

Selbstregierung braucht bürgerliche Selbstermächtigung

Selbstregierung – kann man denn sich selbst regieren? Bisher wurde der Untertan regiert. Demokratie hingegen ist, streng betrachtet, eine Staatsform, mit der und durch die Menschen über sich selbst Herrschaft ausüben. Es entsteht eine Herrschaftsordnung, in welcher gleichsam – Christian Meier folgend – Herrschaft bei sich selbst bleiben kann und Stabilität verbürgt, weil sie Institutionen ausbildet und die ständige Anpassung an neue Herausforderungen durch gestalteten Wandel ermöglicht. Politische Verpflichtung wird dabei zur Selbstverpflichtung. Jeder sich selbst Regierende ist seiner eigenen, von ihm und seinem Willen ausgehenden Regierung unterworfen. Er wird nicht mehr beherrscht, bestenfalls lässt er herrschen. In der Tat haben wir zu oft vergessen: Jeden Polizisten an der Ecke leisten wir uns.

Dies ist ein altes Bild, wir kennen es, wie eingangs betont wurde, aus der antiken Demokratietheorie: In welchem Umfang, mit welcher Konsequenz habe ich Gesetzen zu gehorchen, die ich selbst verantwortete? So etwa fragte sich Sokrates. Er begründete das Prinzip politischer Verantwortung und Schuldfähigkeit, das die Mitläufer totalitärer Systeme verdrängen. Lieber bekennen sie sich zum Kadavergehorsam als zu ihrer Verantwortung für Gedankenlosigkeit, Feigheit, Verbrechen. Sokrates hingegen unterwarf sich in letzter Konsequenz den Folgen jener Bestimmungen, die auch er verantwortet hatte.

Wie können wir, so fragen wir seit mehr als zweitausend Jahren, ein System entwickeln, welches Herrschaft zeitlich begrenzt, welches die Voraussetzungen für eine ständige Anpassung der Herrschenden an veränderte Stimmungen schafft und das durch seine Organisation die Konzentration von politischer Macht verhindert? Das fragte sich auch John Locke und konzipierte in seinen gedanklich wirklich umstürzenden beiden Abhandlungen über die Regierung (1689) folgenreich die Grundlinien einer „civil society“, einer Zivilgesellschaft, in welcher der Staat seine Funktion durch die Gesellschaft bekommt. Wie können wir Rechte von Menschen denken, die dem Staat vorausgehen? Dies fragten sich die Revolutionäre im Jahre 1789 und deklarierten Menschenrechte.

Mit den Diskussionen des Vormärz kamen all diese Fragen endgültig in Deutschland an. Sie wurden artikuliert, sie wurden verbreitet und ergriffen die Köpfe von Menschen, die bisher vor allem Untertanen waren, denen der Geist einer Zivilgesellschaft aber schlagartig deutlich gemacht werden konnte. Deshalb gingen sie auf die Straße.

Die Tragik dieses Jahres besteht darin, dass dieser Geist nicht umgesetzt wurde. Denn in Deutschland herrschte noch das monarchische Prinzip, also die Vorstellung, dass letztlich König, Gottesgnadentum und Krone die höchste Souveränität verkörpern und legitimieren würden. Mit der Volkssouveränität wurde ein anderes Prinzip proklamiert. Der Kampf zwischen Regierung und Volk wurde 1848/49 noch nicht entschieden, weder in den theoretischen Diskussionen noch in der Verfassungspraxis. Staat und Gesellschaft standen sich weiterhin gegenüber, in den Köpfen der Theoretiker ebenso unvermittelt wie in der Praxis. Im Vormärz begannen aber Versuche, diese Sphären zu verschränken, die Trennung nicht aufzuheben, sondern vor allem „Scharniere“ (Theodor Schieder) einzuziehen, mit denen politische Artikulation und politische Mobilisierung zur Bündelung von Stimmen werden können, ohne das Prinzip totaler Mehrheitsherrschaft zu etablieren. Deshalb hat nichts so sehr die Revolution von

1848 verzeichnet wie der Versuch, allein ihre nationalen und sich dabei auch nationalistisch übersteigernden Forderungen hochzuhalten. Denn die zivilgesellschaftliche Stoßrichtung ist Teil der Ambivalenz dieser Revolution.

Bis dahin hatte es vor allem das Instrument der Eingabe von Bittschriften, von Petitionen gegeben, um Interessen zu artikulieren. In der Tat wurde dieses Mittel auch in der Revolution eingesetzt. Eine Zeit der Massenpetitionen begann. Petitionen müssen organisiert werden, Massenpetitionen zumal. Dies verlangt eine Abstimmung mit Hilfe der Presse, in Vereinen, in Gruppen, die sich mit politischen Programmen an die Öffentlichkeit wenden. Parteien entstehen. Was aber, wenn sich deren Meinungen nicht in der Willensbildung niederschlagen können, wenn Regierungen sich nicht dem Wandel stellen, sondern ihn blockieren wollen?

Dann erfüllt sich der Alptraum des 19. Jahrhunderts, der Alp der Revolutionen. Der Dampfkessel bricht, Barrikaden werden gebaut, es kommt zu Aufruhr, zu Kämpfen, zu Toten. Bis dahin hatte sich in Deutschland immer die andere Seite durchgesetzt. Erstmals schlug die Stimmung um – Zigtausende waren in Berlin auf den Straßen, rissen die Pflaster auf, zerrten Balken hervor, griffen zu den Waffen, setzten ihr Leben ein. Weit über 200 Menschen wurden erschossen, allerdings nicht von Mitkämpfern, sondern von der bewaffneten Macht. Denn es war kein Bürgerkrieg, den Bürger miteinander führten, es war ein Aufstand der Bürger gegen die Vertreter des Staates.

Schlagartig wurde nun deutlich, wie wichtig es ist, Macht und Herrschaft zu begrenzen und zugleich Vorkehrung zu treffen, die das Gemeinwesen in den Stand setzten, durch ständige Reformen Veränderungen und Reaktionen auf neue Notwendigkeiten einzuleiten. Nun ging es nicht mehr um Vielregierung, auch nicht mehr um Selbstregierung, es ging nicht um die Verteidigung wohlverborener Rechte und Ansprüche, sondern um die Herstellung und Festigung einer Ordnung, die als gerecht empfunden wurde. Einer der Höhepunkte dieser Auseinandersetzungen war 1848 Berlin neben

Wien, Budapest und Paris, nicht zu sprechen von den Landstrichen im Südwesten Deutschlands. Die Revolution wurde zu einem europäischen Phänomen, aber sie scheiterte in den Hauptstädten, auf dem Lande wurde sie dann abschließend vernichtend geschlagen.

Was bleibt?

Im Vormärz hat die deutsche Gesellschaft ihre Untertanengesinnung verloren, gewiss nicht dauerhaft, aber erstmals in breiteren Ansätzen. Deshalb ist uns diese Zeit so nah, so verständlich. In der Revolution bemächtigte sich die Gesellschaft erstmals der Institutionen, mit denen sie sich selbst steuern will. Sie tat dies, ohne einem neuen Totalitarismus zu huldigen, denn sie wollte eine Verfassungsstruktur schaffen, in der menschliche Würde in den Grundrechten zum Ausdruck kam und die staatliches Handeln band; in der man davon ausging, dass der Staat einem Zweck zu dienen und von diesem Zweck her sich selbst seine Grenzen zu setzen hätte, über welche in Zukunft auch die Gesellschaft mitentscheiden sollte. Das Gottesgnadentum war nicht mehr zu retten, es konnte nur noch seine Frist verlängern – bis zum Ende des Ersten Weltkrieges.

Diese Revolution erhielt ihre Bedeutung aber nicht allein vom Ende her, von Einheit und Freiheit, zumindest nicht ausschließlich. Sie gewinnt an Bedeutung, wenn man aus zivilgesellschaftlicher Perspektive an den Anfang zurückgeht: Da trafen sich in Offenburg im September 1847 politikwillige und politikfähige, verantwortungsbereite Menschen und formulierten ein Programm. Es ist bis heute aktuell geblieben und wenn wir kritisch sind, dann spüren wir, wie mit diesem Programm auch unserer Zeit ein Spiegel vorgehalten wird.

Sind wir denn wirklich weiter? Wie steht es mit den Schranken der Politik, der Begrenzung des Staates und seiner Verpflichtung, die Würde des Menschen aktiv zu schützen, zu achten und zu verteidigen? Wie steht es mit der Zivilisierung unserer Armee, mit der Gewaltenteilung und der Sicherheit von Grundrechten?

Bleibt ein letzter Satz zu betonen: „Jedem sei die Achtung freier Mitbürger einziger Vorzug und Ruhm“, erklärten die Revolutionäre in ihrer Salmen-Erklärung von 1847. Sie machten Konturen einer Gesellschaft deutlich, die wir nicht selten als „Bürgergesellschaft“ bezeichnen. Sie ist nicht zu verwechseln mit der „civil society“, denn in dieser geht es um das Verhältnis zwischen Gesellschaft, Regierung und Einzelnen, in jener um Eigenschaften der Bürger und ihre Fähigkeit zum vertrauensvollen Miteinander, um die Hoffnung, dass nicht jeder politische Ordnungskonflikt unter Gesichtspunkten der Macht entschieden wird.

Wenn wir anschauen, wie man in der werdenden Bundeshauptstadt Berlin mit dieser Revolution und ihren Revolutionären umgegangen ist, die wir erst nach dem Umbruch 1989 erstmals wieder richtig im Zusammenhang mit einem durch Nullen gerundeten Jahrestag feiern konnten, dann kann man nur zu dem Schluss kommen: Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. war weiter, als er in seinem Aufruf nach dem 18. März erklärte: „Ein Volk, das die Gefahr nicht scheut ...“ Das waren seine Berliner. Er verneigte sich vor den Aufgebahnten auf dem Gendarmenmarkt, gezwungenermaßen, aber er verneigte sich.

Wir haben es auch nach fast 175 Jahren nicht in der gebotenen Eindeutigkeit geschafft und fast die Chance verspielt, einen ins Auge stechenden Platz in Berlin nach den Achtundvierzigern zu benennen. Eine wichtige Ausnahme stellt der Friedhof der Märzgefallenen dar, der Berlin – mit der Novemberrevolution, dem Widerstand und dem Umbruch des Jahres 1989 – einen Platz an den Straßen der Demokratie sichert. Es muss bedacht werden, dass wir in Berlin unbewusst eher an die Gegenrevolution als an die Aufstände und die Hoffnungen der Deutschen erinnern. Der spätere Kaiser Wilhelm I. hat seinen Ruhm als „Kartätschenprinz“ begründet. Die Badensche Straße in Berlin-Schöneberg, an der bis zum Umzug auf das Gelände der Freien Universität die in der Erinnerung an den 18. März 1848 neu gegründete Hochschule für Politik lag, wurde nicht nach dem Aufstand benannt, sondern soll

an dessen Zerschlagung durch den „Kartätschenprinzen“ erinnern. Auch andere Straßen erinnern an den Kampf gegen die demokratisch gesinnten Revolutionäre und bedürfen einer entsprechenden Kontextualisierung. In Babelsberg findet sich sogar, ohne dass es recht bewusst ist, ein Denkmal, mit dem der Sieg über die Badische Revolution gefeiert wird.

Unsere französischen, italienischen, polnischen, belgischen, österreichischen und ungarischen Nachbarn leben mit ihren Revolutionen und wissen, was sie ihnen verdanken. Wir aber lieben es viel mehr, an den akademischen Stammtischen, in den Talkshows jenen Optionen nachzugehen, die alle den Aufstand zur Voraussetzung hatten.

Die Deutung dieser Revolution als ein bürgergesellschaftliches Ereignis könnte ein neues Verständnis begründen, das noch einmal Gustav Heinemanns Versuch aufnahm, demokratisch-verfassungsstaatliche Traditionen in Deutschland zu begründen. Im Richtigen ist ohne Zweifel auch einiges Falsche angelegt: Nationalismus, Antisemitismus, die Preisgabe der Grundrechte gehören dazu wie das Misstrauen gegenüber den Gemäßigten, die auch als „Laue“ bezeichnet wurden von der Straße, der Menge, dem „Pauper“, wie man die Armen oft nannte, und dem Pöbel, den die Bürgerlichen gleichsam für „unverständlich“ hielten. Nicht einmal die Arbeiter konnten sie zutreffend benennen und sprachen deshalb vom „Vierten Stand“. Er meldete sich dann in der Revolution von 1848 erstmals vernehmlich zu Wort, wie auch die Gräber auf dem Friedhof der „Märzgefallenen“ belegen. Aber dies sind Entwicklungen, die nicht den Versuch diskreditieren können, die politischen Entwicklungen in die Hand zu nehmen und aktiv zu beeinflussen. In der 1848er Revolution drücken sich Bürgerbewusstsein und bürgergesellschaftliches Grundgefühl aus. Keine Gesellschaft, die in den Sonntagsreden ihrer Sinnstifter immer wieder den Verlust von Werten und Geschichte beklagen lässt, kann dies ausschlagen.

Das 19. wie das 20. Jahrhundert zeichnen sich durch eine Vielfalt von Potentialen und Hindernissen einer politischen Entwicklung aus, die es nicht erlauben,

geschlossene Narrative zu rechtfertigen, die in der Gegenwart enden. Es waren die Jahrhunderte von Demokratie und Diktatur. Diktaturen setzten sich gegen die liberalen Verfassungsstaaten ab, Demokratien zogen die Energie ihrer Selbstbehauptung und weiteren Entfaltung aus dem Gegensatz zu Diktaturen. Wenn also Historiker die These vertreten, das 20. Jahrhundert sei nicht nur kurz, sondern historisch auch zielführend im Hinblick auf die Realisierung einer verfassungs- und rechtsstaatlichen Ordnung gewesen, stellt sich diese Überzeugung als sehr fragil heraus. Dazu muss man nicht nur auf die Türkei, auf Ungarn, Polen oder Belarus verweisen – die freiheitliche Ordnung ist immer fragil, sie muss verteidigt und stets neu begründet werden. Dazu verhilft der Blick in die Geschichte, in die Vor- und Frühgeschichte der Demokratie im 19. Jahrhundert.

Es ist deshalb müßig, das 20. Jahrhundert durch Jahreszahlen zu begrenzen, etwa zu behaupten, es habe mit dem Jahr 1914 begonnen und 1989/90 mit dem Mauerfall und dem Zusammenbruch des Ostblocks geendet, weil diese das Ende des Kalten Krieges bedeuten. Bereits am 11. September 2001 wurde überdeutlich, dass Geschichte eben nicht zum Stillstand kommt. Ein anderer Blickwinkel erschließt nicht nur eine andere Perspektive, sondern ermöglicht neue Rechtfertigungen politischer Herrschaft. Dass diese Geschichte endlos ist, dass Demokratie immer verteidigt werden muss, zeigt sich in den Versuchen der weißrussischen Opposition, willkürliche Herrschaft zu stürzen.

Will man die vergangenen drei Jahrhunderte zusammenfassen, spricht vieles dafür, sie unter dem Begriff der revolutionären Durchsetzung des demokratischen Verfassungsstaates zu subsumieren. Die Glorreiche Revolution von 1688, die Überlegungen Montesquieus und Rousseaus, die Amerikanische, die Französische, schließlich die Deutsche Revolution von 1848 verbanden Verfassungsfragen mit der Geschichte der Nationalstaaten, stärkten die Bedeutung des Individuums durch Menschen- und Bürgerrechte, begrenzten staatliche Macht durch Mitwirkungsrechte des Volkes und die Gewaltenteilung.

Die Durchsetzung des Verfassungsgedankens stabilisierte den Wert von Freiheit und Autonomie und begründete eine Gemeinsamkeit von politischen Wertvorstellungen, die geeignet ist, gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt nicht zu nivellieren oder gar gewalttätig zu homogenisieren, sondern in der Vielfalt gerade eine Voraussetzung politischer Entwicklungen zu sehen, die Konflikte fruchtbar macht.

Die Universalisierung des demokratisch geprägten Verfassungsgedankens stärkte europäische Gemeinsamkeiten und überwand nationalstaatliche Verengungen. Grenzüberschreitend wurden die „westlichen“ Tendenzen der Liberalisierung, Konstitutionalisierung und Demokratisierung nicht nur beachtet, sondern entfalteten einen Nachahmungsdrang wie die allgemeine Aufmerksamkeit beweist, die die europäische Öffentlichkeit der belgischen Verfassungsentwicklung im 19. Jahrhundert zollte.¹⁸

Die Stärkung des Gedankens einer partizipatorischen Demokratie, die sich nicht im Wahlakt allein erschöpfte, sondern den Strukturwandel der damaligen Öffentlichkeit einleitete, überlagerte das monarchische Prinzip¹⁹ und ersetzte es schließlich durch das neue Legitimitätsprinzip, die „Volkssouveränität“, die mit dem Ende der Dynastien die Durchsetzung von Republik, von Volksstaat und Demokratie anbahnte. Mit der Begründung des Rechtsstaates wurde staatliches Handeln zudem an demokratisch legitimes Recht und Gesetz gebunden. Verwaltungsrecht und Gewaltenteilung begrenzten die Macht des Staates und definierten Prinzipien der Legitimität als Grundlage der Anerkennung staatlicher Gewalt; das Haushaltsbewilligungsrecht stärkte den Einfluss der Parlamente. Die Grundrechte markierten Grenzen staatlichen Handelns und definierten Freiheits- und Entfaltungsräume der Individuen, damit aber auch Staatsziele und Staatszwecke.

Es war ein langer Weg, der mit der Magna Charta von 1215 begann und im Verfassungsstaat endete. Denn am Beginn demokratischer Entwicklung stand der Wunsch, die Macht der Herrschenden durch Regeln zu begrenzen. Dies ging nicht ohne Konflikte ab. Sie sind

bis heute nicht beendet, denn jetzt wie in Zukunft wird weiter über soziale Grundrechte, Kinderrechte, den Schutz der Natur und der Umwelt debattiert.

Ständige Verfassungsdebatten klären immer wieder neu das politische Grund- und Selbstverständnis einer Gesellschaft, die sich ständig veränderten Umweltbedingungen, Werten und Zukunftsvorstellungen anpasst. Deshalb bleibt es nicht aus, dass Verfassungsrecht politisch fragil bleibt, dass Revolutionen immer wieder neue Ordnungsvorstellungen begründen können, dass sie Regierungssysteme erschüttern oder sogar wie 1918 zerstören. Mit den veränderten Wertvorstellungen laden sich gewandelte Erfahrungs- und Erwartungshorizonte immer wieder zu spannungsgeladenen und deshalb politisch fruchtbaren Konflikten auf, die sowohl die Deutung der Vergangenheit als auch die Konturierung der Zukunft betreffen.

Dabei zeigt sich: Verfassungen zielen nicht nur auf Stabilität und Berechenbarkeit, sondern haben auch die Aufgabe, die Integration des politischen Systems und der Bevölkerung über Wandlungen hinweg zu unterstützen. Mit dem Begriff der Integration rückt eine Formulierung des 19. Jahrhunderts in den Blick, die die Verfassungsgeschichte des 19. Jahrhunderts zu einem komplexen Bereich politischer Gestaltung gemacht hat. Denn Integration ist ein Prozess, der die Aufmerksamkeit auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des sozialen Wandels und der Modernisierung von Staat und Gesellschaft lenkt, auf die Steuerung des Wandels durch Anpassung an neue Herausforderungen.

Sozialwissenschaftliche Verfassungsmodelle verstehen soziale, kulturelle und politische Systeme besser als starre Normensysteme, wie sie die ältere Verfassungsgeschichtsschreibung prägten.²⁰ Verfassungsmodelle, die von Theoretikern wie Lorenz von Stein, Alexis de Tocqueville, Max Weber oder Robert Michels beeinflusst und von Verfassungstheoretikern wie Hermann Heller, Hugo Preuß, Hans Kelsen u.a. entwickelt wurden, erleichtern es uns heute, verfassungspolitische und -rechtliche Entwicklungen zu analysieren.

Verfassungen gelten heute als Ordnungssysteme, die die Anpassung von Gesellschaften an den sozialen Wandel erleichtern.²¹ Sie sind deshalb schon längst nicht mehr als Regelsysteme des Regierungshandelns zu verstehen, sondern prägen das Selbstverständnis der politischen Eliten, die sich verfassungsgemäß verhalten, und nicht zuletzt auch das Verhalten der Bürger, die immer auch Staats- und Mitbürger sind und sich als Teil der Gesellschaft verstehen, zugleich aber im Staat kein höheres Wesen, sondern ein Instrument der Selbstregierung sehen.

Verfassungen sind nicht unwandelbar, sondern vor allem dann stabil, wenn sie sich Veränderungen anpassen und den Wandel gestaltbar machen. Das zeigt sich nicht zuletzt in der Gegenwart, die nach Einschätzung von Politologen den Verfassungstypus der populistisch überformten Postdemokratie entwickelt.²² Wer von der Postdemokratie redet, darf aber von der Demokratie nicht schweigen, die eine lange Geschichte hat, sich als flexibel erwies und deshalb den Versuch nahelegen muss, die Demokratiegeschichte des 19. Jahrhunderts mit der Gegenwart zu verbinden. Voraussetzung der Neubewertung ist die Bereitschaft, die Vielfalt und die Leistungen der frühen Demokraten anzuerkennen, ihren Wagemut, ihre Entwürfe einer verfassungsmäßigen Ordnung, die Herrschaft beschränken und individuelle Handlungsspielräume öffnen und sichern soll. Stabilität folgt aus bewältigtem Wandel.

Nach wie vor lohnt es sich, über einen Satz von Fichte nachzudenken, den er 1793 unter dem Eindruck der radikaleren Phasen der Französischen Revolution formuliert hat: „Keine Staatsverfassung ist unabänderlich, es ist in ihrer Natur, dass sie sich alle ändern. Eine schlechte, die gegen den notwendigen Endzweck aller Staatsverbindungen streitet, muss abgeändert werden; eine gute, die ihn befördert, ändert sich selbst ab!“²³

Deshalb bleibt die Geschichte der Demokratie eine offene, eine unabgeschlossene Geschichte, eine Herausforderung für die Nachlebenden, eine Verpflichtung für die historische Bildung und politische Erziehung.

ZUM AUTOR

Univ.-Prof. em. Dr. Peter Steinbach

ist wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und Mitglied im Kuratorium des Gedenkortes Friedhof der Märzgefallenen.

ANMERKUNGEN

- 1 **Reinhard Koselleck:** Revolution, in: **Otto Brunner u.a. (Hrsg.):** Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon der politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 660.
- 2 Vgl. **Robert R. Palmer:** The Age of Democratic Revolution. A Political History of Europe and America 1760–1800, 2 Vols., Princeton 1959 u. 1964.
- 3 Art. 20, Abs. 2, Satz 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.
- 4 Vgl. **Christian Meier:** Die Entstehung des Politischen bei den Griechen, Frankfurt/M. 1980. Vgl. auch ders., Die Griechen. Die politische Revolution der Weltgeschichte, in: Saeculum 33, 1982, S. 133 ff.
- 5 Bemerkenswert war ein Gedenkzug zur Erinnerungsstätte der Märzgefallenen und der Versuch, den Platz vor dem Brandenburger Tor in Erinnerung an die Revolution umzubenennen sowie eine Gedenkveranstaltung im Abgeordnetenhaus, bei der Hagen Schulze die Chance nutzte, an die Vielfältigkeit der Erinnerungsbezüge zu erinnern, die in der Revolution verborgen liegen. Eine anschließende Podiumsdiskussion verlief wesentlich konventioneller und konzentrierte sich wieder auf die bekannten Fragen großdeutsch-kleindeutsch, politische oder soziale Demokratie.
- 6 Vgl. **Hartwig Brandt (Hrsg.):** Restauration und Frühliberalismus, Darmstadt 1979, S. 253 ff.; **Hans Fenske,** Vormärz und Revolution 1840–1849, Darmstadt 1976.
- 7 Vgl. **Dieter Dowe u.a. (Hrsg.):** Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998; **Jürgen Kocka:** Die europäischste Revolution, in: Der Tagesspiegel v. 15.3.1998, Beilage, S. 1.

- 8 Vgl. **Rüdiger Hachtmann:** Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997; grundlegend ferner **Manfred Gailus:** Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens 1847–1849, Göttingen 1990.
- 9 Vgl. **Eberhard Schmitt:** Einführung in die Geschichte der französischen Revolution, München 1976.
- 10 Vgl. **Alexis De Tocqueville:** Der alte Staat und die Revolution, verschiedene Ausgaben. Diese Frage nimmt wieder auf **Manfred Hettling:** Reform ohne Revolution. Bürgertum, Bürokratie und kommunale Selbstverwaltung in Württemberg von 1800 bis 1850, Göttingen 1990.
- 11 Vgl. **Udo Wengst (Hrsg.):** Historiker betrachten Deutschland. Beiträge zum Vereinigungsprozess und zur Hauptstadtdebatte, Bonn 1992.
- 12 So in Ansätzen **Klaus Schroeder:** Der 17. Juni 1953. Volkserhebung gegen Fremdherrschaft, in: Symposium zum Denkmal für die Ereignisse des 17. Juni 1953, Berlin 1996, S. 49 ff., ähnlich auch in Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 17.6.1997.
- 13 Vgl. **Fritz Bauer u.a.:** Widerstandsrecht und Widerstandspflicht des Staatsbürgers, Drei Vorträge, Frankfurt/M. 1962, S. 41 ff.
- 14 Vgl. **Ernst-Wolfgang Böckenförde (Hrsg.):** Staat und Gesellschaft, Darmstadt 1976.
- 15 Vgl. **Walter Grab (Hrsg.):** Die Revolution von 1848/49, Frankfurt/M. 1998; **ders. (Hrsg.):** Die Revolution von 1848. Eine Dokumentation, München 1980; **Rolf Weber (Hrsg.):** Revolutionsbriefe 1848/49, Leipzig 1973; **Karl Obermann (Hrsg.):** Flugblätter der Revolution.

- Eine Flugblattsammlung zur Geschichte der Revolution von 1848/49 in Deutschland, Berlin (Ost) 1970.
- 16 Hier und im Folgenden **Ernst Rudolf Huber (Hrsg.):** Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd.1: Deutsche Verfassungsdokumente 1803–1850, Stuttgart 1961, S. 261 ff.
 - 17 Vgl. **Günter Wollstein:** Deutsche Geschichte 1848/49. Gescheiterte Revolution in Mitteleuropa, Stuttgart 1986.
 - 18 Vgl. **Werner Conze (Hrsg.):** Beiträge zur deutschen und belgischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1967.
 - 19 Vgl. **Gerhard Oestreich:** Monarchisches Prinzip, in: **Ernst Fraenkel / Karl-Dietrich Bracher (Hrsg.):** Staat und Politik, Frankfurt/M. 1957, S. 199 ff.
 - 20 Vgl. **Fritz Hartung:** Zur Entwicklung der Verfassungsgeschichtsschreibung in Deutschland, in: ders., Staatsbildende Kräfte der Neuzeit, Berlin 1961, S. 431 ff.
 - 21 Vgl. **Werner Conze:** Die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters als Aufgabe für Forschung und Wissenschaft, Köln-Opladen 1957.
 - 22 Vgl. **Colin Crouch:** Postdemokratie, Frankfurt/M. 2008.
 - 23 **Johann Gottlieb Fichte:** Beiträge zur Berichtigung der Urtheile des Publicums über die Französische Revolution (1793), zit. nach **Reinhard Koselleck:** Revolution, in: **Otto Brunner u.a., (Hrsg.):** Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd.5, Stuttgart 1984, S. 729.

Michael Parak

Warum heute an 1848/49 erinnern?

Auf die Frage „Warum heute noch an 1848/49 erinnern?“ gibt es mindestens drei Antworten.

Die erste Antwort ist: Wir erinnern an 1848/49, weil wir einen Jahrestag haben. 2023 jährt sich die Märzrevolution von 1848 zum 175. Mal. Die Bedeutung von Jahrestagen für das historische Gedächtnis sollte nicht unterschätzt werden. Sie bilden Kommunikationsanlässe, um ein bestimmtes Thema (wieder) in den Mittelpunkt zu stellen. So verwendet beispielsweise der Bundespräsident Jahrestage, um öffentlich auf verschiedene Ereignisse der deutschen Demokratiegeschichte hinzuweisen.¹

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nutzt die Gedenktage, um auch zur Beschäftigung mit Geschichte anzuregen: „Erinnerung darf sich aber – gerade an Gedenktagen – nicht in Ritualen und Feierstunden erschöpfen. Sie ist eine Aufgabe für viele Institutionen und Akteure unserer Gesellschaft: für den Geschichtsunterricht der Schulen, die Heimatvereine und Geschichtswerkstätten, die Stadtarchive und Museen, die Volkshochschulen und Bildungsstätten, vielleicht sogar fürs Durchforsten der Familiengeschichte auf dem eigenen Dachboden. ‚Grabe, wo du stehst‘ – das ist ein gutes Motto für die demokratische Spurensuche.“²

175 Jahre ist zwar mit Blick auf die Jahreszahl kein herausragendes Jubiläum. Als Kommunikationsanlass für die Demokratiegeschichte von 1848/49 eignet es sich aber auf jeden Fall.

Die zweite Antwort lautet: Die Demokratiegeschichte von 1848/49 gehört zum kulturellen Wissen, über das Menschen, die in Deutschland leben, verfügen sollten.

Die Konkurrenzsituation historischer Sujets um Aufmerksamkeit und Ressourcen lässt sich kaum vermeiden und natürlich beanspruchen auch andere Themen für sich, bedeutsam zu sein. Doch neben vielen anderen interessanten Fragestellungen an die Geschichte, ist die Frage nach der Entwicklung der Demokratie mehr als nur ein legitimer und wichtiger Blickwinkel zur Betrachtung der Vergangenheit. Die Bundesrepublik Deutschland ist eine parlamentarische Demokratie. Grundlegendes Wissen darüber, wie sich diese Staatsform und zugehörige Demokratievorstellungen entwickelt haben, scheint daher in jedem Fall angebracht.

Die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte hat einen Eigenwert: Ereignisse, Orte und Personen, die für die Entwicklung der Demokratie wichtig waren, gehören in den „Erinnerungsspeicher“ der Bundesrepublik Deutschland. Es ist ein Stück gesellschaftlicher Teilhabe, über bestimmte Aspekte der Geschichte Bescheid zu wissen, denn nur wer hier über einen gewissen Bestand an Grundwissen verfügt, wird manche gesellschaftliche Debatte verstehen können und kann sich dann in sie einbringen. Dafür bedarf es neben grundlegender Wissensvermittlung auch Grundlagenforschung, die die Fragen an die Geschichte von Zeit zu Zeit neu akzentuiert. Jubiläen sind ein guter Anlass, ein scheinbar bekanntes Thema neu zu befragen.

Die dritte Antwort lautet: Die Beschäftigung mit der Geschichte und Entwicklung der Demokratie – darunter auch 1848/49 – leistet einen Beitrag zur Stärkung der heutigen Demokratie. Mit dieser Aussage wird das Aufgabenspektrum dessen, was Geschichte leisten kann oder sollte, deutlich geweitet. Es geht damit um den sogenannten Gegenwartsbezug. Dieser wird auch in dem Rahmenkonzept der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zur Weiterentwicklung der Orte deutscher Demokratiegeschichte als Ziel beschrieben:

„[Es] stärkt [...] die Kräfte der Zivilgesellschaft und damit auch die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie, wenn wir die Chance nutzen, nicht nur am Ringen mit der Vergangenheit zu reifen, sondern auch im Bewusstsein der eigenen Freiheitstraditionen zu wachsen und dies verstärkt öffentlich darzustellen. Die Erinnerung an demokratische Sternstunden und Hoffnungsträger, an Momente, in denen demokratische Werte den Sieg davontrugen, und an Menschen, deren Mut, Zuversicht und Weitsicht diesen Siegen den Weg ebneten, erlaubt uns, Handlungsspielräume zu erkennen und Gefühle der Ohnmacht zu überwinden.“³

Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, die Relevanz der Beschäftigung mit der Revolution von 1848/49 für heutiges Handeln herauszuarbeiten. Eines sollte dabei klar sein: es gibt keine eins-zu-eins-Wirkung von historischem Lernen auf unmittelbares Handeln in einer Demokratie, obwohl dies öffentlich gerne plakativ kundgetan wird und sich Antragssteller und Fördermittelgeber dies immer wieder gegenseitig versichern.

Die Relevanz der Beschäftigung mit Geschichte fasst die Kultusministerkonferenz gut zusammen:

„Das Fach Geschichte vermittelt so als anthropologisches Erfahrungsfeld Einsicht in die Bedingtheit menschlicher Existenz und fördert die Selbsterkenntnis der Schülerinnen und Schüler. Es stärkt die Fähigkeit zur Empathie, bietet die Möglichkeit zur Identifikation mit vorbildhaften Personen, vermittelt ebenso aber auch die Fähigkeit zur kritischen Distanz [...]. Indem

der Geschichtsunterricht vergangene Ereignisse und Strukturen aufzeigt und sie auf die Bedingungen ihres Werdens und Wirkens zurückführt, macht er modellhaft Möglichkeiten und Grenzen menschlichen Handelns deutlich und verweist auch auf in der Vergangenheit nicht realisierte Handlungsalternativen.“⁴

Historisch-politische Bildung zahlt ein auf das Konto Bildung und Reflexion – nicht mehr und auch nicht weniger. Inwieweit die Beschäftigung mit 1848/49 eine Relevanz für das historisch-politische Bewusstsein und damit mittelbar auch für die Stärkung der Demokratie heute hat, wird im Folgenden anhand von fünf Thesen herausgearbeitet.

THESE 1:

Die Beschäftigung mit der Demokratiegeschichte 1848/49 kann helfen zu verdeutlichen, dass es verschiedene, zeitgebundene Vorstellungen von Demokratie gibt.

„Das ist doch keine richtige Demokratie!“ „Das ist nicht demokratisch!“ – diese Aussprüche gehen vielen einfach über die Lippen. So gibt es Rechtspopulisten, die die „Herrschaft des Volkes“ in ihrem Denken und Handeln an einen ethnisch definierten Volksbegriff binden. Dies ist als Bezugsrahmen nicht nur unbrauchbar, sondern wie die Geschichte des Nationalismus zeigt, auch gefährlich.

„In der Gegenwart ist ‚Demokratie‘ nach vorherrschender Einschätzung mehr als ein bloßes Institutionengefüge zur Regelung politischer Willensbildung durch Mehrheitsentscheidungen. Demokratie ist nicht nur Gewährleistung von Herrschaft auf Zeit, zu ihr gehören auch Gewaltenteilung, Rechts- und Sozialstaatlichkeit und sie fußt auf einer Zivilgesellschaft, in der die Bürgerinnen und Bürger Demokratie als Lebensform begreifen.“⁵

Meinungsumfragen bringen zu Tage, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung in Deutschland die Demokratie für die beste Staatsform hält, die

Wenigsten lehnen sie generell ab und treten für eine Systemalternative ein. Die Zufriedenheitswerte mit der tatsächlichen Praxis der heutigen Demokratie sind dagegen deutlich geringer.⁶ Dies hängt zum einem mit dem aktuellen Handeln Beteiligter zusammen, zum anderen aber auch mit den eigenen Vorstellungen, was Demokratie beinhalten sollte, sowie den Erwartungen, die an die Verfassungspraxis gerichtet werden.

Die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte kann helfen zu verdeutlichen, dass Demokratie kein überzeitliches Naturgesetz ist. Seit der Antike wandeln sich die Vorstellungen von Demokratie in unterschiedlichen Zeiten und Kontexten.⁷

Das Wissen um diese Veränderbarkeit von Demokratievorstellungen und -erwartungen hat auch einen Gegenwartsbezug: Das Bewusstsein, dass es in der Vergangenheit unterschiedliche, zeitgebundene Verständnisse von Demokratie gab, kann dabei helfen, damit umzugehen, dass es auch heute verschiedene Verständnisse von Demokratie gibt.

Bernd Faulenbach fasst Kernelemente der deutschen Revolution von 1848/49 wie folgt zusammen: „Die in sich heterogene, mehrschichtige, in verschiedenen Revolutionszentren ablaufende Bewegung zielte in ihrer Hauptströmung auf die Realisierung eines – das Erbe des Feudalzeitalters überwindenden – staatsbürgerliche Gleichheit verwirklichenden freiheitlichen Verfassungsstaats und auf die Zusammenfassung der deutschen Staatenwelt in einem Nationalstaat.“⁸ Von der Idee, Freiheitsrechte und Mitregierung in einer geschriebenen Verfassung abzusichern, kann sicherlich eine Traditionslinie von 1848/49 bis hin zu heutigen Demokratieverständnissen gezogen werden. Zur Vorstellung, wie demokratische Teilhabe in der Realität praktiziert werden soll, bestehen jedoch deutliche Unterschiede. 1848/49 sorgten die Ereignisse für eine stärkere Politisierung breiterer Schichten der Bevölkerung, die Revolution gab der Parteienbildung und überregionalen Vernetzung einen entscheidenden Schub. Auch liegen in dieser Zeit die Anfänge der deutschen Frauenbewegung, wenngleich insbesondere das Frauenstimmrecht noch in weiter Ferne lag.⁹

Die Beschäftigung mit der Demokratiegeschichte von 1848/49 verdeutlicht, dass die Umsetzung demokratischer Forderungen kein Automatismus und Selbstläufer ist. Manche Vorstellungen scheiterten (zunächst). Zugleich lohnt es sich, die Veränderbarkeit von Demokratievorstellungen und -erwartungen stärker ins Bewusstsein zu rufen. Ging es damals um das erste deutsche Parlament auf nationaler Ebene, hat sich heute das Verständnis hin zu einer „vielfältigen Demokratie“ weiterentwickelt, wozu nicht nur Entscheidungen im politischen System im engeren Sinne, sondern unterschiedliche demokratische Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in allen Lebensbereichen gezählt werden:

- I. Formen der repräsentativen Demokratie und ihrer Institutionen
- II. Direktdemokratische Formen
- III. Dialogorientierte, deliberative Beteiligungsformen
- IV. Proteste, Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen sowie
- V. Bürgerschaftliches Engagement.¹⁰

Aktuell werden Fragen von Repräsentativität diskutiert, insbesondere die Forderung, „marginalisierte Gruppen durch Proporz oder Quoten an gesellschaftlichen und politischen Machtpositionen zu beteiligen und in die demokratische Interessensartikulation und Entscheidungsfindung einzubeziehen.“¹¹

Demokratiegeschichte hilft zu verstehen, dass sich Vorstellungen von Demokratie historisch – in den jeweiligen zeitlichen Kontexten – immer wieder verändert haben. Das Wissen um das Vorhandensein eines Grundstocks an Gemeinsamkeiten kann dabei helfen, eine klare Abgrenzung zu jenen vorzunehmen, die dagegen ankämpfen, dass Menschen- und Bürgerrechte für alle Menschen gelten. Der diachrone Blick in die Demokratiegeschichte sowie der synchrone Vergleich

unterschiedlicher aktueller Demokratievorstellungen zeigt, dass es „die Demokratie“ nicht gibt, sondern ein breites Spektrum legitimer Lesarten von Demokratie. In der Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland bedeutet dies, dass die unterschiedlichsten Ideen um gesellschaftliche Akzeptanz werben können, sofern sie Minimalbedingungen des demokratischen Verfassungsstaats akzeptieren, zu denen Gewaltenteilung und Individualität, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Volkssouveränität gehören. Demokratie ist immer in Entwicklung begriffen: „Demokratie zu leben bedeutet, dass um politische Vorstellungen und Konzepte gerungen wird. Zwar können Kernelemente in einer Verfassung, die Ergebnis eines demokratischen Prozesses ist, fixiert werden. Die Auslegung und Weiterentwicklung in der Praxis ist aber veränderbar. Ein Mittel, um Entwicklung zu veranschaulichen, ist die Beschäftigung mit Geschichte.“¹²

THESE 2:

Die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte kann helfen zu verdeutlichen, dass es verschiedene Phasen der Demokratieentwicklung gibt. 1848/49 steht für die spezifischen Aspekte „Demokratie erkämpfen“ / „Demokratie etablieren“.

Es scheint sinnvoll, Demokratiegeschichte auf vier Aspekte zu fokussieren, die zugleich Phasen der Demokratieentwicklung sind:¹³

1. Demokratie erkämpfen

Demokratie ist nicht einfach da. Sie muss(te) erkämpft und etabliert werden. Die Idee der Volksherrschaft motiviert Menschen, sich für gleiche politische Rechte einzusetzen. Der Kampf für Demokratie in einer Autokratie und Diktatur birgt viele Gefahren, weil er ein Kampf gegen Systeme ist, die Freiheiten nicht nur nicht garantieren, sondern diejenigen als Feinde betrachten, die für Freiheiten eintreten. Deshalb markiert die

Erkämpfung von Demokratie keineswegs eine lineare Erfolgsgeschichte. Vielmehr gibt es viele Beispiele von Rückschlägen und Scheitern.

Umgangssprachlich reden wir auch heute oft vom Kampf für die Demokratie. Doch dieses – wenn auch anstrengende – Engagement findet in Deutschland in einem demokratischen Verfassungsstaat statt, also unter fundamental anderen Rahmenbedingungen und weniger dramatischen persönlichen Konsequenzen als in einer Diktatur. Hier erscheint es zweckmäßiger, mit der Kategorie „Demokratie weiterentwickeln“ zu arbeiten.

2. Demokratie etablieren

Nach dem Überwinden eines autoritären Systems oder einer Diktatur geht es darum, eine Demokratie aufzubauen. Der Kampf gegen Unrechtsstaaten ist das Eine – der Aufbau von etwas Neuem, der Demokratie, das Andere. Eine demokratische Verfassung oder freie Wahlen schaffen die institutionellen Rahmenbedingungen. Doch was geschieht dann? Im Klein-Klein müssen die unterschiedlichsten Dinge neu geregelt werden. Eine Demokratie neu aufzubauen ist nichts Einfaches, zumal Menschen den Übergang managen müssen, denen praktische Erfahrung dazu fehlt: Sie sind teils selbst in Autokratien oder Diktaturen aufgewachsen – oder sie kommen aus dem Exil oder einem anderen Land hinzu.

3. Demokratie gestalten, leben und weiterentwickeln

Die Rahmenbedingungen in einer Demokratie unterscheiden sich fundamental von denen in einem autoritären Regime oder in einer Diktatur. In einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gibt es grundlegende Prinzipien und Mechanismen, die das Zusammenleben regeln. Die Verfassungsnorm bedeutet aber nicht, dass alle diese Prinzipien in Reinform verwirklicht werden. „Demokratie weiterentwickeln“ bedeutet, sich nicht auf dem Ist-Zustand auszuruhen.

4. Demokratie verteidigen und verlieren

Dass die Staatsform Demokratie auf ewig Bestand hat

und fortgeführt wird, ist kein Naturgesetz. Demokratie kann auch verloren gehen. Der demokratiegeschichtliche Blick auf Abwehrkampf und Verlust hält Beispiele in unterschiedlichen Richtungen bereit: der Kampf kann gelingen – Demokratien können aber auch untergehen.

Überspitzt gesagt lernen wir aus der Beschäftigung mit 1848/49 nicht, wie wir uns in der heutigen Demokratie verhalten können und sollen, denn dafür sind die Zeitkontexte zu unterschiedlich. In der Bundesrepublik Deutschland erfolgt demokratisches Engagement – in aller Unterschiedlichkeit der zuvor vorgestellten „vielfältigen Demokratie“ – im Rahmen eines Staates, der Grundrechte garantiert und schützt.

Die deutsche Revolution von 1848/49 ist in der Phase „Demokratie erkämpfen“ der Demokratieentwicklung zu verorten. Die Beschäftigung mit dieser Zeit kann das Bewusstsein fördern, dass Demokratie keine naturgegebene Gesetzmäßigkeit ist; dass eine demokratische Verfassung und demokratische Teilhabe erst erkämpft werden müssen und dass dabei die Gefahr von Rückschlägen und des Scheiterns besteht.

Die Beschäftigung mit diesem Aspekt deutscher Demokratiegeschichte kann durchaus dabei hilfreich sein, sich heutigen Ereignissen in der globalisierten Welt anzunähern. Denn der Kampf für Freiheit und Demokratie ist mitnichten beendet. 2015 lebten nach Zusammenstellungen der Organisation Freedom House etwa zwei Drittel der Weltbevölkerung in freien oder relativ freien Gesellschaften – im Vergleich zu sieben Prozent im Jahr 1850.¹⁴

Der „Völkerfrühling“ von 1848/49 erreichte seine demokratischen Ziele nicht in Gänze. Die Revolution steht auch für die Phase „Demokratie etablieren“ der Demokratieentwicklung – in ihrem Scheitern. Hier wie auch beim „Arabischen Frühling“ Nordafrikas 2011 gelang es eben nicht in allen Fällen, Demokratien zu etablieren. Deutlich wird dadurch nicht nur, wie schwer es ist, eine Revolution durchzuführen, sondern auch, wie schwierig es ist, eine Demokratie aufzubauen. Auch wenn die großen Ziele der Revolution von 1848/49

(zunächst) nicht erreicht wurden, gab es Veränderungen in Richtung Demokratie: „Die Uhr ließ sich auch in der nachfolgenden Zeit der ‚Reaktion‘ nicht mehr zurückstellen. Preußen und Österreich waren nun Verfassungsstaaten, die Reste der feudalen Gesellschaft im Süden gesprengt, ein neuer Erwartungshorizont für zukünftige Veränderungen geschaffen.“¹⁵ Ein solcher Blickwinkel kann auch für heutige Staaten, in denen es nach Revolutionen nicht zur erfolgreichen Etablierung von Demokratien kam, anregend sein.

Neben der Förderung dieses internationalen Verständnisses kann die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte zudem einen wichtigen Beitrag zum Zusammenleben in der heutigen Migrationsgesellschaft leisten: Über die Erinnerung an Menschen, die für Demokratie eingetreten sind, ergeben sich Anknüpfungspunkte zu Ländern, die in der Vergangenheit oder Gegenwart nicht demokratisch verfasst waren, beziehungsweise sind, und damit auch zu den Migrationsgeschichten von Menschen, die aus diesen Ländern kommen. Die Erinnerung an 1848/49 kann helfen, den Respekt vor dem Verhalten anderer Menschen in schwierigen Kontexten zu fördern – ob in der Vergangenheit oder in anderen Ländern, die nicht demokratisch verfasst sind. Sie sorgt hoffentlich für mehr Offenheit gegenüber Lebensgeschichten von Menschen, die oder deren Familien aus autoritären Regimen oder Diktaturen nach Deutschland gelangt sind. Und vielleicht führt die Erinnerung auch zu einer gewissen Zufriedenheit und/oder Demut, ob der politischen Rahmenbedingungen, die heute in Deutschland im Vergleich zur Vergangenheit oder anderen Ländern vorherrschen.

THESE 3:

Die Beschäftigung mit der Demokratiegeschichte 1848/49 zeigt, dass es gelingen kann, dass immer mehr Menschen politische Rechte wahrnehmen können.

Partizipation ist ein wesentliches Integrationselement, das unterstützen kann, dass eine Gesellschaft zusammenhält. Demokratie ist „Herrschaft des Volkes“, die wesentlich über Wahlen ausgeübt wird – doch wer ist das „Volk“? Die Beschäftigung mit Geschichte zeigt die Wandelbarkeit der damit verbundenen Vorstellungen. Demokratiegeschichte ist auch die Geschichte von Versuchen und Kämpfen, das Wahlrecht für breitere Bevölkerungsgruppen zu erlangen.

Die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche 1848/49 war für die damalige Zeit etwas Außergewöhnliches, beruhte sie doch auf dem freien und gleichen Wahlrecht (fast) aller Männer. Sie ist damit ein (früher) Meilenstein der deutschen Demokratiegeschichte.¹⁶

Hinsichtlich des Wahlrechts breiterer Bevölkerungskreise markierte die Etablierung der Weimarer Republik einen entscheidenden Durchbruch: erst die Einführung des Frauenwahlrechts 1919 machte das Wahlrecht „allgemein“. Nunmehr konnten sich 58,5 Prozent der Bevölkerung an den Reichstagswahlen beteiligen, statt 21,5 Prozent (1912). Für die Nachkriegszeit gilt: rund zwei Drittel bis drei Viertel der in Deutschland lebenden Menschen besitzen das Recht, bei Wahlen auf der Bundesebene abzustimmen. Das Kriterium „Allgemein“ galt in der Zeit der deutschen Teilung übrigens auch für die DDR, die erste freie Wahl fand aber erst nach der Friedlichen Revolution am 18. März 1990 statt. Wahlen sind ein zentrales Element eines demokratischen Systems. Aus historischer Perspektive kann gesagt werden: Ausschlusskriterien wurden weitgehend beseitigt.¹⁷

Zwar sind immer mehr Menschen im Besitz des Wahlrechts, doch trotzdem dürfen nicht alle in Deutschland lebenden Menschen wählen gehen. Denn

wahlberechtigt in der Bundesrepublik Deutschland sind aktuell nur Menschen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Bei den Bundestagswahlen 2017 konnten ca. 61,7 Millionen Wählerinnen und Wähler ihre Stimme abgeben (74,5 Prozent). Die Diskrepanz zu „Alle“ beträgt demnach rund 25 Prozent. Die Ausgestaltung des „allgemeinen Wahlrechts“ ist kein Naturgesetz, sondern Gegenstand von Aushandlungsprozessen. Deshalb ist es als Ergebnis demokratischer Prozesse auch möglich, dass nicht alle in einer Demokratie wählen dürfen. Ist der Idealzustand die Messlatte, fallen vor allem Defizite ins Auge. In der vergleichenden Perspektive wird akzentuiert, dass es Möglichkeiten der Weiterentwicklung und Erweiterung gibt.

Die Beschäftigung mit der Demokratiegeschichte von 1848/49 akzentuiert die Perspektive der Wahlrechtsausweitung, die erkämpft und weiterentwickelt wurde. Sich solcher Etappen bewusst zu werden, heißt nicht zu verdrängen, dass noch nicht alle Menschen zu diesem Zeitpunkt wahlberechtigt waren; es sind aber bedeutende (Zwischen-)Schritte.

Demokratiegeschichte verdeutlicht auch die Langwierigkeit von Veränderungsprozessen: vom Wahlrecht 1848/49 hin zu den heutigen Regelungen war es ein weiter Weg. Und trotzdem sind weltweit weiterhin Ausschlussregelungen nach Kriterien von Alter und Staatsangehörigkeit verbreitet. Es ist das Eine, diese Entscheidungen als demokratisch getroffen zu respektieren. Das Andere ist aber das Wissen, dass Regelungen in demokratischen Prozessen geändert werden können. Diese Perspektive zeigt, dass es Möglichkeiten gibt, die zu einer weiteren Erhöhung der Anzahl der Wahlberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland führen können: Dies könnte zum einen die Absenkung des Wahlalters sein. Zum anderen würden höhere Einbürgerungszahlen die Anzahl der Wahlberechtigten erhöhen.

Die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte kann auch noch in einem weiteren Punkt helfen, den Blick auf unsere Gegenwart zu schärfen: dem Festschreiben

einer Verfassungsnorm und der Praxis, wie die Verfassung tatsächlich gelebt wird. Denn politische Teilhabe zeigt sich nicht nur in dem Recht zu wählen. Offenkundig gibt es Strukturen und Mechanismen, die dafür sorgen, dass Führungspositionen ungleich verteilt werden. So ermittelte eine Studie der Universität Leipzig und des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung unlängst detailliert, dass lediglich 7,7 Prozent aller Angehörigen der politischen Elite einen Migrationshintergrund besitzen, bei einem Anteil von 26 Prozent an der Bevölkerung.¹⁸

Allerdings ist die Anregungsfunktion bzw. die Aussagekraft der Ereignisse von 1848/49 für diese heutige wichtige Frage doch eher begrenzt. Denn im Rückblick auf die deutsche Geschichte ist die heutige Diversität der Herkunft ein eher jüngeres Phänomen. Eine Volkszählung von 1925 ermittelte nur einen Anteil von 1,5 Prozent von Nicht-Staatsbürgern, die sich dauerhaft in Deutschland aufhielt. Erst der Zuzug von Menschen, die im Zuge der Arbeitsmigration nach Deutschland kamen, sorgte in den 1960er Jahren dafür, dass sich der Anteil der „Ausländerinnen“ und „Ausländer“ an der Gesamtbevölkerung wesentlich auf 4,5 Prozent erhöhte. 1996 besaßen 9,1 Prozent der in Deutschland Lebenden nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, 2019 waren es 12,5 Prozent.¹⁹

Seit 1987 konnten die ersten Abgeordneten mit Migrationshintergrund in deutsche Parlamente einziehen: In diesem Jahr wurden Sevim Çelebi in das Berliner Abgeordnetenhaus und 1989 Leyla Onur in das Europaparlament gewählt. 1994 zogen Leyla Onur und Cem Özdemir in den Deutschen Bundestag ein. Diese Abgeordneten sind deutsche Staatsangehörige: von Geburt an, oder weil sie die deutsche Staatsangehörigkeit beantragt haben und „eingebürgert“ wurden.

Der Blick auf die jüngere Demokratiegeschichte zeigt, dass politische Rechte nicht zwingend unmittelbare Auswirkungen auf die soziale Praxis haben. Insgesamt beschreibt sie aber das bis heute anhaltende Ringen um die Gewährung gleicher Rechte.

THESE 4:

Demokratiegeschichte verdeutlicht Handlungsoptionen. Individuelles Handeln kann einen Unterschied machen.

Die Beschäftigung mit Geschichte zeigt: Veränderung ist möglich, sowohl im Guten wie im Schlechten. Dies ist eine wichtige Erkenntnis, aus der eine innere Freiheit resultieren kann. Anstelle des Fatalismus „Man kann doch nichts machen“ kann das Gefühl von Wirkungsmächtigkeit befeuert werden.

Beispiele aus der Demokratiegeschichte zeigen, dass das konkrete Handeln von Individuen einen Unterschied machen kann; zu verschiedenen Zeiten gab es aber ganz unterschiedliche Ansätze zur Veränderung. Dies im Hinterkopf zu haben, könnte auch im Vorfeld von heutigen Entscheidungen hilfreich sein. Eine Vielzahl aus Beispielen aus der Geschichte kann unterschiedliche Handlungsoptionen vor Augen führen, die je nach zeitlichem Kontext erfolgreich oder nicht erfolgreich waren. Fatalismus und „Alternativlosigkeit“ werden so ein Spektrum an Veränderungsmöglichkeiten gegenübergestellt.

Als besonders produktiv wird angesehen, sich mit besonderen Eigenschaften und konkreten Handlungen zu beschäftigen. Denn mit dieser Perspektive können Handlungsoptionen in den Blick genommen werden. Dafür kann beispielhaft eine Episode aus dem Leben von Robert Blum, späterer Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung, herangezogen werden:

Am 12. August 1845 waren bei Zusammenstößen zwischen Soldaten und Bürgern in Leipzig acht Menschen getötet und vier verwundet worden. Als Reaktion auf die antidemokratische Repression des sächsischen Militärs formierte sich ein Aufstand. Robert Blum war zu diesem Zeitpunkt der bekannteste Demokrat der Stadt. Ihm kam eine besondere Rolle in der aufgeheizten Situation zu:

„Es war für ihn eine ganz neuartige Erfahrung – er hatte schon des Öfteren im Kreise Gleichgesinnter Reden gehalten, aber noch nie vor einer wütend erregten

Menge gestanden, die in erwartungsvolles Schweigen verfiel, gespannt darauf wartend, was er ihr zu sagen hatte. Und was er zu sagen hatte, war in mancher Hinsicht eine Überraschung. Blum spornte nicht etwa die Wut seiner Zuhörer an; er mahnte vielmehr zu Ruhe und Zurückhaltung: ‚Verlasst den Boden des Gesetzes nicht‘, rief er der Menge zu. Anstatt sich zu unnützen Racheakten hinreißen zu lassen, müssten die Bürger alles daransetzen, praktische Forderungen an die Obrigkeit zu stellen. Er rief sie auf, in einem Schweigemarsch zum Rathaus zu ziehen und den Stadtrat zur Rede zu stellen.“²⁰

Blums Handeln ist ein gutes Beispiel aus der Zeit der deutschen Revolution von 1848/49 für eine demokratiegeschichtliche Handlungsoption. Der Blick auf bestimmte Ereignisse kann anregend für das historisch-politische Bewusstsein heute sein, weil damit die Möglichkeit betont wird, dass Menschen durch ihr Handeln in bestimmten Situationen einen Unterschied machen können. Dies taten sie auch dann, wenn ihr Leben nicht durchweg von guten Taten geprägt ist. Es wird kaum Menschen geben, die in ihrem Leben – ob früher oder heute – ausschließlich Gutes vollbracht haben – ein Anspruch, dem wohl kein Mensch in seinem gesamten Leben gerecht werden kann.

Personen der Demokratiegeschichte sollten daher in einer Kombination aus Zeitgebundenheit sowie nach aktuellen Maßstäben eingeordnet und bewertet werden. Dabei könnten u.a. folgende Fragen gestellt werden: Was war nach damaligen Umständen üblich und was hat die Person damals Besonderes geleistet? Warum hat das Besondere von damals noch immer eine Bedeutung für uns und was kann uns dies für unser gegenwärtiges Leben geben? Mit den Fragen wird angeregt, stärker über das besondere Verhalten als über die Gesamtpersönlichkeit zu arbeiten. Bei der Beschäftigung mit der Zeit von 1848/49 könnten im Sinne einer lokalen Spurensuche zur Demokratiegeschichte noch stärker nicht nur bekannte Persönlichkeiten, sondern auch Menschen vor Ort, die sich eingebracht haben, herangezogen werden.

Demokratie ist anstrengend. Auf die Frage, woher wir Kraft und Ansporn erhalten, uns zu engagieren, kann eine Antwort auch lauten: auch aus dem Wissen, dass Einzelne etwas bewegen können.

THESE 5:
Unterschiedliche Personenkreise bevorzugen unterschiedliche Ansätze. Manchen bringt die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte und der Revolution 1848/49 wenig.

Die aufgeführten Ansätze, wonach die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte das historisch-politische Bewusstsein fördert und damit auch zur Stärkung der Demokratie beiträgt, fußen auf der folgenden Annahme: Die Gegenwart wird unter der Perspektive betrachtet, dass es positive Schritte gab, die zu unserem Leben im Hier und Jetzt geführt haben. Es werden Ereignisse, Orte und Personen betrachtet, die für die Entwicklung der Demokratie wichtig waren. Der Fokus liegt darauf, jeweils ein zeitgebundenes „Mehr“ an Demokratie in den Mittelpunkt zu stellen. In einem vergleichenden Verständnis ist die Gegenwart durch dieses „Mehr“ geprägt, auch wenn kein Idealzustand herrscht. Dazu gehört auch, die Geschichte und die Gegenwart der Demokratie aus unterschiedlichen Perspektiven zu verstehen und zu erzählen. Paul Nolte begreift Demokratiegeschichte als Erfüllungsgeschichte, als Suchbewegung und als Krisengeschichte.²¹

Für manche funktioniert dieser Ansatz: aus der Beschäftigung mit positiven Entwicklungen von Demokratie und Rechtsstaat sowie Leistungen Einzelner entspringt Motivation und Kraft, sich für die Stärkung der Demokratie heute einzusetzen. Das Wissen um Möglichkeiten von Veränderung und Fortschritt führt dazu, dass der Glaube, selbst wirksam zu werden und durch eigenes Tun etwas verändern zu können, gestärkt wird. Daraus kann auch Freude, die Demokratie weiterzuentwickeln erwachsen; im Wissen aus der Geschichte, dass vieles gelingen kann; zugleich im Wissen,

dass es nicht die perfekte Lösung gibt, aber ein „Mehr“ an Demokratie, Schritt für Schritt.

Zugleich muss aber auch deutlich gemacht werden, dass dieser Ansatz nicht für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen funktioniert. Manche fühlen sich eher durch das Abarbeiten des Nicht-Erreichten zu Engagement motiviert: angesichts der gegenwärtigen Krisenphänomene wird der Blick dabei verstärkt auf die „uneingelösten Versprechen der Demokratie“²² gelenkt.

Wer den derzeitigen Zustand der Demokratie überwiegend bis ausschließlich als negativ empfindet, weil bestimmte Fragen und Probleme nicht oder zu zögerlich angegangen werden, für den ist wahrscheinlich die Auseinandersetzung mit der bisherigen Entwicklung der Demokratie nicht zielführend und motivationsfördernd. In dieser Richtung nimmt das Decolonize-Bündnis im Kulturausschuss des Deutschen Bundestags zum Gesetzentwurf der „Stiftung Orte deutsche Demokratiegeschichte“ Stellung: „Wir fordern, dass [...] die Demokratie anstatt aus der Vergangenheit heraus verteidigt und gefördert wird, ein konsequentes und entschlossenes Eintreten für einen demokratischen Grundkonsens, der sowohl antifaschistisch, antikolonial und dekolonisierend als auch interkulturell und inklusiv ist.“²³ Die nachvollziehbare Kritik, insbesondere auch an der unzureichenden Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte und an bestehendem Rassismus in der Bundesrepublik Deutschland, sorgt dafür, dass der Ansatz der Demokratiegeschichte nicht gewürdigt werden kann bzw. sogar als gegen die eigenen Ziele gerichtet empfunden wird.

Zusammenfassung

Die Kolumnistin Ferda Ataman von den Neuen Deutschen Medienmachern hat kurz nach dem Anschlag von Hanau im Februar 2020 ihre Erschütterung über Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit geäußert. Zugleich hat sie ihrem Gefühl Ausdruck verliehen, dass etwas fehlt. Ihre Kolumne ist mit „Dagegen sein reicht nicht“ überschrieben:

„Fällt es Ihnen auch leichter zu sagen, wofür Sie nicht sind, als wofür? [...] Dummerweise funktioniert das Dagegensein auch bei Demokrat*innen gut. Seit Jahren lassen wir uns von Rechtsextremisten die Agenda diktieren oder arbeiten uns an neuen Tabubrüchen ab, statt eigene Ideen auf den Tisch zu werfen. [...] Doch auf Dauer hat diese Herangehensweise einen Haken: Sie bringt uns nicht voran. Wer ausschließlich mit Dystopien arbeitet, wer antifaschistisch, antikapitalistisch, anti irgendwas argumentiert, bleibt in der negativen Erzählung. [...] Statt immer nur dagegen zu argumentieren, dürfen wir – gerade jetzt – nicht vergessen, auch eigene, positive Leitbilder für unsere Zukunft anzubieten. [...] Ja, wir brauchen neue, positive Narrative für die Zukunft. Aber Dagegensein ist auch wichtig, wenn es um menschenfeindliche Ideologien und die Zerstörung der Umwelt geht. Das eine schließt das andere nicht aus.“²⁴

Vielleicht kann die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte hierzu etwas beitragen. Neue positive Narrative können auch aus dem Bewusstsein entstehen, dass Veränderung im positiven Sinne möglich ist. Dass sich 2023 die Märzrevolution von 1848 zum 175. Mal jährt, kann dabei in unterschiedlicher Art und Weise genutzt werden. Zum einen als Kommunikationsanlass, um das Thema „Demokratie erkämpfen“ in seinem historischen Kontext in den Mittelpunkt zu stellen. Zum anderen, um neue, aus der Gegenwart entspringende Fragen an ein scheinbar altbekanntes Thema zu stellen. Zum dritten gibt es aber auch einen Gegenwartsbezug, der zur Stärkung der Demokratie in Deutschland beitragen kann, denn die Auseinandersetzung

mit der Revolution befördert das historisch-politische Bewusstsein.

Die Beschäftigung mit der Demokratiegeschichte kann die Reflexion unterstützen, dass es nicht nur eine (meist die eigene) Vorstellung von Demokratie gibt, sondern unterschiedliche, die in jeweiligen Zeitkontexten stehen. Aus dem Scheitern der Revolution ergeben sich Bezugspunkte zu Ländern, die gegenwärtig nicht demokratisch verfasst sind, und zu den Lebensgeschichten von Menschen, die aus diesen Ländern stammen. Zudem kann das Verständnis gestärkt werden, dass es gelingen kann, dass immer mehr Menschen politische Rechte wahrnehmen, auch wenn es immer noch Probleme und Aufgaben gibt. Schließlich kann die Beschäftigung mit konkreten individuellen Handlungen dazu führen, dass der Glaube, selbst in dieser Welt durch eigenes Tun wirksam werden zu können, bestärkt wird.

Zum Nachdenken anregen und letztlich Hilfe für eine Selbstverortung in Zeit und Raum sein – dies kann aus der Beschäftigung mit Geschichte folgen. Die Bewertung der aktuellen Zustände ist dabei abhängig von den jeweiligen Erwartungen: „Die hohe Kunst der demokratischen Urteilsfähigkeit besteht darin, zwischen den beiden Polen des demokratischen Utopismus und eines undemokratischen Zynismus klug hindurch zu navigieren. Das heißt Missstände der Demokratie offen und schonungslos belegen und zugleich die Demokratie und die in ihr handelnden Personen nicht an unangemessenen Maßstäben scheitern zu lassen.“²⁵

Hierzu kann die Beschäftigung mit der deutschen Revolution von 1848/49 ein Ansporn sein. Nicht mehr und nicht weniger.

ZUM AUTOR

Dr. Michael Parak, seit 2009 Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. 1999 Universität Leipzig, Staatsexamen Geschichte und Deutsch für das Lehramt an Gymnasien, 2004 Promotion, 1999–2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Leipzig, 2005–2009 Kulturreferent beim Schlesischen Museum zu Görlitz im Auftrag des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. **Frank-Walter Steinmeier**: „Vorkämpfer unserer Republik“. Zur Geschichte der Demokratie in Deutschland. Texte und Reden, Berlin 2019, https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/190815-Vorkaempfer-unserer-Republik.pdf?__blob=publicationFile [01.02.2022].
- 2 „Selbstverständlich war die Demokratie in diesem Lande nie“ Namensbeitrag in der Wochenzeitung Die Zeit 14. März 2019, in: **Frank-Walter Steinmeier** „Vorkämpfer unserer Republik“. Zur Geschichte der Demokratie in Deutschland. Texte und Reden, Berlin 2019, S. 33, https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/190815-Vorkaempfer-unserer-Republik.pdf?__blob=publicationFile [01.02.2022].
- 3 Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Orte deutscher Demokratiegeschichte, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1888580/2c893225f6604d90eca888c58173d29d/2021-04-12-bkm-rahmenkonzept-ortederdemokratiegeschichte-data.pdf?download=1> [27.01.2022].
- 4 Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung Geschichte, Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 1.6.1979 i. d. F. vom 10.02.2005, S. 3, https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/1989/1989_12_01-EPA-Geschichte.pdf [15.12.2021].
- 5 **Bernd Faulenbach**: „Volk und Demokratie“. Zu einer irritierenden Diskussion, in: **Bernd Faulenbach**:

Warum wir uns erinnern wollen. Essays und Analysen (2003-2021), Berlin 2021, S. 145–148, hier S. 146.

- 6 Die wichtige „Mitte-Studie“ spricht auch von einer „Gleichzeitigkeit von Demokratiestärke und Demokratiemisstrauen“. Vgl. **Wilhelm Berghan / Andreas Zick**: Zwischen Demokratiebefürwortung und Ungleichwertigkeitsbehauptungen. Einstellungen zur Demokratie, in: **Andreas Zick / Beate Küpper / Wilhelm Berghan**: Verlorene Mitte – Feinselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn 2019, S. 223–241, hier S. 235.
- 7 Vgl. dazu auch **Peter Massing / Gottfried Breit / Hubertus Buchstein (Hrsg.)**: Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Texte und Interpretationshilfen, 9. Auflage, Schwalbach/Taunus 2017.
- 8 **Bernd Faulenbach**: Gegen das Vergessen der Freiheits- und Demokratiegeschichte, in: **Bernd Faulenbach**: Warum wir uns erinnern wollen. Essays und Analysen (2003-2021), Berlin 2021, S. 40–46, hier S. 41.
- 9 Vgl. **Paul Nolte**: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012, S. 95; 97.
- 10 Vgl. **Roland Roth**: Gesellschaftliche Mitgestaltung durch demokratisches Engagement, in: **Steve Kerner / Dirk Lange (Hrsg.)**: Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung, Frankfurt/Main 2018, S. 229–243, hier S. 230–233.
- 11 **Naika Foroutan**, Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie, Bielefeld 2019, S. 29.
- 12 **Michael Parak**: Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung, in: **Michael Parak (Hrsg.)**: Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung. Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 2018, S. 5–12, hier, S. 7, https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Broschueren/GVFD_Demokratiegeschichte_2018.pdf [01.02.2022].
- 13 Diese sind ausführlicher dargestellt in: **Annalena Baasch / Michael Parak / Dennis Riffel (Hrsg.)**: Demokratiegeschichte bloggen. Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Berlin 2020, https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Broschueren/Demokratiegeschichte_bloggen.pdf [15.12.2021].
- 14 Vgl. **Steven Pinkert**: Aufklärung jetzt. Für Vernunft, Wissenschaft, Humanismus und Fortschritt. Eine Verteidigung, Frankfurt am Main 2018, S. 262.
- 15 **Paul Nolte**: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart. München 2012, S. 98.

- 16 Vgl. **Paul Nolte**: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012, S. 96.
- 17 Vgl. dazu und im folgenden auch **Michael Parak**: Wer darf wählen und wer nicht? Wahlberechtigte bei den Wahlen zum deutschen Bundestag, in: Migrationsgesellschaft how? Eine Anleitung der Zivilgesellschaft für mehr Repräsentanz und Teilhabe, hrsg. v. Türkische Gemeinde in Deutschland e.V., Berlin 2021, S. 22–31.
- 18 Vgl. **Lars Vogel / Sabrina Zajak**: Teilhabe ohne Teilnahme? Wie Ostdeutsche und Menschen mit Migrationshintergrund in der bundesdeutschen Elite vertreten sind (= DeZIM Research Notes #DRN 4/20, 7. Oktober 2020), https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Eliten/ResearchNotes_04_201030_ansicht.pdf [01.02.2022].
- 19 Vgl. **Michael Parak**: Wahlbürger und Mandatsträger. Politische Beteiligung durch Wahlen, in: Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft. 46 Bausteine für die schulische und außerschulische historisch-politische Bildung (= Themen und Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung), Bonn 2012, S. 161–200, hier S. 178.
- 20 **Christopher Clark**: Robert Blum (1807–1848). Mann des Volkes, Märtyrer der Revolution, in: **Frank-Walter Steinmeier (Hrsg.)**: Wegbereiter der deutschen Demokratie. 30 mutige Frauen und Männer 1789–1918, München 2021, S. 173–186, hier S. 175–176.
- 21 Vgl. **Paul Nolte**: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012, S. 16.
- 22 Vgl. das gleichlautende Unterkapitel bei **Samuel Salzborn**: Demokratie. Theorien, Formen, Entwicklungen, Baden-Baden 2012, S. 56–66.
- 23 **Dr. Sebastian Garbe**: Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung zum Gesetzentwurf zur „Stiftung Ortdeutscher Demokratiegeschichte“ im Ausschuss für Kultur und Medien des Bundestages am 5. Mai 2021, S. 6, <https://www.bundestag.de/resource/blob/839332/4460fc94194d2b41edad34ac2506034/Stellungnahme-73-Sitzung-Dr-Garbe-data.pdf> [01.02.2022].
- 24 **Ferda Ataman**: Dagegen sein reicht nicht, Spiegel Online vom 6. Februar 2020, <https://www.spiegel.de/kultur/was-wollen-wir-eigentlich-kolumne-a-52dcc64a-3e7b-44ce-92c6-a4826344ae02> [02.02.2022].
- 25 **Peter Massing / Gottfried Breit / Hubertus Buchstein (Hrsg.)**: Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Texte und Interpretationshilfen, 9. Auflage, Schwalbach/Taunus 2017, S. 13.

Theo Jung

Die Aktualität einer umkämpften Vergangenheit:

Neuere Forschungsperspektiven auf die
Revolutionen von 1848/49

Die Revolutionen von 1848/49 stehen zurzeit nicht sehr hoch im Kurs. In der historischen Forschung genauso wie in breiteren Öffentlichkeiten wie dem Feuilleton hat die Aufmerksamkeit für dieses Thema merklich nachgelassen. Allerdings zeigen sich an verschiedenen Stellen aktuell Anzeichen einer neuen Bemühung, das heranahende 175-jährige Jubiläum zum Anlass für eine Revitalisierung der akademischen und erinnerungspolitischen Auseinandersetzung mit einem der entscheidenden politischen Umbrüche der europäischen Geschichte zu nehmen. Zu solchen Anstrengungen, denen auch der vorliegende Band entstammt, möchte der vorliegende Artikel beitragen, indem er einen knappen Überblick über den aktuellen Stand der Forschung und über die neueren Entwicklungen, die sich darin derzeit abzeichnen, skizziert. Eine Gesamtinventarisierung der historischen Forschung zu 1848/49 ist angesichts deren enormen Umfangs an dieser Stelle selbstverständlich nicht leistbar. Vielmehr geht es darum, interessierten Leserinnen und Lesern einen Überblick über die neueren akademischen Debatten anzubieten und dabei vor allem einige neuere Forschungsansätze hervorzuheben, an die eine aktualisierte Erinnerung an die Revolutionen heute anknüpfen kann. Fokussiert auf

die deutschsprachige Forschung, aber mit punktuellen Seitenblicken auf andere Länder, rückt so ein Feld der historischen Revolutionsforschung in den Blick, das trotz der nachlassenden öffentlichen Aufmerksamkeit in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Dynamik aufzeigt.

Der Beitrag ist in drei Abschnitte untergliedert. Zunächst werden einige zentrale Entwicklungslinien der geschichtswissenschaftlichen Forschung zu den Revolutionen von 1848/49 im 20. Jahrhundert hervorgehoben, die in der letzten großen Jubiläumsfeier der Jahre 1998/99 kulminierten. Anhand von ausgewählten Fallbeispielen schildert der zweite Teil kursorisch, wie sich das Forschungsfeld seit der Jahrtausendwende weiterentwickelt hat. Der dritte Teil widmet sich sodann zwei vielversprechenden neuen Forschungsperspektiven, die sich in den letzten Jahren verstärkt etabliert haben: ein differenzierterer Blick auf den ‚demokratischen‘ Gehalt der Revolutionen einerseits sowie die neue Aufmerksamkeit für die Einbettung der Revolutionen in vielfältige synchrone und diachrone Verflechtungszusammenhänge andererseits. Eine vertiefende Auseinandersetzung mit diesen beiden Aspekten, so die These, stellt nicht nur eine Bereicherung der

historiographischen Revolutionsforschung dar. Aus ihr ergeben sich auch neue Resonanzen zwischen der Revolutionsgeschichte und einigen zentralen Streitfragen, mit denen unsere Gesellschaft aktuell zu kämpfen hat.

Konjunktoren der Forschung im 20. und 21. Jahrhundert

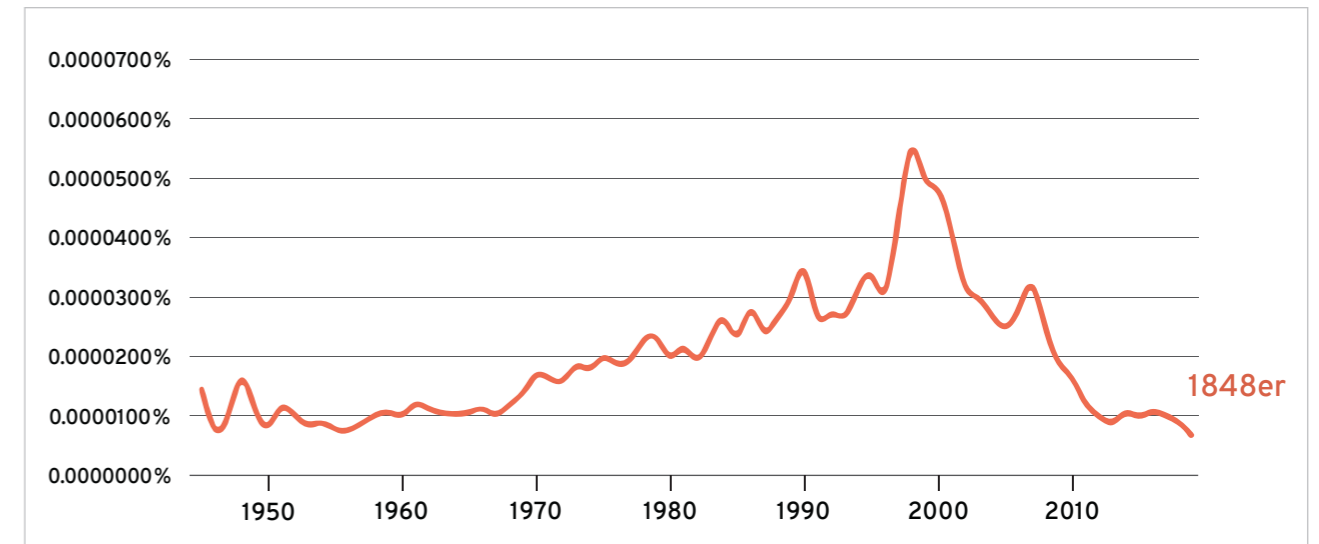
Das sich wandelnde Interesse für die Revolutionen von 1848/49 in der deutschen Öffentlichkeit lässt sich – etwas holzschnittartig, aber doch nicht ganz unbegründet – mithilfe des Ngram Viewers der Plattform Google Books graphisch darstellen. Die Verwendungshäufigkeit des einschlägigen Stichworts „1848er“ in deutschsprachigen Publikationen seit dem Zweiten Weltkrieg zeigt eine beständig ansteigende Aufmerksamkeit für das Thema. Diese langfristige Entwicklung erreichte in den Jahren 1998/99 einen einmaligen Kulminationspunkt, wonach sich allerdings ein nicht weniger scharfer Einbruch abzeichnete.

Ngram-Statistiken dürfen nicht allzu genau genommen werden, da sie aufgrund der unsystematischen Zusammensetzung des Google Books-Korpus und der Unwägbarkeiten der automatisierten Texterkennung nie ganz präzise sind. Dennoch schaffen sie einen ersten Zugangspunkt für die Rekonstruktion von Konjunktoren der öffentlichen Debatten zu den Revolutionen von 1848/49.

Dass die Aufmerksamkeit für die „1848er“ in den Jahren 1998/99 einen einmaligen Höhepunkt erreichte, steht außer Zweifel. Neben dem 150-jährigen Jubiläum trug dazu auch die geschichtspolitische Lage Deutschlands nach der Wiedervereinigung bei, in der eine Rückbesinnung auf die langfristige Demokratiegeschichte im deutschen Raum sich mit einer Suche nach geteilten Erinnerungsorten, die für Ost und West gleichermaßen anschlussfähig erschienen, verknüpfte. Über solche gesamt-kulturellen Faktoren hinaus hing der Boom der Revolutionsforschung aber auch mit bestimmten inner-akademischen Entwicklungen zusammen. In den 1990er

Jahren erreichten die theoretisch-methodischen Debatten, die den geschichtswissenschaftlichen Diskurs von jeher begleiteten, einen einmaligen Höhepunkt. Die Stimmen, die seit den frühen 1970er Jahren für eine Erneuerung der Geschichte als historische Sozialwissenschaft eingetreten waren, hatten sich aus ihrer anfänglichen Außenseiterposition zu einer festen Größe in der Mitte des Fachs vorgekämpft. Doch gerade in dieser Stellung sahen sie sich nun mit verschiedenen neuen Gegenentwürfen konfrontiert, deren vielgestaltige Strömungen sich unter dem Schlagwort einer neuen Kulturgeschichte vereinten. Im erbitterten Grabenkampf zwischen der klassischen Verfassungsgeschichte, der Sozialgeschichte und den vielfältigen Spielarten der neueren Kulturgeschichte wurde mit Blick auf die Revolutionen von 1848/49 immer auch um die Deutungshoheit über die theoretischen Grundlagen der Geschichtswissenschaft gerungen.¹

Auch das abflauende Interesse an den Revolutionen von 1848/49 seit der Jahrtausendwende hatte neben gesamtgesellschaftlichen auch innerwissenschaftliche Gründe. Gerade der gigantische Forschungsboom der Jahre 1998/99 gestaltete sich in den nachfolgenden Jahrzehnten in mancher Hinsicht als Hemmnis. Viele Themengebiete der Revolutionsgeschichte galten durch die Masse an Veröffentlichungen als ‚ausgeforscht‘. Die Gesamtdeutung der Revolution wurde von einigen sehr prominenten Stimmen ‚besetzt‘, sodass es für die jüngere Generation von Historikerinnen und Historikern oft wenig attraktiv erschien, sich in dieses stark kanonisierte und karrieretechnisch vermintete Forschungsfeld hineinzuwagen. Natürlich hieß das nicht, dass die Revolutionsforschung komplett zum Erliegen kam. Eine genauere Betrachtung des Forschungsstandes zeigt, dass auch in den letzten Jahrzehnten viele neue Publikationen zum Thema erschienen sind, die zwar nicht immer die öffentliche Aufmerksamkeit bekommen haben, die sie verdient hätten, aber durchaus den Anspruch erheben können, die Forschung punktuell weiterentwickelt zu haben.



Der Google Books Ngram Viewer zeigt im diachronen Überblick, wie oft in deutschsprachigen Publikationen auf die „1848er“ Bezug genommen wurde. Google Books Ngram Viewer, „1848er“, corpus: German (2019), year range: 1950–2019, case-insensitive, smoothing: 0, © <http://books.google.com/ngrams> [15.12.2021].

In verschiedenen Forschungsbereichen wurden abseits der klassischen Themen der Revolutionsgeschichte neue Forschungslücken entdeckt und geschlossen. In einigen Fällen handelte es sich dabei um durchaus eklatante Leerstellen, wie neuere Arbeiten zu den Märzministerien und der Reichsverfassungskampagne exemplarisch zeigen.² Viel öfter aber positionierten sich neuere Arbeiten als vertiefende Auseinandersetzungen mit bestehenden Forschungsfeldern. So hat sich etwa die ideengeschichtliche Revolutionsforschung der letzten Jahre über die bekannten Leitbegriffe wie Freiheit, Gleichheit und Nation hinaus vermehrt mit weniger bekannten Debatten beschäftigt, die für die Revolutionsdynamik eine mindestens so wichtige Rolle spielten, wie etwa über die Stellung des Adels oder das Recht auf Arbeit.³ Im Hinblick auf die revolutionären Akteure lassen sich ähnliche Tendenzen feststellen. Eine Reihe von neueren biographischen Studien haben sich mit Gewinn Personen aus der ‚zweiten Reihe‘ zugewandt und mit der Aufarbeitung ihrer Geschichten zu einem vertieften Verständnis der Revolutionserfahrungen jenseits der herausragenden

Momente, Orte und Persönlichkeiten beigetragen.⁴ Die kollektivbiographische Forschung, die bisher vor allem auf die Parlamentarier fokussiert gewesen war, hat inzwischen auch einige weniger prominente Akteursgruppen für sich entdeckt, wie neuere Arbeiten zum revolutionären Auftreten von Geschichtswissenschaftlern, Medizinern und Katholiken unter Beweis stellen.⁵

In anderen Bereichen der Revolutionsforschung bestand die Weiterentwicklung vor allem darin, die in den theoretisch-methodischen Debatten der Jahre 1998/99 angemahnten Perspektivwechsel empirisch einzulösen. Dies galt etwa für die Frage nach der regionalen Differenzierung der Revolutionserfahrungen, die sich in einem beständig wachsenden Feld von Lokalstudien zu verschiedenen städtischen und ländlichen Räumen niederschlägt.⁶ Auch die Auseinandersetzung mit der politischen Kultur der Revolutionen, die 1998/99 zwar lautstark programmatisch gefordert, aber in mancher Hinsicht doch nur rudimentär umgesetzt worden war, hat seitdem eine starke Entwicklung genommen, besonders wo es sich um den Sprachgebrauch, die Ikonographie und die symbolischen

Praktiken der Revolutionen handelt.⁷ Schließlich lässt sich an dieser Stelle auch die Auseinandersetzung mit der postrevolutionären Erinnerung anführen, die als Auseinandersetzung mit der Gedenkkultur gleichzeitig ein Teil von dieser ist.⁸

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die jüngere historische Forschung zu den Revolutionen von 1848/49 sich keineswegs zu verstecken braucht. Sie ist empirisch reichhaltig, differenziert und analytisch vielschichtig. Wenn die akademische Geschichtsschreibung zu den Revolutionen von 1848/49 trotzdem etwas von ihrer früheren Resonanz eingebüßt hat, so liegt dies vor allem daran, dass es ihr in letzter Zeit weniger als zuvor gelungen ist, ihre Kernthemen mit breiteren aktuellen Debatten zu verschränken. Die Hoffnung, die Ereignisse von 1848/49 im Rahmen des bevorstehenden Jubiläums erneut auf die gesellschaftliche Agenda zu setzen, muss also dort ansetzen, wo sich wissenschaftliche Brisanz und gesellschaftliche Relevanz überschneiden. Zwei Themenfelder, die sich in den historiographischen Debatten der letzten Jahre andeuten, scheinen für diesen Zweck besonders geeignet zu sein: die Neubewertung der Revolutionen als Meilenstein der Demokratiegeschichte einerseits und als Knotenpunkt von synchronen und diachronen Verflechtungsgeschichten andererseits.

„Demokratische“ Revolutionen?

Das Verhältnis der Revolutionen von 1848/49 zur Demokratie gehörte schon im 20. Jahrhundert zu den klassischen Themenfeldern der Revolutionsforschung. Gerade auch in der breiteren Öffentlichkeit werden die Ereignisse von 1848/49 bis heute immer wieder in eine lange Geschichte der fortschreitenden Demokratisierung eingebettet.⁹ Aus einer solchen Perspektive erscheinen die Revolutionen dann oft als Fehltritt auf dem Weg der politischen Modernisierung: auf einen gewaltigen Schritt vorwärts folgten schon bald ein

Stolpern und ein mindestens ebenso großer Rückschritt, der sich mittelfristig in mancher Hinsicht sogar als Hindernis für die langfristige Weiterentwicklung politischer Strukturen entpuppte.

So einleuchtend ein solches Narrativ auf den ersten Blick sein mag, weist es doch eine Vielzahl von Problemen auf. Der Prozessbegriff der Demokratisierung evokiert eine unilineare, langfristig unausweichliche Entwicklung, die in einer selbstzufriedenen Gegenwart kulminiert. Demgegenüber hat die neuere Politikgeschichte gerade die Vielschichtigkeit des Demokratiebegriffs in den Mittelpunkt gerückt und so neues Licht auf die Ungleichzeitigkeiten und Paradoxien der politischen Kämpfe, die um ihn auch heute noch kreisen, geworfen. Aus diesem veränderten Blickwinkel erhält also die vor einigen Jahren von Paul Nolte erneut aufgeworfene Frage, inwiefern hinsichtlich 1848/49 von einer ‚demokratischen Revolution‘ die Rede sein kann, nicht nur eine, sondern eine ganze Reihe unterschiedlicher Antworten, die sich nur bedingt auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen.¹⁰

Wenn der Begriff der Demokratisierung – wie es besonders in der politikwissenschaftlichen, aber auch in Teilen der historiographischen Demokratisierungsforschung immer noch der Fall ist – auf die Etablierung eines demokratisch legitimierten Regimes im engeren Sinn eingeschränkt wird, so kann zwar auf vereinzelte Phasen verschiedener nationaler Entwicklungen verwiesen werden, müssen die europäischen Revolutionen von 1848/49 im Ganzen aber doch als gescheitert betrachtet werden. Demgegenüber haben sich in der neueren Forschung jedoch verschiedene alternative, breiter angelegte Begriffe der Demokratie und Demokratisierung etabliert, die einen differenzierteren Blick erlauben.¹¹

Eine erste solche Blickerweiterung ergibt sich, wo die Frage nach dem demokratischen Gehalt revolutionärer *Forderungen* in den Mittelpunkt gerückt wird. So lassen sich viele der zentralen Märzforderungen – wie die Rede- und Pressefreiheit, Menschen- und Bürgerrechte, das nationale Parlament und die Verfassung

problemlos in eine Geschichte der Demokratisierung einreihen, auch wenn sie schließlich nur unvollständig oder vorübergehend verwirklicht wurden. Allerdings ist an dieser Stelle daran zu erinnern, dass sich der Begriff der ‚Demokraten‘ aus zeitgenössischer Sicht auf eine spezifische Akteursgruppe am linken Rand des politischen Gesamtspektrums der Revolutionen bezog. Diese hatte nicht nur ein eigenes soziales und organisatorisches Profil, sondern sie zeichnete sich auch durch eine Reihe von (‚demokratischen‘) Zielen aus, die weit über das hinausgingen, was die Mehrheit der revolutionären Akteure für wünschenswert oder gar denkbar hielt.

Sofern die Einforderung von sozialen Rechten oder Frauenrechten und der Ruf nach einer Abschaffung der Sklaverei oder der Monarchie Teil der revolutionären Gesamtdynamik waren, können die Revolutionen von 1848/49 durchaus als Meilenstein in der Entwicklung moderner demokratischer Emanzipationsbewegungen – wie etwa des Liberalismus, des Abolitionismus, des Republikanismus, der Arbeiterbewegung und der Frauenbewegung – gelten. Doch nur, wenn gleichzeitig festgehalten wird, dass die Revolutionen nicht weniger zur Entstehungsgeschichte des modernen Konservatismus, des Antisemitismus und des exkludierenden Nationalismus gehören. Es steht außer Zweifel, dass ein Teil der revolutionären Akteure als Demokraten – im damaligen und im heutigen Sinn – bezeichnet werden können. Ebenso klar ist aber, dass ein anderer, weitaus größerer Teil keinerlei demokratischen Ziele vor Augen hatte oder sogar ausdrücklich darauf aus war, jede demokratisierende Tendenz zu verhindern.

Gerade die Spannungsmomente zwischen den unterschiedlichen Zielsetzungen machten die Revolutionen von 1848/49 zu dem, was sie waren. Und nicht nur das. Ihre inneren Widersprüche bilden auch eine Brücke zu unserer eigenen Gegenwart. Denn 1848/49 war nicht zuletzt auch der Moment, in dem sich verschiedene Konfliktlinien herauskristallisierten, die auch unsere liberalen Demokratien heute wieder stark

beschäftigen: etwa die Fragen nach dem Verhältnis von Freiheit und Gleichheit, von Stakeholder-Rechten, nationalen Rechten und Menschenrechten, von Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität, sowie von repräsentativer Demokratie und Populismus.

Noch komplexer wird die Frage nach dem demokratischen Charakter der Revolutionen, wenn der Demokratiebegriff nicht mit Zielsetzungen, sondern mit bestimmten Praxisformen identifiziert wird. Unter dem analytischen Oberbegriff der Partizipation hat die neuere Politikforschung eine Vielfalt von Räumen, Medien und Praktiken in den Blick genommen, in denen unterschiedliche Gruppen zur Gestaltung des Gemeinwesens beitrugen und so – unabhängig von ihren jeweiligen Zielen – Teil einer gelebten Praxis der Demokratie waren. Auch mit Blick auf diese Handlungsformen und -räume, deren Spektrum von der Vereinsmitgliedschaft bis zur Petition und vom kollektiven Gesang bis zur Straßengewalt reicht, lassen sich die Entwicklungen von 1848/49 als Lehrjahre der Demokratie beschreiben – auch dann, wenn sie nirgends langfristig in eine demokratische Ordnung mündeten und wenn ein Großteil der beteiligten Akteure diese nicht einmal zum Ziel hatte. An der Schnittstelle zwischen Sozial-, Politik- und Kulturgeschichte hat die neuere Forschung dabei gerade auch die Bedeutung von Praktiken und Räumen jenseits der offiziellen politischen Institutionen hervorgehoben, sodass neben Parlamenten und Regierungen, Petitionen und Flugblättern vermehrt auch vordergründig ‚unpolitische‘ Praxisfelder wie Feste, Freizeitgestaltung oder Konsum in den Blick geraten.

Diese Erweiterung des analytischen Blickfeldes bringt auch eine veränderte Periodisierung mit sich. Zum einen wird die Geschichte der Revolutionen durch die neuen Zugänge deutlich stärker als zuvor mit ihrer Vorgeschichte im sogenannten Vormärz verknüpft, in dem sich viele der Praxisformen, die 1848/49 eine einmalige politische Brisanz erhalten sollten, erstmals etablierten.¹² Zum anderen erscheint auch die postrevolutionäre Phase unter diesem Blickwinkel nicht länger als bloße Restauration der alten Ordnung. Stattdessen

rücken die vielfältigen Momente in den Fokus, in denen die postrevolutionäre Ordnung Elemente der Revolutionen übernahm und für ihre eigenen Zwecke adaptierte. Denn das Nachwirken der Revolutionen ging weder in der bloßen Reaktion noch in ihren vereinzelt verbliebenen ‚Errungenschaften‘ (wie der Bauernbefreiung, der Etablierung von Verfassungen und Zensurlockungen) auf. Gerade auf der politischen Praxisebene zeichnete sich in den 1850er und 60er Jahren vielerorts eine Entwicklung ab, die von Christopher Clark als „revolution in government“ bezeichnet worden ist: die Adaptation von revolutionären Formen (Presse, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wahlen) für anti-revolutionäre oder allenfalls gemäßigt reformerische Zwecke im Zeichen staatlicher Zentralisierung oder wirtschaftlicher Modernisierung.¹³

Revolutionen im Knotenpunkt vielfältiger Verflechtungen

Ein zweiter, ebenso vielversprechender Zugang in der neueren Revolutionsforschung gründet in einem veränderten Blick auf die Zusammenhänge zwischen verschiedenen revolutionären Ereignissen. Die Revolutionshistoriographie der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war stark vergleichend ausgerichtet. Sie arbeitete einerseits die Differenzen zwischen den unterschiedlichen nationalen Konstellationen heraus, während sie andererseits versuchte, der Eigenart der Revolutionen von 1848/49 durch den Seitenblick auf diachrone Kontrastfolien auf die Spur zu kommen. Vor dem Hintergrund etwa der Französischen oder der Russischen Revolution erschienen die Ereignisse von 1848/49 dann oft als ‚bürgerliche‘ oder ‚gescheiterte‘ Revolutionen, gelegentlich sogar als „Illusion einer Revolution“.¹⁴

Demgegenüber nehmen neuere Studien oft eine etwas anders gelagerte Perspektive ein, aus der weniger die Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen verschiedenen historischen Konstellationen als vielmehr

ihre wechselseitigen Verflechtungen in Raum und Zeit in den Vordergrund rücken. Sowohl mit Blick auf die synchronen wie auf die diachronen Revolutionsverkettenungen wird dabei auf in den Geschichtswissenschaften bereits länger etablierte Forschungsdebatten zurückgegriffen. So war schon um 1998/99 die Frage, ob von einer Vielzahl von Revolutionen im europäischen Raum oder von einer übergreifenden europäischen Revolution die Rede sein sollte, kontrovers diskutiert worden.¹⁵ Allerdings erschöpfte sich die Debatte zu diesem Zeitpunkt noch stark in relativ abstrakten, theoretisch-methodischen Auseinandersetzungen, da zu den konkreten Verbindungen zwischen den verschiedenen revolutionären Schauplätzen nur wenige gesicherte Erkenntnisse vorlagen.

Dies hat sich in den letzten Jahren grundsätzlich geändert. Eine Vielzahl von Studien ist den komplexen Zusammenhängen zwischen lokalen, regionalen und nationalen Revolutionsarenen nachgegangen. Dabei sind sehr unterschiedlich gelagerte Verflechtungen in den Blick genommen worden – von infrastrukturellen Verbindungslinien über die Nachrichtenzirkulation im Medium einer zunehmend grenzübergreifenden Öffentlichkeit und die Adaptation von politischen Praxisformen und Symbolen bis hin zur Rolle von Migration, Exil und nationsübergreifenden politischen Netzwerken. Die transnationale Perspektive hat die Sicht auf die Ereignisse von 1848/49 in verschiedener Hinsicht verändert. Neben dem neuen Interesse an der geographischen Verzahnung der Revolutionen wirft sie auch neues Licht auf ihre Vorgeschichte, sodass die Ereignisse von 1848/49 stärker als Verdichtungspunkt internationaler Vernetzungen sowohl der revolutionären wie auch der kontrarevolutionären Kräfte im postnapoleonischen Europa erscheinen.¹⁶ Inzwischen greift der Blick der Forschung dabei zunehmend auch über Europa hinaus, wobei etwa die Wahrnehmungen und Nachwirkungen der Revolutionen in den USA und in Südamerika oder ihre Rolle als mobilisierender Referenzpunkt im Kontext von Arbeiterprotesten in Australien oder von Sklavenaufständen auf Martinique und Guadeloupe in den Fokus geraten.¹⁷

Die verflechtungsgeschichtliche Perspektive lässt sich aber nicht nur räumlich, sondern auch zeitlich wenden. Von Karl Marx stammt die berühmte These, dass sich weltgeschichtliche Tatsachen immer zweimal ereignen, einmal als Tragödie und dann noch einmal als Farce.¹⁸ Dieser Gedanke, der im ursprünglichen Kontext als sarkastischer Seitenhieb gegen den Staatsstreich Louis-Napoléon Bonapartes und die ‚Scheinrevolution‘ von 1848 gemeint gewesen war, ist in den letzten Jahren zum Ausgangspunkt eines neuen Forschungsansatzes geworden, der als Mimesisgeschichte der Revolution bezeichnet wird.¹⁹ Ausgangspunkt dieses Ansatzes ist die Beobachtung, dass revolutionäre Akteure sich in ihrem Handeln nicht zuletzt von einem spezifischen, an konkreten historischen Vorbildern ausgerichteten Verständnis dessen, was eine ‚Revolution‘ eigentlich ausmacht, leiten lassen. Sei es, dass sie die Ideen, Sprache, Praxisformen oder Symbole früherer Revolutionäre aufgreifen, sei es, dass sie versuchen, deren Fehler zu vermeiden: stets spielt es eine entscheidende Rolle, wie sich Akteure in eine längere revolutionäre Tradition einreihen und wie sie daraus ihren eigenen historischen Auftrag ableiten. So fragen Historikerinnen und Historiker inzwischen verstärkt nach den Imitations- und Adaptationsprozessen und den sich daraus ergebenden Handlungsrepertoires, die die revolutionäre Tradition der Neuzeit begründeten. Mit Blick auf die Revolutionen von 1848/49 rückt damit deren inhaltliche und formale Orientierung an früheren Revolutionen in den Blick, aber auch ihre eigenen Nachwirkungen im Sinne von Vor- und Schreckbild, über das 19. und 20. Jahrhundert hinweg bis hin zum Arabischen Frühling von 2011, der anfangs vielerorts als neuer ‚Völkerfrühling‘ begrüßt wurde.²⁰

Fazit

In den letzten Jahren haben wir mit Blick auf die Revolutionsforschung zu 1848/49 feststellen können, dass die Existenz einer empirisch gesättigten, methodisch reflektierten und theoretisch vielfältigen Forschungslandschaft allein nicht ausreicht, eine breitere gesellschaftliche Resonanz zu generieren. Wer darauf hofft, mit dieser reichhaltigen Forschung ein breiteres Publikum zu erreichen, muss Themen in den Fokus rücken, welche die Gesellschaft aktuell beschäftigen. Die beiden vorgestellten Themenfelder scheinen sich dafür besonders zu eignen, da sie einerseits im Zentrum neuerer akademischer Forschungsdebatten stehen, andererseits aber auch enge Verbindungen zu den zentralen Problematiken, die uns als Gesamtgesellschaft gegenwärtig umtreiben, aufweisen.

In Zeiten, die ganz wesentlich von der Erfahrung sich ständig intensivierender Verflechtungen geprägt sind, ist es sinnvoll und gewinnbringend, diesen Aspekt auch mit Blick auf die Revolutionen von 1848/49 hervorzuheben. Damals wie heute erwies sich die Komplexität sich überlagernder Verbindungen – sowohl synchron im europäischen, transatlantischen und globalen Raum wie diachron im Kontext des ‚Revolutionszeitalters‘ und der revolutionären Tradition der Moderne – als konstitutives Moment der Revolutionen und ihrer Deutung. Nicht weniger brisant ist die Auseinandersetzung um die Stellung der Revolutionen von 1848/49 im Rahmen der Demokratiegeschichte, die in den letzten Jahren durch die Auffächerung des Demokratiebegriffs in seine unterschiedlichen Facetten eine neue Dynamik erhalten hat. Wenn wir den Mut aufbringen, die Revolutionen von 1848/49 nicht einseitig zu feiern oder zu verdammen, sondern sie in ihrer ganzen Komplexität, mit allen ihren Licht- und Schattenseiten, Ambivalenzen, Paradoxien und Widersprüchen zu betrachten, so gewinnen wir damit auch einen historischen Reflexionsraum für die politischen Grundsatzfragen, die uns heute politisch und gesellschaftlich herausfordern.

ZUM AUTOR

PD Dr. Theo Jung

ist Wissenschaftlicher Assistent an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Er forscht zur Politik- und Kulturgeschichte Westeuropas vom 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert. Zu den Revolutionen von 1848/49 publizierte er unter anderem „Die Stimme des Volkes und sein Schweigen: 1848/49 als Kommunikationsrevolution zwischen Erwartung und Erfahrung“ (Archiv für Sozialgeschichte, 2019).

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. im Überblick **Ute Daniel**: Clio unter Kulturschock. Zu den aktuellen Debatten der Geschichtswissenschaft, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 48 (1997), S. 195–218, 259–278.
- 2 **Eva Maria Werner**: Die Märzministerien. Regierungen der Revolution von 1848/49 in den Staaten des Deutschen Bundes, Göttingen 2009; **Klaus Seidl**: ‚Gesetzliche Revolution‘ im Schatten der Gewalt. Die politische Kultur der Reichsverfassungskampagne in Bayern 1849, Paderborn 2014.
- 3 Aus Platzgründen müssen an dieser Stelle jeweils vereinzelte Beispiele genügen. Vgl. **Thomas Bouchet**: Un Jeudi à l'Assemblée. Politiques du discours et droit au travail dans la France de 1848, Paris 2007; **Oliver Groß**: Die Debatten über den Adel im Spiegel der Grundrechtsberatungen in den deutschen Parlamenten 1848/49, Frankfurt / Main 2013; **Douglas Moggach / Gareth Stedman Jones (Hrsg.)**: The 1848 Revolutions and European Political Thought, Cambridge 2018.
- 4 Vgl. **Gunther Hildebrandt / Ulf Pillat / Friedrich Gottlieb Becker**: Ein Gothaer in der Frankfurter Paulskirche 1848/49, Weimar 2013; **Henning Türk**: Ludwig Andreas Jordan und das Pfälzer Weinbürgertum. Bürgerliche Lebenswelt und liberale Politik im 19. Jahrhundert, Göttingen 2016.
- 5 Vgl. **Hermann-Josef Scheidgen**: Der deutsche Katholizismus in der Revolution von 1848/49. Episkopat – Klerus – Laien – Vereine, Köln 2008; **Tobias Weidner**: Die unpolitische Profession. Deutsche Mediziner im langen 19. Jahrhundert, Frankfurt / Main 2012; **Niklas Lenhard-Schramm**: Konstrukteure der Nation. Geschichtswissenschaftler als politische Akteure im Vormärz und Revolution 1848/49, Münster 2014.
- 6 Vgl. **Nikolaus Back**: Dorf und Revolution. Die Ereignisse von 1848/49 im ländlichen Württemberg, Ostfildern 2010; **Walter Schmidt**: Die schlesische Demokratie von 1848/49. Geschichte und Akteure, 2 Bde., Berlin 2012; **Rüdiger Hachtmann / Susanne Kitschun / Rejane Herwig (Hrsg.)**: 1848. Akteure und Schauplätze der Berliner Revolution, Freiburg i. Br. 2013.
- 7 Vgl. **Jacqueline Lalouette**: Les Mots de 1848, Toulouse 2008; **Barbara Boisits (Hrsg.)**: Musik und Revolution. Die Produktion von Identität und Raum durch Musik in

- Zentraleuropa 1848/49, Wien 2013; **Rolf Reichardt (Hrsg.)**: Lexikon der Revolutions-Ikonographie in der europäischen Druckgraphik (1789–1889), 3 Bde., Münster 2017.
- 8 Vgl. **Claudia Klemm**: Erinnert – umstritten – gefeiert. Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Gedenkkultur, Göttingen 2007; **Christoph Hamann / Volker Schröder (Hrsg.)**: Demokratische Tradition und revolutionärer Geist. Erinnern an 1848 in Berlin, Freiburg i. Br. 2010.
 - 9 Vgl. **Stefan Bajohr**: Kleine Weltgeschichte des demokratischen Zeitalters, Wiesbaden 2014, S. 119–136.
 - 10 **Paul Nolte**: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012, S. 95.
 - 11 Vgl. einleitend **Anja Kruke / Philipp Kufferath**: Krisendiagnosen, Meistererzählungen und Alltagspraktiken. Aktuelle Forschungen und Narrationen zur Demokratiegeschichte in Westeuropa, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 58 (2018), S. 3–20.
 - 12 Vgl. **Wilhelm Bleek**: Der Vormärz. Deutschlands Aufbruch in die Moderne, München 2019; **Norbert Otto Eke (Hrsg.)**: Vormärz-Handbuch, Bielefeld 2020.
 - 13 **Christopher Clark**: After 1848: The European Revolution in Government, in: *Transactions of the Royal Historical Society* 22 (2012), S. 171–197.
 - 14 **Manfred Hettling**: 1848 – Illusion einer Revolution, in: **Ders. (Hrsg.)**: Revolution in Deutschland? 1789–1989, Göttingen 1991, S. 27–45. Vgl. auch wieder **Neil Davidson**: How Revolutionary Were the Bourgeois Revolutions?, Chicago 2012.
 - 15 Vgl. exemplarisch **Hartmut Kaelble**: 1848: Viele nationale Revolutionen oder eine europäische Revolution?, in: **Wolfgang Hartwig (Hrsg.)**: Revolution in Deutschland und Europa 1848–1849, Göttingen 1998, S. 260–278; **Reinhard Koselleck**: How European was the Revolution of 1848/49?, in: **Axel Körner (Hrsg.)**: 1848 – a European Revolution? International Ideas and National Memories of 1848, Basingstoke 2000, S. 209–221; **Manfred Hettling**: Wie europäisch war 1848?, in: **Klaus Ries (Hrsg.)**: Europa im Vormärz. Eine transnationale Spurensuche, Ostfildern 2016, S. 177–191.
 - 16 Vgl. etwa **Jonathan Mallory House**: Controlling Paris.

- Armed Forces and Counter-Revolution, 1789–1848, New York 2014; **Florencia Peyrou / Juan Luis Simal**: Exile, Secret Societies, and the Emergence of an International Democratic Culture, in: **Joana Innes / Mark Philp (Hrsg.)**: Re-Imagining Democracy in the Mediterranean, 1780–1860, Oxford 2018, S. 205–229; **Beatrice de Graaf / Ido de Haan/ Brian E. Vick / Susanne Keesman (Hrsg.)**: Securing Europe after Napoleon. 1815 and the New European Security Culture, Cambridge 2019.
- 17 Vgl. **Timothy Mason Roberts**: Distant Revolutions. 1848 and the Challenge to American Exceptionalism, Charlottesville, VA 2009; **Kurt Weyland**: The Diffusion of Revolution. 1848 in Europe and Latin America, in: *International Organization* 63, H. 3 (2009), S. 391–423; **Heléna Tóth**: An Exiled Generation. German and Hungarian Refugees of Revolution, 1848–1871, New York 2014; **Christopher Clark**: The Revolutionary Waves of 1848, in: **David Motadel (Hrsg.)**: Revolutionary World. Global Upheaval in the Modern Age, Cambridge 2021, S. 66–91.
 - 18 **Karl Marx**: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: **Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.)**: Karl Marx – Friedrich Engels – Werke, Bd. VIII, Berlin 1960, S. 111–207, hier: S. 115.
 - 19 Vgl. **Klaus Deinert**: Die mimetische Revolution oder die französische Linke und die Re-Inszenierung der Französischen Revolution im neunzehnten Jahrhundert (1830–1871), Stuttgart 2001; **Keith Michael Baker / Dan Edelstein (Hrsg.)**: Scripting Revolution. A Historical Approach to the Comparative Study of Revolutions, Stanford, CA 2015; **Thomas Mergel**: Lokomotiven im Nachbau. Moderne Revolutionsgeschichte als Mimesisgeschichte, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 59 (2019), S. 19–48.
 - 20 **Irmtraud Götz von Olenhusen (Hrsg.)**: 1848/49 in Europa und der Mythos der Französischen Revolution, Göttingen 1998; **Kurt Weyland**: The Arab Spring. Why the Surprising Similarities with the Revolutionary Wave of 1848?, in: *Perspectives on Politics* 10, H. 4 (2012), S. 917–934; **Jean-Claude Caron**: ‚Printemps des peuples‘: pour une autre lecture des révolutions de 1848, in: *Revue du XIX^e siècle* 51, H. 1 (2016), S. 31–45.

Constanze Itzel

Europäische Dimensionen von Erinnerungskulturen.

**Das Haus der Europäischen Geschichte
in Brüssel**

Das Haus der Europäischen Geschichte in Brüssel versucht, die gesamte Komplexität der Geschichte des europäischen Kontinents in einer mittelgroßen Dauerausstellung zu fassen. Man könnte fast sagen, es handele sich dabei um ein schier unmögliches Unterfangen, denn schon allein der Inhalt dieses Museums ist äußerst umstritten. Zum einen gibt es keine umfassende, von allen akzeptierte Definition davon, was Europa ist. Sogar die Existenz einer europäischen Geschichte wird bisweilen angezweifelt. Zum anderen gibt es auch kein allgemein anerkanntes kollektives Gedächtnis in Europa – zu verschieden sind die Erinnerungen. Auch die Geschichtspolitik hat in Europas Nationalstaaten, wie aktuell sehr deutlich wird, sehr unterschiedliche Ausprägungen. Vor diesem Hintergrund versucht das Haus der Europäischen Geschichte, die zahlreichen unterschiedlichen Geschichtsnarrative durch einen reflexiven Rahmen zu verknüpfen.

Eine weitere Herausforderung des Hauses der Europäischen Geschichte liegt in seiner Gründungsgeschichte: Es wurde ohne vorexistente Sammlung geschaffen. Man musste also bei null anfangen, dieses Museum zu entwickeln und zu sammeln, ohne nationale Sammlungen duplizieren zu wollen. Inzwischen verfügt das Haus über zahlreiche Objekte aus ganz Europa, die in über 300 Einrichtungen in 37 Ländern recherchiert wurden; 60 Prozent davon sind Leihgaben.

Was zunächst kaum zu bewältigen schien: Die Besucherinnen sollen die Ausstellung in jeder der 24 Amtssprachen der Europäischen Union verfolgen können – aber 24 Sprachen an der Wand eines Museums? Gelöst wurde dies mit Hilfe digitaler Medien: Texte an der Wand wird man im Haus der europäischen Geschichte vergeblich suchen, die Besucher erhalten ein Tablet, das Informationen zu den Objekten und zu den Filmen in den verschiedenen Sprachen anbietet.

Auftrag und Europakonzept

Der Auftrag des Museums ist es, Geschichte transnational zu betrachten. Es stellt einen ersten Versuch dar, eine europäische Sichtweise auf die Geschichte in einer Dauerausstellung zu bieten. Es gibt Bücher über die Geschichte Europas und Museen, die die nationale, regionale oder lokale Geschichte darstellen, aber bis 2017 gab es kein Museum der europäischen Geschichte. Das Haus der Europäischen Geschichte musste daher ein völlig neues Konzept entwickeln. Es präsentiert eine Auswahl von historischen Prozessen, die in Europa entstanden sind, ganz Europa betroffen haben und bis heute relevant sind. Und es möchte zu Reflexionen und Debatten darüber einladen.

Zugleich muss betont werden, dass es kein Haus der Geschichte der Europäischen Union ist, die hier ihr Geschichtsbild festlegen würde. Zwar wurde es vom Europäischen Parlament initiiert und wird von der Europäischen Kommission mitfinanziert, doch inhaltlich ist es nicht auf die Europäische Union begrenzt, sondern umfasst ganz Europa. Zudem wurde es ohne jeglichen politischen Einfluss ausschließlich von Historikerinnen und Museumswissenschaftlern geschaffen. Inzwischen arbeiten Geschichtswissenschaftler und professionelle Museumsmacherinnen aus ganz Europa in einem internationalen Team zusammen, in dem derzeit 18 Nationalitäten vertreten sind.

Der erste Raum der Ausstellung behandelt die Frage: „Was ist Europa?“ Seine Vermittlungsbotschaft ist, dass Europa weder als geographische noch als politische Entität zu fassen ist, sodass man also darüber sprechen und diskutieren muss, was Europa überhaupt ist. Europa besitzt im Gegensatz zu den meisten anderen Kontinenten keine natürlichen geographischen Grenzen, lediglich im Westen könnte man von einer solchen sprechen. Der Kontinent kann also nicht in eindeutiger Weise geographisch definiert werden und die kartographischen Darstellungen unterscheiden sich je nach Zeitraum und Standpunkt des Betrachters. Daraus

lässt sich der Schluss ziehen, dass Europa nur in der Wahrnehmung ein eigener Kontinent ist. Seine Grenzen sind grundsätzlich kultureller Natur, Europa wird als Ausdruck einer bestimmten Kultur wahrgenommen. Zu dieser Kultur gehören die Revolutionen, auch die Revolutionen von 1848/49.

Neben dem nationenübergreifenden Ansatz ist es ein Ziel des Museums, Forum für Diskussionen sowie für den Austausch von Erfahrungen und Gedanken zu werden, Themen in die Diskussion einzubringen, die für das Verständnis des heutigen Europa wichtig sind, und europäische Erinnerungen zusammenzustellen und miteinander zu konfrontieren. Die Ziele des Hauses bestehen also darin, das Verständnis der europäischen Geschichte in ihrer Komplexität zu fördern, zum Meinungsaustausch anzuregen und vorgefasste Standpunkte in Frage zu stellen.

Nach dem einführenden Bereich über die Frage, was Europa sei, geht die Ausstellung über in eine Darstellung, die auf ca. 4.000 Quadratmetern Fläche in Anlehnung an die Häuser der Geschichte, die es in Deutschland gibt, die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts reflektiert. Ein chronologisches Narrativ der Prozesse, die in Europa entstanden sind und den ganzen Kontinent betroffen haben, liegt der Ausstellungs-dramaturgie zugrunde.

Dieses chronologische Narrativ wird an vier Stellen durch eine Reflektion über das kollektive Gedächtnis aufgebrochen, um die Frage „Was erinnern wir?“ zu stellen. Während des Rundgangs werden die Besucherinnen und Besucher immer wieder mit Fragen konfrontiert wie: Woran erinnern wir uns und was vergessen wir? Wie steht es um die unterschiedliche Erinnerung in West- und Osteuropa? Können wir uns auf ein gemeinsames Erinnern einigen? Es geht also um Fragen, wie individuelle und kollektive Erinnerung miteinander verknüpft sind, wie Gedächtnis konstruiert oder wie Erinnern politisch instrumentalisiert wird. Wo dient es der Versöhnung, wo spaltet es? Das Tagebuch der Anne Frank oder die Begegnung zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident François



ABB. 01 – Revolutionen aus europäischer Perspektive im Haus der Europäischen Geschichte.
© European Union – House of European History 2021, Foto: Nicolas Withof

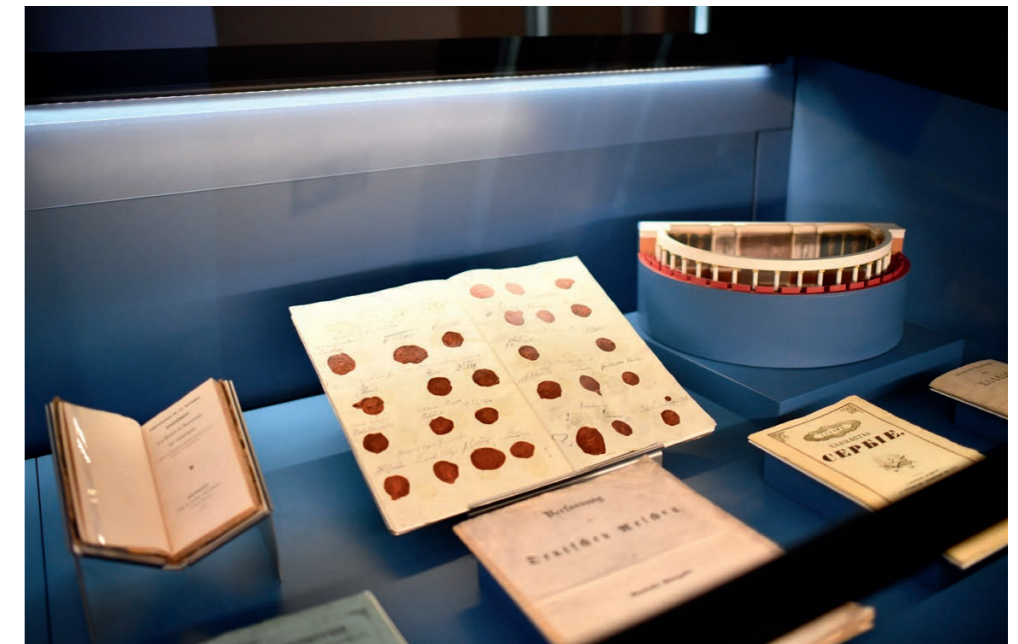


ABB. 02 – Verfassungen neu gegründeter Nationalstaaten im Haus der Europäischen Geschichte.
© European Union – House of European History 2021, Foto: Janos Barsanski

Miterrand in Verdun werden hier zum Beispiel vorgestellt – das Tagebuch der Anne Frank zeigt, wie individuelles Erinnern mit dem kollektiven verflochten ist und interagiert; die Begegnung der beiden Staatschefs ist ein Beispiel für einen Umgang mit Geschichte, der die Versöhnung und den Blick in eine gemeinsame Zukunft in den Vordergrund stellt.

Revolutionen, Nationalsprachen und -staaten in europäischer Perspektive

Revolutionen stehen am Anfang der chronologischen Narration und sind Teil des Ausstellungsbereiches zum 19. Jahrhundert. Mit Hilfe von Objekten, einer Skulptur und einem Film werden die europäischen Entwicklungen in transnationaler Perspektive gezeigt – **ABB. 01.** In den Jahrzehnten nach der Französischen Revolution von 1789 erhoben sich überall in Europa die Völker gegen den herrschenden Adel und kämpften für Bürger- und Menschenrechte, Demokratie und nationale Unabhängigkeit. 1821: Griechenland lehnt sich gegen das osmanische Reich auf. 1830: die Revolution in Frankreich; Polen rebellierte gegen das russische Reich; Belgien wird unabhängiges Königreich. Schließlich die Revolutionen von 1848/49 in europäischer Perspektive. Objekte aus den verschiedenen Kontexten wurden ausgewählt, miteinander in Beziehung gesetzt und gegenübergestellt – daraus ergibt sich letztlich ein europäisches Narrativ, das von der enormen Komplexität und Fülle der Themen zeugt.

In diesem Zusammenhang seien die Nationalsprachen genannt, die eine zentrale Rolle bei der Herausbildung des Nationalbewusstseins einnahmen. Das Haus der europäischen Geschichte zeigt den Kampf um die Anerkennung der Nationalsprachen anhand des ersten auf Rumänisch veröffentlichten Gedichtbandes, eines serbischen Wörterbuches, einer slowakischen Grammatik, volkstümlicher böhmischer Lieder und Abzählreime oder des finnischen sowie des lettischen Nationalepos.

Auch eine Geschichte der griechischen Nation auf Griechisch oder die erste litauische Zeitung dokumentieren den Kampf um die Anerkennung der Nationalsprachen im 19. Jahrhundert. Dieser Ausstellungsteil ist ein Beispiel für ein wichtiges Charakteristikum der Dauerausstellung des Hauses der Europäischen Geschichte: Verschiedene Mikronarrative vertiefen die jeweiligen Themen. Die Besucherinnen und Besucher können zum Beispiel erkunden, wie die europäische Sprachgeschichte mit der europäischen Geschichte verknüpft ist: Eine der Besonderheiten der europäischen Sprachgeschichte besteht darin, dass die Entwicklung der Nationalsprachen an den Nationalstaat oder an bestimmte politische Vorstellungen gebunden war.

Auch die Verfassungen der neuen Staaten, die im 19. Jahrhundert entstanden, zeigen in der transnationalen Zusammenschau Nationsbildungsprozesse: Norwegen 1814, Griechenland 1827, Belgien 1830, Serbien 1835 und Italien 1861, das Deutsche Reich 1871, weitere folgten – **ABB. 02.** Hier werden Nationalsymbole in gesamteuropäischer Perspektive arrangiert: Die Fahne des deutschen Bundes etwa befindet sich in der Gesellschaft von Gedenkmedaillen, Wappen und Fahnen aus anderen Regionen wie zum Beispiel einem Trinkglas mit ungarischem Wappen aus dem österreichischen Kaiserreich oder einer Feldflasche mit dem Portrait des italienischen Revolutionärs Giuseppe Garibaldi. Die gemeinsame Präsentation von Freiheitskämpfern und Nationalsymbolen verschiedener Länder vermittelt, dass das Haus der Europäischen Geschichte Nationalgeschichte und europäische Geschichte als zwei Seiten derselben Medaille versteht.

Lost in Translation

Zuweilen erfährt das Haus der Geschichte Kritik, weil sensible oder politisch aufgeladene Begriffe Konnotationen haben können, die nur Muttersprachlerinnen bewusst sind und in der Übersetzung verlorengehen. Auch bei der Bildsprache kann es je nach kultureller Herkunft oder Gewohnheit zu unterschiedlichen Interpretationen, ja sogar zu Missverständnissen kommen.

Die Komplexität und Vielfalt der europäischen Geschichtsrezeption wird auch an den Unterschieden der Aneignung durch die Besucher deutlich: Während sich manche einen affirmativeren Zugang zur europäischen Geschichte wünschen, heißen andere den Verzicht auf Heldengeschichten gut. Das ausgestellte Kulturerbe eröffnet unzählige Möglichkeiten der Interpretation: Den einen regen die Objekte dazu an, seine Familiengeschichte zu erzählen, die andere wird durch dieselben Exponate an die in der Schule verinnerlichte Nationalgeschichte erinnert. Gleichwohl kann eine europäische Geschichte erzählt, können globale Entwicklungen dargestellt werden. Denn in dem Erbe, das das Haus der Europäischen Geschichte präsentiert, sind all diese Ebenen intrinsisch vorhanden und es ist Aufgabe der Vermittlung wie auch der einzelnen Besucherinnen und Besucher, Schwerpunkte zu setzen oder Perspektiven zu wählen.

Die Vermittlungsbotschaft lautet dabei: Wir in Europa haben viel mehr gemeinsam, als wir wissen. Es geht um Gemeinsamkeiten in der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Aber viele Entwicklungen und Ereignisse wurden im Laufe der Zeit, je nach Herkunft oder Perspektive, unterschiedlich wahrgenommen, gedeutet und bewertet. Das bleibt bis heute so: Auch das Haus der Europäischen Geschichte zeigt ein aus seiner Zeit geborenes Narrativ.

ZUR AUTORIN

Dr. Constanze Itzel ist seit 2017 Museumsleiterin des Hauses der Europäischen Geschichte in Brüssel, das sie seit 2009 mit aufbaute. Zuvor arbeitete sie unter anderem für das Badische Landesmuseum Karlsruhe und für den Ausschuss für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments.

Felix Fuhg

„... keine deutsche Lokalangelegenheit“.

Die Revolution von 1848/49 in
Europa und den Kolonien

Von Paris über Wien nach Berlin bis nach Mailand, Prag, Buda und Pest: Ohne große Mühe lassen sich Schauplätze und transnational agierende Revolutionär:innen in nahezu allen heute zur Europäischen Union gehörenden Regionen ausfindig machen. Dass die Revolution von 1848/49 ein gesamteuropäisches Ereignis war, blieb bereits den Revolutionär:innen selbst nicht verborgen, auch nicht ihren Beobachter:innen und den Feinden einer demokratischen Öffnung. Friedrich Engels schrieb 1850 retrospektiv, dass „die Revolution von 1848 [...] keine deutsche Lokalangelegenheit“ war, sondern „ein einzelnes Stück eines großen europäischen Ereignisses“.¹ Dies verwundert auch deshalb nicht, weil bereits die Kritik an den politischen und sozialen Verhältnissen in Europa während des Vormärz transnationale Züge aufwies und weil auch die Restauration der vornapoleonischen Herrschaftsverhältnisse nur von einem gemeinsamen Tisch europäischer Machthaber:innen aus möglich war. Für die Restauration steht der Wiener Kongress 1815, für den Vormärz das Hambacher Fest von 1832.²

Die Revolution von 1848/49 als europäisches Ereignis in der Forschung

Die Beobachtungen von Zeitgenoss:innen aufnehmend betont auch die historische Forschung spätestens seit dem 150. Jubiläum 1998/99 den europäischen Charakter der Revolution. Dieter Hein hielt 2000 in einem Kommentar zur historischen Revolutionsforschung fest, dass „die Revolution von 1848/49 [noch nie] so sehr als ein europäisches Ereignis, als ein Stück gemeinsamer europäischer Geschichte begriffen worden [ist] wie anlässlich ihres gerade begangenen 150-jährigen Jubiläums“.³ Wie wichtig dieser Perspektivwechsel für die Deutung der Revolution in der Geschichtsschreibung war, zeigt sich in kürzlich publizierten Arbeiten. So schrieb Christopher Clark jüngst, die Erhebungen der Jahre 1848/49 würden sich in ihrer Intensität und in ihrer geographischen Ausdehnung von allen anderen historischen europäischen Ereignissen unterscheiden. Weder die Französische Revolution von 1789 noch die

Julirevolution 1830, die Pariser Kommune 1871 oder die Russischen Revolutionen von 1904 und 1917 seien zu einer „transkontinentalen Kaskade“ geworden. Für Clark ist die Revolution von 1848/49 die „einzig wahre europäische Revolution, die jemals stattgefunden hat“.⁴ Andere renommierte Historiker wie Jonathan Sperber würden Clark nicht widersprechen. Auch für Sperber zeichnet sich die Revolution von 1848/49 dadurch aus, dass sie ein enormes Territorium erfasste, welches vom Atlantik bis zur Ukraine, vom Baltikum bis zum Mittelmeer reicht. Vergleicht man wie Sperber die Revolution von 1848/49 mit anderen revolutionären Erhebungen, die zwischen 1789 und 1989 stattgefunden haben, wird man die Einzigartigkeit ihrer räumlichen Ausdehnung feststellen und auch, dass sie sich dadurch auszeichnet, Aufstände in politisch und sozio-ökonomisch diversen Regionen entfacht zu haben.⁵

Ausgehend von diesen Einschätzungen moniert Clark, dass die Forschung sich bisher zu wenig dafür interessiert, warum die Revolution zu einer europäischen wurde und welche regionalen Auswirkungen das mit sich brachte. Clark ist keineswegs der erste Historiker, der das Fehlen einer europäischen Forschungsperspektive kritisierte. Der britische Historiker John Breuilly hält die bisherigen Versuche, die Revolution als Teil der europäischen Geschichte zu fassen, für zu kurz gegriffen, weil die entsprechenden Untersuchungen die Verbindungen zwischen den Erhebungen nur sichtbar machen würden, anstatt zu ergründen, warum solche Beziehungen existierten und wie sie bewertet werden müssten.⁶ In den Folgejahren konnten auch größere Neuerscheinungen zur Revolution in dieser Hinsicht keine Abhilfe schaffen. So wurde unter anderem das von Mike Rapport 2011 veröffentlichte Buch *1848: Revolution in Europa* von Sara Sophie Stern kritisiert, weil es die Frage, „was genau an dieser Revolution eigentlich europäisch war, [...] innerhalb des Textes weder explizit gestellt noch implizit beantwortet“ habe.⁷ Stern steht mit dieser Kritik am Forschungsstand bei weitem nicht allein da. Folgt man Clark, gibt es noch große Herausforderungen: Gab es den einen Impuls,

der europaübergreifend die im Vormärz grassierende Kritik an den bestehenden politischen und sozialen Verhältnissen 1848/49 auf die Straße trug? Wie konnten revolutionäre Ideen, die in lokalen Kontexten geboren wurden, Grenzen überschreiten und sogar über Europa hinaus zirkulieren? Welche Rolle spielten das Pressewesen, die „reisenden Revolutionäre“ und das politische Exil bei der Verbreitung von Revolutionsvorstellungen?⁸

Belegen die angeführten Kritiken nun, dass die historisch-politische Bildungsarbeit nur wenige Möglichkeiten hat, über eine im nationalgeschichtlichen Kontinuum verharrende, vornehmlich ereignisgeschichtliche Darstellung der Revolutionsereignisse hinauszugehen? Nicht nur das Primat des Nationalstaats in der vorherrschenden Geschichtsschreibung und eine bereits kurz nach der Revolution einsetzende Nationalisierung der Revolutionsgeschehnisse und deren Einbettung in eine nationalgeschichtliche Teleologie lassen sich zur Verteidigung konventioneller Auffassungen der Revolutionsgeschichte anführen.⁹ Doch immerhin sind erste, wenn auch nicht durchweg zufriedenstellende Versuche angestellt worden, die Breuillys Vorwürfe zumindest in Teilen relativieren. Drei Beispiele seien dafür im Folgenden angeführt.

Erstens hat Rüdiger Hachtmann in seinen Arbeiten darauf hingewiesen, dass Urbanisierungsprozesse, die sich in den Metropolen Europas im Gefolge der Industrialisierung vollzogen, einander ähnelnde Konfliktlinien und Nöte produzierten, die zugleich auch neue Formen von Öffentlichkeit nach sich zogen und zu einer gemeinsamen Grund- und Ausgangsposition von Protesten wurden.¹⁰

In den Städten hatte sich eine Unterschicht herausgebildet, aus der heraus sich eine Gassenjugend formierte, die maßgeblich die Ziele der Revolution durch Aktionen in die Öffentlichkeit trug.¹¹ Hachtmann nimmt hier eine von marxistischen Geschichtsdeutungen geprägte einflussreiche Erzählung auf, die den staats-, länder-, bundes- und regionsübergreifenden Charakter der Revolution betont. In dieser Erzählung ist die

Revolution vor allem eine soziale Revolte gegen die Missstände des Kapitalismus, dessen Entfaltung nicht an territorialen Grenzen Halt machte. Dass in einer solchen Deutung ein Fünkchen Wahrheit steckt, weisen selbst Forscher wie Clark nicht in Gänze zurück. Der hält fest, dass sich die Revolutionen der Jahre 1848/49 in Europa fraglos vor dem Hintergrund einer sozialen und wirtschaftlichen Krise vollzogen, die politische Grenzen ignorierte, und dass es gerade die Kombination aus Bevölkerungswachstum, stagnierender Produktivitätsrate und Entwertung von Löhnen war, die zu einer Prekarisierung sozialer Gruppen in ganz Europa führte.¹²

Neben dieser Auffassung, dass veränderte Produktionsregime und davon ausgehende sozial(-räumliche) Transformationsprozesse bewirkt haben, dass die Revolution ein nahezu gesamteuropäisches Ausmaß annahm, wurde in der Forschung *zweitens* vor allem die Entstehung von kommunikativen Beziehungen innerhalb Europas in den Blick genommen. „Europa rückt zusammen, wird zu einem einzigen Kommunikationsraum, und die Entwicklungen, die in ihm ablaufen, zielen überall in die gleiche Richtung“, so Dieter Langewiesche, der sich in seinen Ausführungen auf Beobachtungen des preußischen Diplomaten, Chronisten und Schriftstellers Karl August Varnhagen von Ense stützt. Im Zentrum stand demnach die Herausbildung eines agilen Pressewesens, durch das sich Informationen über Aufstände in Windeseile verbreiten konnten. Die Revolution wurde europäisch, weil „die europäischen Gesellschaften ein neues, zuvor nicht gekanntes Informationsniveau“ erreichten und durch die Revolution „Europa zu einer großräumigen Handlungseinheit“ zusammenwuchs, in der sowohl die Revolutionär:innen als auch ihre Gegner:innen wussten, dass die aristokratische Ordnung nur durch einen Schulterchluss unter Gleichgesinnten gestürzt bzw. erhalten werden konnte. 1848, so Langewiesche „wurde alles europäisiert“.¹³

Drittens kann festgehalten werden, dass sich in weiten Teilen des europäischen Kontinents am Vorabend der Revolution bereits eine außerordentlich

aktive Zivilgesellschaft formiert hatte. Neben dem florierenden Pressewesen, so Jonathan Sperber, waren es die überall entstehenden Vereinigungen, die die Menschen miteinander in Kontakt und Dialog brachten. Obrigkeiten und staatliche Stellen versuchten mit Restriktionen wie der Einführung einer Anmeldepflicht von Vereinen gegenzusteuern, aber solche Kraftanstrengungen konnten nicht verhindern, dass sich die Menschen in ihren Städten und Regionen immer weiter miteinander vernetzten. Die Presse wurde zensiert und ungewünschtes Printmaterial konnte beschlagnahmt werden. Dies verhinderte jedoch nicht, dass man sich weiterhin in Cafés und Kneipen traf, um über das zu sprechen, was auf dem Papier nicht mehr besprochen werden durfte.¹⁴

Wie lässt sich die europäische Dimension der Revolution in der historisch-politischen Bildungsarbeit vermitteln?

An den drei beispielhaft vorgestellten Erklärungsansätzen, warum sich die Revolution von 1848/49 europäisierte, kann vornehmlich die ausstellungs- und geschichtspädagogische Arbeit in Museen und an Erinnerungsorten anknüpfen. Der Historiker Marko Demantowsky hat bereits in einem Überblicksbeitrag die geschichtsdidaktischen Potentiale einer europäischen Revolutionserzählung herausgearbeitet.¹⁵ Um sie jedoch in der historisch-politischen Bildungsarbeit auszuschöpfen, muss in einem ersten Schritt anhand von Ereignissen niedrigschwellig und anschaulich das Europäische der Revolution zugänglich gemacht werden. Eine vom europäischen Gedanken inspirierte historisch-politische Vermittlung der Revolutionsgeschichte hat eingangs einen Überblick über die einzelnen Revolutionsgeschehnisse zu geben und die Sogeffekte und Bezüge innerhalb Europas zu vermitteln. Ein Abriss der

revolutionären Erhebungen zeigt, wie sich der Kampf um Demokratie in Europa unter jeweils unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und mit divergierenden Motiven zu einem Flächenbrand entwickelte und wie die einzelnen Aufstände länder- und regionenübergreifend aufeinander Bezug nahmen. Nimmt man das Kalenderjahr 1848 in den Blick, fand der Auftakt schon im Januar in Palermo statt. Spätestens mit der Niederschlagung der ungarischen Revolution bzw. mit dem Ende der Römischen Republik am 3. Juli 1849 endete in ganz Europa die kurze Blüte der Demokratie.

Auch wenn mit einer Aufzählung der Ereignisse nicht die bis heute in der Forschung umstrittene Frage beantwortet werden kann, ob wir von einer europäischen Revolution im Singular oder besser von miteinander korrespondierenden Revolutionen im Plural sprechen sollten, gibt es dennoch Möglichkeiten, anhand der historischen Verläufe Muster herauszuarbeiten, die gerade in der Bildungsarbeit Orientierung stiften können. Die erste Phase der Revolutionsjahre erfasste die Machtzentren der europäischen Großreiche. Der Aufstand in Paris befeuerte Proteste in Berlin, München und Wien. Staatskanzler Metternich sagte: „Wenn Paris hustet, erkältet sich Europa.“ Paris besaß spätestens seit 1789 eine Vorbildfunktion in Sachen Revolution. Für viele Beobachter:innen der Zeit versprach die Februarrevolution in Paris, dass Kräfte für die Durchsetzung einer nachhaltigen politischen Beteiligung auch im eigenen Land freigesetzt würden. Fanny Lewald schrieb anlässlich der Barrikadenkämpfe in Paris: „Mehr als je zieht es mich nach Paris, [...] diesem ewig klopfenden Herzen Europas.“¹⁶ Von Paris beflügelt kam es nur wenig später in Wien zu einem revolutionären Umsturz. Das, so Hachtmann, löste im preußischen Machtzentrum Berlin revolutionären Patriotismus aus. Hier galt es als Schmach, dass „rund um Preußen [...] alles schon vorausgeeeilt“ sei und selbst die Österreicher mehr zu kämpfen bereit wären als die preußische Bevölkerung.¹⁷ In der zweiten Phase (Mitte bis Ende 1848) weitete sich die Revolution auf entferntere Landesteile und Regionen aus. Aufstände

fanden nun im Machtbereich des Habsburger Kaisers in Italien, im heutigen Ungarn und Tschechien statt und erstreckten sich mit Protesten in der Walachei bis an die Grenze zum Osmanischen Reich. Die dritte Phase (Mai 1849) hatte zum Ziel, die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Meutereien und bewaffnete Aufstände waren die Antwort auf die Ablehnung der von der deutschen Nationalversammlung Ende März 1849 verabschiedeten Reichsverfassung. Bis Juli 1849 eroberten die alten Machthaber ihre Positionen unter Militäreinsatz zurück, die Gewährung einiger Grundrechte mussten sie jedoch einräumen.

Unter Rückgriff auf Ansätze der Vergleichs- und Verflechtungsgeschichte kann es der geschichtspädagogischen Arbeit zum Thema Revolutionsjahre 1848/49 gelingen, sowohl das europäische Moment in der Revolution als auch die unterschiedlichen Motive für die Erhebungen, Forderungen und Kämpfe herauszuarbeiten. Aspekte der Mobilität, der Blick auf Biografien von Revolutionär:innen in der europäischen Ferne, die Vergleichbarkeit und Asymmetrie von revolutionären Praktiken, die Bedeutung von zum Teil wiederkehrenden Schauplätzen sowie schließlich auch die aufgrund differenter nationalhistorischer Narrative sich voneinander unterscheidenden Erinnerungsorte stellen eine Vielzahl von Zugängen für eine europäische Erzählung der Revolution dar. Ein besonderes Augenmerk sollte die historisch-politische Bildungsarbeit dabei auf die politische Gegenwartskultur in Europa und auf die Kernfragen der „europäischen Identität“ richten. Denn die kreisen seit dem Mitte des 20. Jahrhunderts eingeleiteten Prozess des Zusammenwachsens immer wieder um das Verbindende und Trennende zwischen den sich zu Europa zugehörig fühlenden Nationen. Für all diese Themen bietet die Revolutionsgeschichte von 1848/49 Anknüpfungspunkte.

Erstens lässt sich Europa so als eine historisch gewachsene, durch geteilte Erfahrungen geprägte und über politische Machtkonstellationen miteinander verbundene Region vorstellen, in der sich zur Zeit der revolutionären Erhebungen eine „Schicksalsgemeinschaft“

konstituierte. Hier kann die historisch-politische Bildungsarbeit an die bereits erwähnte gemeinsame Ausgangslage am Vorabend und während der Revolution anknüpfen und daraus die in der Forschung attestierten gemeinsamen Ziele der Revolutionär:innen ableiten. Didaktisch eignen sich als Zugang besonders die in den Königreichen und Kleinstaaten zirkulierenden Forderungskataloge, an denen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzeigen lassen.

Zweitens schafft der europäische Blick auf die Revolutionsjahre ein Bewusstsein dafür, dass der Nationalstaat seinen Siegeszug erst im 19. Jahrhundert antrat und die Revolution einen großen Teil dazu beitrug, dass er sich als Gemeinschafts-, Vergesellschaftungs- und Herrschaftsprinzip durchsetzte und bis heute unser Leben maßgeblich prägt. Die Revolution brach aus dem Kontinuum von Staatenbünden und Großreichen aus und war so auch konstitutiv für die heutigen Grenzziehungen in Europa. 1848/49 musste die Revolution notgedrungen die Grenzen der heute Europa zugerechneten Sprach- und Kulturgemeinschaften überwinden, weil viele der politischen Entitäten, in die Europa damals aufgeteilt war, einen Vielvölkercharakter aufwiesen. Ein Paradebeispiel dafür ist das Habsburger Reich.

Drittens lassen sich geschichtspolitische Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Staaten der Europäischen Union am Beispiel des Erinnerens an die Revolution 1848/49 herausarbeiten. Hierfür bietet sich vor allem an, Formen des Gedenkens in Europa aufzuarbeiten und die Orte sowie die mit ihnen verbundenen Gedenkpraktiken sichtbar zu machen. So zeigt sich zum Beispiel an der Julisäule auf der Place de la Bastille in Paris, die auch an die Februarrevolution erinnert, dass in Frankreich die Revolution von 1848 in eine Revolutionskontinuität gestellt wird, die von 1789 über 1830 bis 1848 reicht.

Viertens lässt sich mithilfe der Revolution von 1848/49 auch beleuchten, welche Vorstellungen von Europa Mitte des 19. Jahrhunderts kursierten und ob sich im Lichte des Nationalismus, der als befreiendes

Moment vom Joch der Aristokratie verstanden wurde, auch paneuropäische Gedanken entwickelten, die gewissermaßen als Vorläufer der europäischen Idee des 20. Jahrhunderts angesehen werden können. Viele bekannte Revolutionär:innen bereisten nicht nur Europa, sondern verstanden sich auch als Organisator:innen einer gesamteuropäischen Bewegung. Im Vormärz machte sich Giuseppe Mazzini einen Namen, als er La Giovine Europa, das Junge Europa begründete, das demokratische Bewegungen auf dem ganzen Kontinent bündelte. Dieser Aspekt ist gerade auch mit Blick auf die politische Gegenwart Europas und die europäische Erinnerungskultur von besonderer Relevanz. Eine weitreichende Integration im Rahmen der Europäischen Union scheint in Konflikt mit der defensiven, oftmals auch EU-skeptischen Vision eines Europas der Vaterländer zu stehen. Es war aber Robert Blum, der am 22. Juli 1848 in der Frankfurter Nationalversammlung seine Vorstellung eines freien, vereinten und demokratischen Deutschland präsentierte, das in die friedliche Vereinigung einer europäischen Staatenfamilie eingebettet sein sollte.

Fünftens und an den vorherigen Punkt anknüpfend lässt sich am Beispiel der Revolution vorzüglich das Spannungsfeld von Nationalismus und Internationalismus beleuchten. Während die Märzrevolutionär:innen in Berlin noch den polnischen Unabhängigkeitskämpfer Ludwik Mierosławski und seine Posener Kampfgenossen aus dem Gefängnis befreiten, während diese noch bei der Beerdigung der Märzgefallenen ihren Dank für die Solidarität bekundeten, die ihnen bei ihrem Kampf um die Unabhängigkeit Polens von den Berliner:innen zuteil geworden war, wendete sich das Blatt bereits im Verlauf der folgenden Revolutionsmonate. Als Polen immer vehementer die Loslösung der Provinz Posen von Preußen forderte, schlug selbst unter den Liberalen in der Paulskirche die Stimmung um. Die Mehrheit der Abgeordneten stellte sich gegen eine Wiederherstellung Polens. Dieser Entscheidung lagen politisches Machtkalkül und eine Bezugnahme auf die in Posen lebenden Deutschen zu Grunde sowie

Nationalchauvinismus und teilweise rassistische Stereotype und Abwertungspraktiken. Wilhelm Jordan, ein durchaus linker Vertreter der liberalen Abgeordneten, trat für die Einverleibung Posens in den Deutschen Bund ein, da für ihn das Motto galt: „Freiheit für Alle, aber des Vaterlandes Kraft und Wohlfahrt über Alles!“¹⁸ Für Wolfram Siemann ist diese Haltung ein Paradebeispiel dafür, wie in der Posen-Debatte „in geradezu idealtypischer Weise das antagonistische und demokratische Nationalverständnis“ aufeinandertrafen.¹⁹

Von der europäischen Geschichte zur Globalgeschichte. Ein Ausblick

Eine Vielzahl von Anstrengungen sind auch heute noch nötig, um ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Revolution 1848/49 nicht nur der Versuch war, souveräne, von Parlamenten regierte Nationalstaaten zu schaffen, sondern dass sie ein Meilenstein der Demokratiegeschichte war, der nationale Gemeinschaften miteinander verwob. Die Revolution schuf einen Wertekanon, auf den sich trotz aller Unterschiede auch Akteur:innen weit auseinanderliegender Regionen beziehen können. Dadurch weitete sich der Blick von Europa über den Atlantik. In den Vereinigten Staaten wird seit Jahrzehnten im öffentlichen Raum an das Wirken aus Deutschland geflüchteter Revolutionär:innen, erinnert, die als Forty-Eighter bekannt sind. Und genau diesen Geflüchteten soll – ginge es nach dem Wunsch des einstigen Intendanten der Deutschen Welle Erik Bettermann – auch in der Bundesrepublik ein Denkmal gesetzt werden.

Die Erschütterungen in den Kolonien, die von der Revolution ausgingen oder mit ihr in Verbindung standen, sind in weiten Teilen Europas bisher kaum betrachtet worden. Der ins amerikanische Exil geflüchtete Revolutionär Friedrich Hecker schrieb an einen

Bekanntem: „Wir Deutsch-Amerikaner-Flüchtlinge können nicht für die Ausbreitung der Sklaverei gehen; wir beschimpfen unsere Vergangenheit, die Fahne unter der wir gefochten und unsere Brüder gestorben sind, wir entehren die Gräber unserer standrechtlich Gemordeten.“²⁰ Im Bürgerkrieg griff er zur Waffe und kämpfte an der Seite der Nordstaaten gegen die an der Sklaverei festhaltenden Südstaaten. In seinem Heimatland formierte sich indes im Schatten der Revolution, so der US-amerikanische Historiker Matthew P. Fitzpatrick, ein von der Vision des Liberalismus getragenes kohärentes Imperialismusprogramm.²¹ Liberale Anhänger:innen der Revolution, so Fitzpatrick, waren beflügelt von der Idee einer neuen nationalen Stärke in Konkurrenz zu anderen europäischen Nationalstaaten und dachten immer offener über ein eigenes koloniales Projekt nach, mit dem der Aufstieg Deutschlands zu einer Weltmacht vorangetrieben werden sollte.

Die Herausbildung sogenannter liberal-imperialer Diskurse in den Jahren nach 1848, die mit den Zielen und Absichten der Revolutionsjahre durchaus interagierten, bedeutete jedoch nicht, dass die Revolution von 1848/49 nicht auch in den Kolonien der europäischen Überseeimperien zu massiven Umwälzungen geführt hätte. Im Zuge des Juniaufstands in Paris 1848 nahmen die Machthaber in Frankreich 15.000 beteiligte Personen fest und inhaftierten sie, bis sie in die algerische Kolonie deportiert werden konnten. Mit der Junirevolution 1848 begann Algerien, auch für die Innenpolitik der Französischen Republik eine zentrale Rolle zu spielen und die Funktion eines militärischen Übungsplatzes und Abschiebeortes für unerwünschte Bürger:innen anzunehmen.²²

Am bedeutendsten für einen globalgeschichtlichen Ansatz der Revolutionsgeschichte ist jedoch die Tatsache – dem europäischen Erinnerungsnarrativ freilich weitestgehend entfallen –, dass mit der Französischen Revolution von 1789 die Sklaverei kein Ende fand. Als Christopher Clark 2019 im London Review of Books angesichts des näher rückenden Jubiläums nach der Aktualität der Revolution fragte, betonte er

zu Recht die globalen Folgewirkungen der europäischen Erhebung.²³ Selbst in den Kolonien, die zu jenen europäischen Imperialreichen gehörten, die wie Großbritannien nicht von der Revolution eingeholt wurden, kam es zu massiven Sogwirkungen. Die schmerzhaft Erfahrung, dass *liberté, égalité, fraternité* mitnichten alle Menschen der französischen Einflussphäre meinte, führte zu einem Aufstand der schwarzen Jakobiner auf Haiti. Sie erkämpften dort die Republik, weil die als universeller Rechtekanon formulierten Forderungen der Französischen Revolution nicht das hielten, was sie versprochen. Napoleon führte die Sklaverei 1802 offiziell wieder ein.

In Paris erinnert seit 2009 an der Place du Général Catroux im 17. Arrondissement eine Skulptur an diesen Rückfall: Zwei riesige Fußfesseln symbolisieren die Sklaverei und die Geschichte des Generals Dumas. Dumas, der als Sohn eines Adligen und einer Sklavin in Haiti zur Zeit des *ancien régime* im Militär aufstieg und sich in den Revolutionskriegen vielfach auszeichnete, schrieb Geschichte: 1793 wurde er der erste schwarze Divisionsgeneral Frankreichs. Napoleons Einstellung zur Sklaverei führte jedoch dazu, dass Dumas 1802 aus der Armee entlassen wurde. Die Jahre nach der Französischen Revolution waren von Rückschritten im Kampf um Gleichheit gekennzeichnet. Schon bald war es schwarzen Soldaten und Offizieren sogar untersagt, sich in Paris und Umgebung aufzuhalten. Erst im Frühjahr 1848 erging das Dekret, das aus den französischen Sklaven freie Menschen und Bürger machte. 150 Jahre später griffen französische Politiker:innen die Bedeutung von 1848 für die Abschaffung der Sklaverei auf. Sie stellten die Jahresfeierlichkeiten unter das Motto „Alle 1848 geboren!“²⁴

In den einstigen Kolonien ist die Zäsur, die mit der formellen Abschaffung des Sklavenhandels in Frankreich einherging und die eine Kettenreaktion nach sich zog, keineswegs vergessen. In Le Prêcheur zum Beispiel, einer französischen Gemeinde im Übersee-Département Martinique, leben heute 1.449 Menschen. Das Fischerdorf liegt im Norden der Insel und

ist zehn Kilometer von Saint-Pierre entfernt. Im Mai 1848 brachen hier soziale Proteste aus, die sich auf die in Frankreich proklamierte Abschaffung der Sklaverei bezogen. Heute erinnert in Le Prêcheur ein Denkmal an den Sklavenaufstand. Es wurde am 150. Jahrestag am 22. Mai 1998 eingeweiht.

Ähnliche Erinnerungsspuren lassen sich auch auf karibischen Inseln finden, die unter dänischer Krone standen. So rebellierten im Juli 1848 Sklaven auf der damals dänischen Insel St. Croix. Unterdrückte protestierten gegen ihre Unfreiheit und zogen von der Stadt und von den Plantagen aus in die Kleinstadt Frederiksted. Schnell erlangten die Protestierenden, unter ihnen der Versklavte John Gottlieb, auch General Buddhoe genannt, die Kontrolle über Frederiksted. Mit dem Ziel der „Befriedung“ reiste Peter Carl Frederik von Scholten, königlich dänischer Generalmajor, am 3. Juli 1848 nach Frediksted. Vor Ort verkündete er die sofortige Abschaffung der Sklaverei auf den karibischen Inseln, die unter dänischer Krone standen. 150 Jahre später wurde auf St. Thomas, einer weiteren Inselkolonie im ehemaligen Dänisch-Westindien, der „Emancipation Garden“ eingeweiht. Er erinnert an diesen prägenden historischen Tag.

In Martinique wird im öffentlichen Raum an die Verdienste von Victor Schoelcher erinnert, Vorkämpfer gegen die Sklaverei und Initiator des Dekrets zur Abschaffung der Sklaverei, das 1848 in Frankreich erlassen wurde. An seiner Person zeigen sich exemplarisch die oben im Hinblick auf Deutschland angesprochenen Ambivalenzen von Freiheits- und Menschenrechtsforderungen und einer sich auch aus den Visionen der Revolution heraus entwickelnden Expansionspolitik. Schoelcher war nämlich nicht nur Feind der Sklaverei, sondern beteiligte sich Jahrzehnte später als Politiker in der Dritten Republik aktiv am Ausbau des französischen Kolonialreichs. Am 22. Mai 2020 wurden deshalb auf der Antilleninsel Martinique zwei Statuen von Victor Schoelcher umgestürzt. Gleichzeitig wurde gefordert, die dortige nach Schoelcher benannte Bibliothek zugunsten lokaler Akteur:innen umzubenennen, die sich

um die Abschaffung der Sklaverei verdient gemacht und für die Emanzipation eingesetzt hatten.

Es gehört zum Schicksal der historiografischen Forschung und zur Erinnerungskultur, dass Schoelchers Leben nicht wie das des berühmten Revolutionärs und späteren amerikanischen Innenministers Carl Schurz Gegenstand einer Hollywood-Verfilmung wurde, in der kein anderer als Weltstar Edward G. Robinson die Hauptrolle spielte.

Vielleicht gelingt es den Museen, Erinnerungsstätten und Kultureinrichtungen, die sich nicht nur mit Blick auf das anstehende Jubiläum mit der Revolution 1848/49 beschäftigen, sondern sich als Hüter des Vermächtnisses der Revolution begreifen, den Blick über Deutschland hinaus auf Europa und von Europa aus auf die Kolonien zu weiten und die Tragweite der Erhebungen in ihrer globalhistorischen Dimension in die Öffentlichkeit zu tragen.

ZUM AUTOR

Dr. Felix Fuhg ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ausstellungs- und Erinnerungsort Friedhof der Märzgefallenen und Lehrbeauftragter am Center for Metropolitan Studies der Technischen Universität Berlin. Er arbeitet zu stadthistorischen Fragestellungen unter besonderer Berücksichtigung der Demokratie-, Revolutions-, Generations- und Jugendgeschichte.

ANMERKUNGEN

- 1 Friedrich Engels:** Der deutsche Bauernkrieg, in: **Karl Marx / Friedrich Engels: Werke** (MEW), Berlin 1956–1990, Bd. 7, S. 413, zit. nach **Walter Schmidt:** 1848/49 als europäische Revolution, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 75 (2008), <http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/565.1848-49-als-europaeische-revolution.html> [08.01.2022].
- 2** Vgl. **Eberhard Straub:** Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas, Stuttgart 2014; **Pia Nordblom:** Resistance, Protest, and Demonstrations in Early Nineteenth Century Europe: The Hambach Festival of 1832, in: **Matthias Reiss (Hrsg.):** The Street as Stage. Protest Marches and Public Rallies since the Nineteenth Century, Oxford 2007, S. 61-83.
- 3 Dieter Hein:** Die Revolution von 1848/49 als europäisches Ereignis, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte 1 (2000), S. 159.
- 4 Christopher Clark:** The Revolutionary Waves of 1848, in: **David Mortadel (Hrsg.):** Revolutionary World. Global Upheaval in the Modern Age, Cambridge 2021, S. 66.
- 5 Jonathan Sperber:** Revolutionary Europe, 1780-1850, Essex, England 2000, S. 740.
- 6 John Breuilly:** 1848: Connected or Comparable Revolutions?, in: **Axel Körner (Hrsg.):** 1848. A European Revolution? International Ideas and National Memories of 1848, London 2000, S. 31.
- 7 Sara Sophie Stern:** Rezension von **Mike Rapport:** 1848. Revolution in Europa. Stuttgart 2011, in: H-Soz-Kult, 19.04.2012, www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-16919 [08.01.2022]

- 8** Vgl. hierzu **Clark:** The Revolutionary Waves of 1848, S. 69.
- 9** Zur Nationalisierung der Revolution siehe **Axel Körner:** Ideas and Memories of 1848 in France: Nationalism, République Universelle and Internationalism in the Goguettes between 1848 and 1890, in: **Axel Körner (Hrsg.):** 1848. A European Revolt? International Ideas and National Memories of 1848, London 2000, S. 85-105.
- 10** Vgl. **Rüdiger Hachtmann:** Die europäischen Hauptstädte in der Revolution 1848, in: **Dieter Dowe (Hrsg.):** Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 455-491.
- 11** Vgl. **Rüdiger Hachtmann:** Die Revolution von 1848 – eine Jugendrebellion? in: **Rüdiger Hachtmann / Susanne Kitschun / Rejane Herwig (Hrsg.):** 1848. Akteure und Schauplätze der Berliner Revolution, Berlin 2013, S. 21-40.
- 12** Vgl. **Clark:** The Revolutionary Waves of 1848, S. 69f.
- 13 Dieter Langewiesche:** Kommunikationsraum Europa: Revolution und Gegenrevolution, in: **Ders. (Hrsg.):** Demokratiebewegung und Revolution 1847 bis 1849. Internationale Aspekte und europäische Verbindungen, Berlin und Heidelberg 1998, S. 11-35, hier S. 12.
- 14** Vgl. **Sperber:** Revolutionary Europe 1780-1850, S. 698.
- 15 Marko Demantowsky:** Die 1848 Revolution als europäische Veranstaltung. Forschungsstand und didaktische Konsequenzen, in: **Bernd Schönemann / Hartmut Voit (Hrsg.):** Europa in historisch-didaktischen Perspektiven, Idstein 2007, S. 61-79.
- 16 Fanny Lewald:** Erinnerungen aus dem Jahr 1848, herausgegeben von **Dietrich Schäfer,** Frankfurt am Main 1969, S. 7 f.

- 17 Rüdiger Hachtmann:** Berlin, in: **Christof Dipper / Ulrich Speck (Hrsg.):** 1848. Revolution in Deutschland, Frankfurt am Main 1998, S. 86.
- 18 Franz Wigard (Hrsg.):** Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, Zweiter Band, Frankfurt a.M. 1848, S. 1151.
- 19 Wolfram Siemann:** Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt am Main 1985, S. 149.
- 20** Zit. nach **Dirk Kurbjuweit:** Das Erbe der Forty-Eighters, in: Der Spiegel 14, 2016, S. 122. Vgl. auch **Sabine Freitag:** Friedrich Hecker. Biographie eines Republikaners, Stuttgart 1998.
- 21** Vgl. **Matthew P. Fitzpatrick:** Liberal Imperialism in Germany: Expansionism and Nationalism, 1848-1884, New York 2008.
- 22** Vgl. **Maurcie Agulhon:** The Republican Experiment, 1848-1852, Cambridge/New York 1983, S. 61.
- 23** Vgl. **Christopher Clark:** Why should we think about the Revolutions of 1848 now? in: London Review of Books 41 (2019), Nr. 5.
- 24** Vgl. hierzu u.a. **Nelly Schmidt:** Teaching and Commemorating Slavery and Abolition in France. From Organized Forgetfulness to Historical Debates, in: **Ana Lucia Araujo (Hrsg.):** Politics of Memory. Making Slavery Visible in Public Space, New York/London 2012, S. 106-123.

Dorothee Linnemann

Narratives Ausstellen von Kontinuität und Brüchen -

**1848er-Geschichte
von der Gegenwart her erzählt**

Die Historikerin Ute Daniel hat in ihrer Rückschau auf den Historiker:innentag 2021 angeregt, „experimentelle Zugänge zur unvorhersehbaren Geschichte eines im Rückblick scheinbar alternativlosen Konzeptes“ zu wagen, also neuartige Perspektiven auf die deutsche Demokratie und ihre Geschichte sichtbar zu machen.¹ Die Geschichtswissenschaft hat sich, so Daniel, in den letzten Jahrzehnten weg von chronologisch-fortschrittsorientierten Narrativen bewegt – insbesondere diachrone Erzählungen von Geschichte werden zunehmend hinterfragt. Vielmehr gibt es einen Aufbruch zu einer Synchronisierung von Geschichte(n).²

Auch im Museum hat „Narration“ in den letzten Jahren einen starken Wandel durchlebt und eine eigene Historisierung erfahren, wie Bettina Habsburg-Lothringen aus museologischer Sicht zusammenfasst: „Der Anspruch nationalstaatlicher oder regionaler Identitätsstiftung in Museen ist heute überholt. Entsprechend sind die Museumsverantwortlichen zu einem sensiblen Umgang gerade mit den unter diesen Vorzeichen gesammelten Objekten aufgefordert, die im Licht neuer Perspektiven – zum Beispiel einer europäischen – befragt oder genutzt werden können, um die Konstruktion ‚des Eigenen‘ und ‚des Fremden‘ zu unterschiedlichen Zeiten offenzulegen.“³ Dabei sind, so Habsburg-Lothringen weiter, chronologische

Ordnungen zwar hilfreich und bieten Orientierung wie Sicherheit, vermitteln aber nur bedingt offene Denkräume: „Der Wunsch, das Ideal einer geordneten und überblickbaren Welt findet seinen Ausdruck auf Ebene der musealen Präsentationen in seriellen und chronologischen Ordnungen, die die Integration jedes Objekts in ein scheinbar logisches System erlauben. Adressat der Ausstellungen ist ein laienhaftes Publikum, dessen Rechte begrenzt sind, wo ein Infragestellen des Gezeigten nicht vorgesehen ist. Zum Trost winkt [...] das gute Gefühl, die chaotische Welt von einem externen, privilegierten Standpunkt aus geordnet schauen bzw. in den gläsernen Schaukästen durchschauen zu können.“

Aktuelle Museumsarbeit, die das Museum als Ort kritischer Öffentlichkeit begreift, sollte hingegen „aktuelle, gesellschaftlich relevante Fragestellungen rund um Themen wie Alter, Arbeit, Armut, Migration, Geschlechterkonstrukte und Familienkonzepte oder Nationalismus und Radikalisierung und eine ganze Reihe von natur- und technikwissenschaftlichen Fragen mit Alltagsrelevanz für das Publikum aufbereiten“. Mit historischen Bezügen und im Fall regionaler Zuspitzung sollten diese Fragen der Gegenwart in (kultur)historischen Museen gestellt werden, so Habsburg-Lothringen. „Es geht darum, eine kritische Distanz gegenüber allzu heilen Bildern der Vergangenheit zu

schaffen und in Anlehnung an den Kunsthistoriker und Medientheoretiker Hans Belting [...] durchaus bewusst das Fremde, Verstörende und Vergessene in der eigenen Kultur in Erinnerung zu rufen.“

Und hinzukommt: Rezipient:innen durchlaufen das Museum in einer eigenständigen zeitlichen und räumlichen Abfolge.⁴ Ausgehend von einer solchen selbständigen und vor allem auch aktuell immer diverseren Rezipient:innenschaft ist ein kanonisches Vorwissen und Voraussetzen im Museum im Sinne eines einheitlich geformten und geteilten Narrativs – im Fall von 1848 über ein nationales Geschichtsbild deutscher Demokratie – nicht mehr voraussetzbar. Das führt jedoch wiederum zu neuen, fruchtbaren Perspektiven und Museumspraxen.⁵

Wie also nun im Museum von 1848 und Demokratiegeschichte erzählen? Dieser Beitrag stellt dazu ein konkretes Arbeitsbeispiel vor, die Planungen am Historischen Museum Frankfurt für das Jubiläumsjahr 2023. Dieses Stadtmuseum befindet sich unweit von einem besonderen Ort der Demokratiegeschichte und heutiger Erinnerungskultur, der Frankfurter Paulskirche. Bereits zum 150. Jubiläum 1998 wurde in der Paulskirche eine Ausstellung zu den historischen Ereignissen erarbeitet, die bis heute präsentiert wird. Sie soll im Zusammenhang mit der derzeit in Planung stehenden Sanierung der Paulskirche neu konzipiert werden. Die Baugeschichte des Ortes, vor allem aber die chronologischen Ereignisse vom Vormärz bis zur Märzrevolution 1848, dann die Geschichte und Funktionsweise des Paulskirchenparlaments sowie die Nachgeschichte und die heutige Bedeutung der Paulskirche werden dort bisher in einer Tafelausstellung mit chronologischer Anordnung gezeigt.⁶

Zum Jubiläumsjahr plant das Historische Museum hingegen, verschiedene und sich überlagernde diachrone und synchrone Erzähl- bzw. Präsentationsformate anzubieten. Gerade in einer Stadt wie Frankfurt, wo aufgrund der hohen Diversität der Stadtgesellschaft kein gemeinsamer geschichtskultureller Referenzrahmen vorausgesetzt werden kann und

unterschiedlichstes Wissen zu historischen Ereignissen besteht, gilt es, die diversen Zugänge, Wissensbestände und Perspektiven in ein Gespräch zu bringen und dafür als Museum historische, am Lokalen ansetzende Geschichtsthemen wissenschaftlich fundiert anzubieten. Das Museum, das dies bereits in den bestehenden historischen (Dauer-)Ausstellungen und dem partizipativen Gegenwartsformat Stadtlabor praktiziert, geht deshalb von der Frage aus, was die Stadtgesellschaft aktuell am Thema Demokratie interessieren könnte. Dabei wird auch sichtbar gemacht, dass das präsentierte Narrativ eine Auswahl und ein Diskussionsangebot der Kurator:innen ist.⁷

Das Museum nähert sich dem Thema 1848 deshalb auch aus zwei Richtungen – von einem gegenwärtigen Standpunkt aus durch das partizipative Ausstellungsformat Stadtlabor zum Thema Demokratie und aus einer Perspektive, die synchron mit verschiedenen Formaten in der historischen Dauerausstellung auf die historischen Ereignisse blickt. Auf diese Weise zeigt die museale Besprechung von Objekten die Brüche und Ambivalenzen deutscher Demokratiegeschichte und -gegenwart ebenso auf wie deren Errungenschaften.

Der Themenbereich „Volksvertreter“ im ersten Obergeschoss, seit 2017 Teil der Dauerausstellung, deckt grundlegende chronologische und thematische Zentralaspekte der Revolution von 1848 und des Wirkens des Paulskirchenparlaments mit historischen Objekten ab. Er wird ergänzt durch eine Thementour durch das gesamte Haus zu Objekten rund um die 1848er-Revolution, durch eine App zu Frankfurter Orten der Demokratie 1848 im Stadtraum sowie durch eine audiovisuelle Vertiefungsspur.

Die 1848er-Revolution als ein zentraler Moment der Einforderung, Erschaffung und auch – wenn auch teilweise nur temporärer – Durchsetzung von Freiheits- und Gleichheitsrechten hat in Frankfurt über 175 Jahre Wirkung entfaltet. Die im Museum aufbewahrten Objekte zeugen von diesem Aufbruch und dem dadurch angestoßenen Gesellschaftswandel. Ein Thementourheft soll die Besucher:innen anhand von 25 bis 30 Objekten



Bereich „Volksvertreter“
in der Dauerausstellung
„Frankfurt Einst?“
© Foto: HMF, H. Ziegenfusz

durch das Museum führen, ausgehend von den ersten Freiheitsbestrebungen und Protagonist:innen des frühen 19. Jahrhunderts über den Vormärz und die 1848er Revolution bis zur Konstituierung des Parlaments sowie zu seinem Scheitern und dessen Nachwirkungen bis in die heutige Zeit. Mit diesem handlichen Heft für den Besuch der Ausstellung(en) erschließt und vertieft das Historische Museum quer durch das ganze Haus diverse Perspektiven und Zugänge. Weitere bereits bestehende Thementouren etwa zu Migration, Gender und Nationalsozialismus ermöglichen eine vertiefte Auseinandersetzung mit aktuell diskutierten gesellschaftlichen Fragen und Perspektiven und deren langfristiger Bedeutung.

Gleiches gilt für den zweiten Zugang für die Besucher:innen: die App für den städtischen Raum. Die Revolution von 1848 und das Paulskirchenparlament haben auch in der Frankfurter Stadtgesellschaft demokratische Ideale und Entwicklungen über 1848 hinaus dauerhaft verankert: politische Vereine, aber auch soziale Bewegungen wie Arbeiter:innenvereine, Frauenbewegung sowie Medien und Kommunikationsorte.

Orte der Aushandlungen wie die Lokale der Parlamentarierfraktionen, das Palais Thurn und Taxis als Machtzentrale des Bundestags, aber auch Gefängnisse, Wohnhäuser von Revolutionär:innen sowie Vereinshäuser und Parteilokale werden vorgestellt und zeigen die Eingebundenheit des Paulskirchenparlaments in einen breiten öffentlichen gesellschaftlichen Aufbruch für Freiheits- und Gleichheitsrechte. Anhand einer Auswahl von Orten soll die App die Dichte der Vernetzung von politischem Engagement sowie dessen Kontinuität, aber auch die Bruchhaftigkeit von Bewegungen und politischen Debatten zeigen. Die App führt dabei auch Orte des Jubiläumsjahres zusammen und macht auf aktuelle Initiativen aufmerksam.

Ein dritter Zugang eröffnet sich den Besucher:innen ab 2023 über eine besondere audiovisuelle Vertiefungsspur. Sie verdeutlicht anhand verschiedener Themen, dass die für Freiheits- und Bürgerrechte kämpfenden Revolutionär:innen 1848/49 in einem Kontinuum historischer Freiheitsbewegungen und Ideale ihrer Zeit standen, dass um die Wende zum 19. Jahrhundert verschiedene Gesellschafts- und



Regenschirm von Henriette Zobel,
Frankfurt am Main, um 1848,
Inv.-Nr. X.1950.005
© Foto: HMF, H. Ziegenfusz

Herrschaftsmodelle denkbar waren und es Entscheidungsmöglichkeiten gab, die eben nicht einer Entwicklungsgeschichte aus dem heutigen Rückblick entsprechen. In den Vordergrund sollen hier die Gewordenheit und Unfertigkeit demokratischer Praxis gestellt werden, d.h. ihre Suchbewegungen und das beständige Aushandeln und Ringen um eine Gesellschaft, die für alle in ihr Lebenden freie Entfaltung, gleiche Rechte, Bewahrung der persönlichen Würde und gesellschaftlichen Frieden bringen sollte. Idealisierungen sowohl in Form einer vermeintlichen Fortschrittsgeschichte der Demokratie als auch von Protagonist:innen und Institutionen sollen kritisch reflektiert werden. Das ermöglicht es, über gelingende Aushandlungsprozesse und die Weiterentwicklung demokratischer Praxen und Formen damals wie heute nachzudenken.⁸

Die Vertiefungsspur wird in sechs Themenkapiteln und dazu jeweils zwei Objekten aus der Frankfurter Geschichte diverse Zugänge zur Demokratiegeschichte anbieten, die auch mit heutigen Debatten um unsere Demokratie zu tun haben und zum aktuellen Format,

dem Stadtlabor „Demokratie“ im Obergeschoss überleiten. So sollen kontextuelle Zugänge aus verschiedenen Themenfeldern die historische Urteilsfähigkeit der Besucher:innen stärken.

Der Zugang erfolgt an jeder Station in Form von Gesprächen der Kurator:innen mit Expert:innen zum Thema am jeweiligen Objekt. Wie eine solche Auseinandersetzung aussehen kann, zeigen hier zwei ausgewählte Themenfelder.

Das erste setzt sich mit dem Wahlsystem auseinander: Wieso denken wir heute, dass die Parlamentswahl ein geeignetes demokratisches Mittel der Machtverteilung ist und eine geeignete Vertretung des Volkes dadurch entstünde? Anhand früherer Entscheidungsverfahren wie dem Losen oder „Kugeln“ im Bürgergremium, dem Konsensentscheid bei den Kaiserkrönungen mit anschließendem göttlichen Eid sowie den kommunalen Stimmrechten für Frauen bereits in der Vormoderne wird deutlich, dass es bereits vor 1848 eine breite Palette von Formen der Machtabgabe gab. Argumenten für die allgemeine, gleiche und geheime

Wahl stand auch Kritik gegenüber, etwa daran, dass Uniformierte wählen konnten oder wegen der Gefahr populistischer Beeinflussung. Wieso ist also unser heutiges Wahlsystem ein gutes Prinzip und ein wichtiges Bürger:innenrecht?

Anhand eines Wahlzettels zur Nationalversammlung des Frankfurter Abgeordneten Friedrich Siegmund Jucho im Bereich „Volksvertreter / Frankfurt Einst?“ und der Installation „Wahlzimmer der Kurfürsten im Römer“ mit der Ausstattung aus dem 18. Jahrhundert wird mit Expert:innen über die historischen Debatten um Vor- und Nachteile des Wählens, Krönens, Losens als politische Praxis damals wie heute gesprochen – die Fortsetzung ergibt sich in aktuellen Konstituierungen etwa von Bürgerräten.

Ein zweites Themenfeld fragt: Hängt Gewalt unabdingbar mit den historischen Revolutionen zusammen? Was bedeutet das für den Blick auf die Geschichte? Bei den Vorstellungen von demokratischen Umbrüchen wie 1848 oder 1918 schwingen oft Bilder und Eindrücke von Gewalt mit: Soldaten auf den Straßen, Barrikaden in den Gassen und Waffen in den Händen. Demgegenüber ist etwa die Teilnahme von Frauen an den Revolutionsereignissen bis heute oft nicht sichtbar. Das liegt an einem Mangel regionaler wie nationaler Forschung, der bisher weder durch die Frauengeschichtsforschung noch durch die Genderstudies behoben werden konnte. Die Station im Frankfurter Museum fragt daher anhand dieser Lücke, welche Bilder dazu führen konnten, dass das gesellschaftlich konstruierte Frauenbild bis heute noch mit Friedfertigkeit verbunden ist: Frauen üben aufgrund ihrer Sozialisation angeblich weniger Gewalt aus. Aber dieses Frauenbild behindert unseren Blick auf die historischen Akteur:innen in Ausnahmesituationen wie der Revolution von 1848, in der sie sich aktiv im Freiheitskampf gegen ein repressives Militär auf der Straße zur Wehr setzten, Gefangene unterstützten und unter gefährlichen Bedingungen nach dem Scheitern der Revolution ins Exil flüchteten.

Was für ein Mittel ist Gewalt also in Umbruchsituationen und wie lässt sich Gewalt verhindern? Ist

revolutionäre Gewalt für demokratische Entwicklungen problematisch und inwiefern? Eine Vitrine des Museums zeigt einen Schirm der Revolutionärin Henriette Zobel, mit dem diese laut historischer Gerichtsakten den Abgeordneten Lichnowski während der Septemberunruhen erschlagen haben soll und die dafür verurteilt wurde.

Anhand dieses Objekts soll das Museumsteam mit einem/einer Friedens- und Konfliktforscher:in sowie einer/einem Expert:in der Geschlechtergeschichte diese auch aktuell wichtigen Fragen diskutieren.

Die weiteren Themen beinhalten zum Beispiel die Vor- und Nachteile von Staatskonzepten wie Vielstaatlichkeit oder Nationalstaatlichkeit bis hin zu urban citizenship, die verschiedenen staatlichen oder privaten Modelle zur Gewährleistung von sozialem Zugang zu politischen Rechten (private und öffentliche Fürsorge in Vormoderne und Moderne), die damalige außerparlamentarische politische Mitbeteiligung (Vereine, Petitionswesen) und ihr Fortleben bis heute (soziale Bewegungen, Kampagnen).

Das Format spricht aufgrund seines Zuschnitts als populäre, visuelle Wissenschaftsdokumentation und -diskussion ein breites Publikum an und leitet zum Stadtlabor „Demokratie“ über. Dort steht die Auseinandersetzung mit Demokratie aus aktueller Perspektive im Zentrum.⁹

Vor dem Hintergrund der Errungenschaften der Paulskirchenversammlung von 1848/49, die Wahlen und eine Verfassung für den Nationalstaat eingeführt hat, sowie dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird durch einen intergenerationellen und interdisziplinären Austausch mit gemischten Gruppen ein partizipativer Stadtlabor-Prozess durchgeführt und eine Ausstellung erarbeitet. Um diesen Prozess für ein jüngeres und nicht wissenschaftlich ausgebildetes Publikum zu gestalten, beginnt die Auseinandersetzung in der Gegenwart und knüpft bei der aktuellen Lebensrealität an. Dazu ist zunächst Grundlegendes zu erläutern, also nicht mit Verfassungen zu beginnen, sondern mit Überlegungen, was Demokratie genau ist, wie sie funktioniert und was sie für jede/n bedeutet.

Der wichtigste Grundsatz unserer Demokratie ist die Gleichheit der Menschen vor dem Recht. Heute zählt bei Wahlen die Stimme jeder Staatsbürgerin und jedes Staatsbürgers gleich viel, egal um wen es sich handelt. Dennoch beeinflusst die gesellschaftliche Positionierung und Identität, ob und wie Menschen am politischen Leben teilnehmen können, mitsprechen, sich organisieren und gehört werden, wie sie im Parlament repräsentativ vertreten werden. Das Stadtlabor widmet sich dem Spannungsfeld zwischen dem demokratischen Gleichheitsversprechen und den zahlreichen unterschiedlichen Identitäten der Menschen.

Das Stadtlabor selbst ist ein demokratisches Ausstellungsprinzip.¹⁰ Seit 2010 entstehen zusammen mit Frankfurter:innen im Historischen Museum Frankfurt Ausstellungen und Veranstaltungen zu wechselnden Themen der Stadt. In der Dauerausstellung „Frankfurt Jetzt!“ ist dafür eine ca. 600 Quadratmeter große Fläche für wechselnde Stadtlabor-Aktivitäten im Museum reserviert.

Für die Strukturierung der Ausstellung ist ein Demokratie-Parcours denkbar. Eine noch festzulegende Anzahl von Artikeln aus der Verfassung (Reichsgesetz) vom 27. Dezember 1848 könnte mit den Grundrechten der Bundesrepublik Deutschland (Grundgesetz) bzw. den Menschen- und Kinderrechten der UN in Beziehung gesetzt werden. In den Ausstellungsbeiträgen würden die Artikel erläutert und Bezüge zur Gegenwart hergestellt werden. Die Stadtlaborant:innen könnten ihre Perspektiven darstellen und z.B. fragen: Wie spiegeln sich meine Bedürfnisse und die der Gemeinschaft im Grundgesetz / in den Grundrechten wider? Wo liegen die Grenzen? Welche Widersprüche bestehen zwischen Anspruch und Lebensrealitäten von Frankfurter:innen?

Der Prozess des Verhandels von Gemeinsamkeiten und Differenzen ist dabei zentraler Teil des Stadtlabors. Auch dies soll in der Ausstellung in einer noch festzulegenden Form sichtbar werden. Da dieser Prozess mit marginalisierten Gruppen mit unterschiedlichen Sensibilisierungen und Wünschen eine besondere Aufmerksamkeit benötigt, soll dem

Stadtlaborant:innenteam eine professionelle Prozessbegleitung zur Seite gestellt werden.

Ein Ziel des Stadtlabors ist das Empowerment aller Beteiligten, auch der Besucher:innen. Nicht nur die Erarbeitung der Ausstellung ist partizipativ, auch der Besuch der Ausstellung soll zur Partizipation ermutigen und es ermöglichen, die eigene Stimme im Museum zu hinterlassen. Deshalb sollen für die Ausstellungsbeiträge aktivierende Elemente entwickelt werden, die Perspektivwechsel ermöglichen. Demokratie ist nicht ohne Teilhabe und Beteiligung zu denken, aber auch nicht ohne das Aushalten von Unterschieden (Stichwort Ambiguitätstoleranz). Das Stadtlabor bietet Raum für das gemeinsame Nachdenken über Demokratie, über ihren Wert – vielleicht auch mögliche Grenzen – und darüber, warum es sich lohnt, sie zu verteidigen.

Durch das Stadtlabor soll ein Raum geschaffen werden, in dem gegenwärtige Auswirkungen von ungleichen Machtverhältnissen auf demokratische Auseinandersetzungen sichtbar gemacht werden. Angesprochen und zur Beteiligung eingeladen werden vor allem Frankfurter:innen, deren Stimmen in den demokratischen Prozessen oft nicht gehört werden, wie z.B. Wohnungslose, Geflüchtete, Kinder, Jugendliche, Senior:innen, Menschen mit Einschränkungen, BIPoC, usw. Diese marginalisierten Gruppen erleben gesellschaftliche Benachteiligungen und führen oft unterschiedliche Kämpfe, in denen sie sich zivilgesellschaftlich organisieren und stärken. Sie machen dabei auf ihre gesellschaftliche Positionierung und Differenz aufmerksam. Im Namen des nicht eingelösten Gleichheitsversprechens zeigt eine emanzipatorische Identitätspolitik Diskriminierung und soziale Ungleichheit auf, beispielsweise racial profiling (etwa bei rassistischen Polizeikontrollen) oder die bis 2017 gesetzlich nicht gestattete Ehe gleichgeschlechtlicher Paare. Das Stadtlabor möchte Menschen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Forderungen, Bedürfnissen und Interessen miteinander ins Gespräch bringen. Was bedeutet es für sie, Demokratie von den gesellschaftlichen Rändern her zu betrachten? Sie sollen an gemeinsam festzulegenden

Schwerpunkten der Ausstellung künstlerisch, kreativ und forschend arbeiten. Die Beiträge entstehen in enger Zusammenarbeit zwischen Museum und Expert:innen und können aus Objekten, Erzählungen, Audio- und Kunstinstallationen oder Erkundungstouren etc. bestehen.

Ausgangspunkt für den Stadtlabor-Prozess sind Fragen des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens, z.B.: Wie wollen wir in Zukunft in Frankfurt zusammenleben? Wie können Formen von Beteiligung aussehen und welche wünsche ich mir? Wie kann es gerechter werden? Wie kann soziale und ökologische Gerechtigkeit/Nachhaltigkeit aussehen und erreicht werden? Wie können wir (im Stadtlabor) geschützte Räume schaffen, in denen ein offener und anerkennender Austausch möglich ist?

Das Stadtlabor wie auch die historischen Formate bieten damit im Historischen Museum Frankfurt vielschichtige und sich überkreuzende narrative Zugänge und einen facettenreichen Raum für das gemeinsame Nachdenken über Demokratie, über ihren Wert – auch über mögliche Grenzen und Brüche – und darüber, warum es sich lohnt, sie zu verteidigen und weiterzuentwickeln.

ZUR AUTORIN

Dr. Dorothee Linnemann

ist Historikerin und Ausstellungskuratorin. Nach ihrem Studium an den Universitäten in Münster und Krakau promovierte sie 2013 an der Universität Münster. Sie arbeitete an der Neugestaltung der Dauerausstellung „Frankfurt Einst?“ am Historischen Museum Frankfurt mit und ist Kuratorin zahlreicher Sonderausstellungen. Seit März 2020 ist sie Kuratorin für Grafik und Fotografie am Historischen Museum Frankfurt.

ANMERKUNGEN

- 1 **Ute Daniel:** Wann und wie? Experimentelle Zugänge zur unvorhersehbaren Geschichte eines im Rückblick alternativlosen Konzeptes, Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 10.11.2021, S. N 3.
- 2 Vgl. ebd.
- 3 Die Entwicklung zusammenfassend: **Bettina Habsburg-Lothringen:** Museum und Bildung. Welches Wissen vermitteln Museen? in: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs (2019, Nr. 35/36), S. 10.2–10.8, hier S. 10.5. URL: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/19-35u36/meb19-35u36.pdf> [24.01.22].
- 4 Siehe zusammenfassend zur aktuellen Debatte um Narration im Museum: **Michael Parmentier:** Mit Dingen erzählen. Möglichkeiten und Grenzen der Narration im Museum, in: **Tobias G. Natter / Michael Fehr / Bettina Habsburg-Lothringen (Hrsg.):** Die Praxis der Ausstellung. Über museale Konzepte auf Zeit und Dauer, Bielefeld 2012, S. 147–164, S. 160.
- 5 Siehe dazu etwa die Beiträge in **Susanne Gesser / Nina Gorgus / Angela Jannelli (Hrsg.):** Das subjektive Museum. Partizipative Museumsarbeit zwischen Selbstvergewisserung und gesellschaftspolischem Engagement, Bielefeld 2020.
- 6 Vgl. **Evelyn Hils-Brockhoff / Sabine Hock:** Die Paulskirche. Symbol demokratischer Freiheit und nationaler Einheit, Frankfurt am Main 1998.
- 7 „So werden in der musealen Praxis große historische Interpretationslinien im Sinn von ‚einer Struktur‘ oder ‚einer Gesellschaft‘ zunehmend zurückgenommen zugunsten einer erzählerischen Vieldeutigkeit und einer daraus resultierenden Pluralität von historischer Wirklichkeit und Wahrnehmung des Subjekts.“ **Nina Gorgus / Dorothee Linnemann:** Wie sich das Historische Museum Frankfurt neu erfindet: Ein Bericht aus der musealen Praxis, in: **Guido Fackler / Brigitte Heck (Hrsg.):** Identitätsfabrik reloaded?! Museen als Resonanzräume kultureller Vielfalt und pluraler Lebensstile, Berlin 2019, S. 144–153, S. 148.
- 8 Siehe dazu **Ute Daniel:** Postheroische Demokratiegeschichte, Hamburg 2020.
- 9 Der folgende Text wurde vom Ausstellungsteam des Stadtlabors „Demokratie“ unter der Leitung von Susanne Gesser mit Ann-Kathrin Agethen sowie Ismahan Wayah verfasst und von der Verfasserin für den Artikel leicht angepasst.
- 10 Zum Stadtlabor, seiner Methode und Praxis siehe **Susanne Gesser:** Frankfurt Jetzt. Die subjektiven Seiten einer Stadt, in: **Gesser / Gorgus / Jannelli (Hrsg.):** Das subjektive Museum. Partizipative Museumsarbeit zwischen Selbstvergewisserung und gesellschaftspolischem Engagement, Bielefeld 2020, S. 47–51, sowie im selben Band **Jannelli:** Partizipative Museumsarbeit und Gefühle. Von Resonanz, demokratischen Persönlichkeiten und blinden Flecken, S. 55–59.

Susanne Kitschun

Der Friedhof der Märzgefallenen in Berlin.

Ein unscheinbarer Ort von großer
demokratiegeschichtlicher Bedeutung

Ein Ort der Rebellion als Symbol der Demokratie

„Die Erinnerung an die Märzgefallenen ist auch eine Erinnerung daran, wie wertvoll uns Demokratie ist und zu sein hat und es ist eine Erinnerung, die uns täglich bewusst machen sollte, dass wir diese Demokratie leben und bewahren müssen, sie aber auch gegen ihre Verächter verteidigen.“

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 18. März 2021 bei einem Besuch auf dem Friedhof der Märzgefallenen.¹

„Gestern war ich (...) (am Friedhof der Märzgefallenen) im Friedrichshain und nicht einmal den Toten konnte ich vergeben, mein Herz war voller Bitterkeit über den Götzendienst mit den Gräbern dieser Verbrecher, wo

jede Inschrift auf den Gräbern von „Freiheit und Recht“ prahlt, ein Hohn für Gott und Menschen.“

Der spätere Reichskanzler Otto von Bismarck, damals Mitglied des preußischen Landtages im Herbst 1849.²

Zwischen diesen beiden diametral entgegengesetzten Zitaten liegen 172 Jahre. So lange brauchte es, bis ein demokratisch gewähltes deutsches Staatsoberhaupt den Friedhof der Märzgefallenen besuchte und die Bedeutung der hier Bestatteten für unsere Demokratiegeschichte würdigte.

Schon bis zur Errichtung eines ersten Gedenksteins für die gefallenen Barrikadenkämpfer, darunter auch Frauen, dauerte es 100 Jahre. Vorher scheiterten die vielfältigen Bemühungen immer wieder am preußischen Obrigkeitsstaat.

Zur demokratiegeschichtlichen Bedeutung

Von Anfang an gab es auf dem Friedhof der Märzgefallenen immer beides: die private Trauer der Angehörigen und Massendemonstrationen und politische Gedenkfeiern für Freiheits- und Menschenrechte.³ Schon bei der Trauerfeier am 22. März 1848 beschwor der spätere Vorsitzende des Demokratischen Clubs, Georg Jung, in seiner Rede eine Art politisches Vermächtnis der gefallenen Revolutionäre:

„Fort auf ewig, in die Nacht des Vergessens mit allen Scheidemauern der Menschen (...). Es giebt keinen Pöbel, keinen rohen Haufen, kein Gesindel mehr; denn wir, so sprechen die Todten, haben mit unserem Blute euern Bürger- und Freiheitsbrief besiegelt. So vermachen wir, denn so spricht das Testament (der Märzgefallenen), auch Allen gleiche Rechte, gleiches Gesetz, gleiche Theilnahme an der Gesetzgebung. Frei mögt Ihr reden und schreiben, frei euch vereinigen.“
Trauerrede von Georg Jung, gehalten am 22. März 1848 auf dem Friedhof der Märzgefallenen.⁴

Zur Bekräftigung und Verteidigung der revolutionären Errungenschaften zog nach der Konstituierung der preußischen Nationalversammlung am Sonntag, den 4. Juni 1848 ein großer Demonstrationzug zum Friedhof der Märzgefallenen. Rund zwei Drittel der Berliner Bevölkerung beteiligten sich und auch Delegationen aus anderen Städten und Provinzen waren dabei. Bei der Abschlusskundgebung auf dem Friedhofsgelände sprachen u.a. Stefan Born vom Arbeiterkomitee und ein Vertreter der Erdarbeiter namens Reich – sein Vorname ist nicht überliefert. Letzterer brachte die Wünsche und Ziele auf den Punkt:

„Die heutige Feier habe nicht bloß die Bedeutung, der Reaction zu zeigen, dass der 18. März noch nicht vergessen sei, dass die noch geehrt werden, die eine ‚elende Rotte‘ beschimpfen möchte. Die Feier habe eine höhere Bedeutung; sie sei ein Fest der Eintracht zwischen Bürgern und Arbeitern.“⁵

In Berlin war der Friedhof der Märzgefallenen der Ort, an dem im 19. und frühen 20. Jahrhundert an die Revolution 1848 und ihre Opfer gedacht wurde. Später kamen die Erinnerung an die Pariser Commune vom 18. März 1871 und an die Revolution 1918/19 hinzu. Erinnert wurde vor allem von Mitgliedern der Arbeiterbewegung, aber auch von bürgerlichen Demokraten. Der Friedhof der Märzgefallenen ist wie das Hambacher Schloss und die Festung Rastatt nicht nur ein „Originalschauplatz der Geschichte“, sondern war „jahrzehntelang Ort einer Volkserinnerungskultur, bevor sie Teil einer institutionalisierten, staatlichen oder zumindest halbstaatlich geförderten, deutlich verspätet einsetzenden offiziellen Erinnerungskultur wurden.“⁶

Insbesondere für die Angehörigen der ärmeren Schichten hatte der Friedhof der Märzgefallenen eine große Bedeutung. Das ist nicht verwunderlich, denn rund 85 Prozent der auf dem Friedhof beerdigten Toten der Märzrevolution entstammten den besitzlosen Schichten: Es waren Menschen ohne Vermögen und ohne anerkannte politische Stimme, vor allem verarmte Handwerker und Arbeiter, sowie einige Frauen. Viele waren sehr jung, mehr als ein Drittel der gefallenen Märzkämpfer war unter 24 Jahren. Mehr als ihre Namen, Wohnorte und Berufe sind in den allermeisten Fällen nicht überliefert.⁷

Außergewöhnlich für die Zeit war außerdem, dass auf dem Friedhof Menschen unterschiedlicher Religionsbekenntnisse gemeinsam beerdigt wurden: Bei der Beisetzung am 22. März sprachen ein evangelischer und ein katholischer Geistlicher sowie ein Rabbiner. Außerdem hielt – ebenfalls ungewöhnlich – Georg Jung eine politische Rede.⁸



Der Friedhof als Ort des stillen Gedenkens an die Revolutionsopfer, © Stiftung Stadtmuseum Berlin

Gedenkort zweier Revolutionen – Die Entstehung des Friedhofs der Märzgefallenen in der Revolution 1848/49

Während der Revolution 1848/49 war Berlin neben Paris und Wien die dritte wichtige europäische Revolutionsmetropole. Der königlichen Residenzstadt gelang ein wesentlicher Entwicklungsschritt hin zu einer weltoffenen Großstadt.⁹

Nach der eher halbherzigen Ankündigung von königlichen Zugeständnissen wie der Aufhebung der

politischen Zensur und der Einberufung des Vereinigten Landtags versammelten sich am 18. März 1848 rund 10.000 Berliner:innen vor dem Schloss. Auf dem Platz war auch viel Militär, das trotz Aufforderung durch die Bürger nicht abgezogen wurde. Im Verlauf der Versammlung lösten sich – vermutlich versehentlich – zwei Schüsse und die Situation eskalierte:

Spontan errichteten viele Berliner:innen – darunter auch Kinder – Barrikaden und verteidigten sie gegen das anstürmende Militär. Die Kämpfe dauerten die ganze Nacht, erst am Morgen befahl der König den Rückzug der Soldaten. Fürs Erste hatte die Revolution gesiegt.

Rund 250 Revolutionäre, darunter auch Frauen und überdurchschnittlich viele junge Menschen, hatten bei den Kämpfen ihr Leben verloren. Viele weitere erlagen in den nächsten Tagen und Wochen ihren Verletzungen. Auf der Gegenseite, bei den Soldaten, gab es nur ein Bruchteil der Opfer, lediglich 20 Tote.¹⁰

Bereits vier Tage später, am 22. März 1848, wurden zunächst 183 Tote der Barrikadenkämpfe auf dem eigens dafür angelegten Friedhof der Märzgefallenen beerdigt. Zwischenzeitliche Pläne, Barrikadenkämpfer und Soldaten gemeinsam zu beerdigen, wurden nicht realisiert, weil es dagegen massiven Widerspruch gab – sowohl auf Seiten der Revolutionäre als auch beim Militär. Als Bestattungsort bestimmte ein extra gebildetes Bestattungskomitee aus Mitgliedern von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung die gerade fertiggestellte erste kommunale Grünanlage vor den Toren der Stadt, den Volkspark Friedrichshain.¹¹

Am 22. März, dem Tag der Beerdigung, blieben die Geschäfte geschlossen und die ganze Stadt war mit schwarz-rot-goldenen und schwarzen Fahnen geschmückt. Vom Aufbahrungsort der Toten am Gendarmenmarkt zog der aus mehr als 20.000 Menschen bestehende Trauerzug am Schloss vorbei zum Volkspark. Zwischen den Särgen waren dabei auch ausländische Fahnen zu sehen, wie z.B. die grün-weiß-rote der Italiener und die polnische rot-weiße Flagge. Am Schloss sollte der König mit entblößtem Haupt den Toten seinen Respekt – gezwungenermaßen. Die Beerdigungsfeierlichkeiten waren – so die Einschätzung des Historikers Manfred Hettling „ein groß begangenes politisches Fest, ein [...] Staatsbegräbnis von unten. Wenige Tage nach den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen versuchte hier eine Gesellschaft einen neuen Konsens zu bekräftigen und inhaltlich zu explizieren.“

Menschen, die bei den Barrikadenkämpfen verwundet worden waren und erst später ihren Verletzungen erlagen, wurden in den folgenden Wochen ebenfalls auf dem Friedhof der Märzgefallenen beerdigt. Insgesamt 255 Tote der Revolution fanden hier ihre letzte Ruhestätte.¹²

Die Erweiterung für die Toten der Revolution 1918

70 Jahre später – als am Ende des Ersten Weltkriegs die Novemberrevolution Berlin erreichte – war der Friedhof der Märzgefallenen bereits ein symbolträchtiger und in der Gesellschaft – positiv wie negativ – breit verankerter Ort.

Insofern war es naheliegend, dass die Vollversammlung der revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte beschloss, die gefallenen Revolutionäre auf dem Friedhof der Märzgefallenen zu bestatten. In drei Beerdigungszügen unter starker öffentlicher Anteilnahme wurden die ersten Toten, die in den gewaltsamen politischen Auseinandersetzungen im November und Dezember 1918 ums Leben gekommen waren, auf dem Friedhof der Märzgefallenen beigesetzt. Insgesamt 29 Tote dieser Revolution sind hier begraben, die viel zahlreicheren Opfer der Januar- und März-kämpfe 1919 wurden nicht mehr auf dem Friedhof der Märzgefallenen beerdigt, so beschloss es der Magistrat. In diesem Beschluss spiegelt sich die zunehmende Spaltung der Arbeiterklasse, die sich nach der Gründung der KPD Ende 1918 noch verschärft hatte.¹³

Ein bescheidenes Denkmal von großer Bedeutung

Die Bescheidenheit und Unscheinbarkeit des Friedhofs und des Gartendenkmals stehen in einem klaren Widerspruch zur herausragenden historischen Bedeutung der Revolution von 1848/49 insgesamt, der Berliner Märzrevolution und des Ortes.

Sie stehen auch im Widerspruch zum hohen Denkmalswert des Ortes. So wurde der Friedhof der Märzgefallenen eigens von den Revolutionären angelegt. Er ist – und das macht seine Einzigartigkeit aus – sowohl Erzeugnis als auch Zeugnis der Revolution von 1848. Der Friedhof der Märzgefallenen ist, wie der Denkmalschützer Jörg Haspel treffend formuliert:



Gedenkstunde am 18. März, © Foto: Ina Rommel

„ein authentisches kulturelles Produkt der Aufständischen, der Zukunft gewidmet zur Erinnerung an die Ziele der geschlagenen Oppositionsbewegung und immer wieder aufs Neue aufgegriffen und verteidigt von denjenigen, denen dieser historische Akt ein wichtiges politisches Vermächtnis war.“¹⁴

Diese Besonderheit unterscheidet ihn von anderen bedeutenden Erinnerungsorten der Revolution 1848/49 wie z.B. der klassizistischen Paulskirche, der Festungsanlage Rastatt oder dem erst Jahrzehnte später errichteten Wiener Märzobelisk.

Umkämpfte Erinnerung: zur Überformung des Ortes

Im Verlaufe seiner Geschichte wurde der Friedhof der Märzgefallenen in den verschiedenen politischen Systemen immer wieder umgestaltet.

Im März 1848, noch vor der Beerdigung der Barrikadenkämpfer, beschloss die Berliner Stadtverordnetenversammlung die Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen auf dem Friedhof. Das Vorhaben scheiterte. Stattdessen wurde nach der Niederschlagung

der Revolution in den 1850er Jahren der Zugang zum Friedhof erschwert, zeitweise sogar die gesamte Anlage mit einem zwei Meter hohen Bretterzaun abgesperrt. Auch für das Gegengedenken war kein Aufwand zu hoch: 1854 wurde im Berliner Invalidenpark eine bombastische Säule zur Erinnerung an die während der Revolution gefallenen preußischen Soldaten errichtet.¹⁵

In der Weimarer Republik wurde der Friedhof gartenarchitektonisch aufgewertet und ein Ort offiziellen staatlichen Gedenkens. Es erfolgte eine Zeit des Verfalls im Nationalsozialismus.

Zum 100. Jubiläum der Revolution 1848 wurde der Friedhof tiefgreifend umgestaltet. Diese Umgestaltung wurde vom Berliner Magistrat 1947 noch gemeinsam beauftragt, die Vorbereitungen des Jubiläums gerieten aber immer stärker in die tagespolitischen Auseinandersetzungen des Kalten Krieges und der sich abzeichnenden Spaltung Berlins. So wollte die Sowjetische Militäradministration das Jubiläum nutzen, um die positive Verankerung des ‚bürgerlichen Parlamentarismus‘ in der Bevölkerung zu untergraben. Gemeinsam mit der SED sollte die Macht in der gesamten Stadt errungen werden. Die demokratischen Parteien, insbesondere CDU und SPD, wollten erreichen, dass die Westalliierten Berlin in den entstehenden westdeutschen Staat einbeziehen. Hierfür konnte das Hervorheben der lebendigen demokratischen Tradition Berlins ein gutes Argument sein. Am Ende standen getrennte und konkurrierende Feierlichkeiten.¹⁶

Die Umformung 1948, bei der das zentrale Gräberfeld zu einer Rasenfläche mit einem Gedenkstein im Zentrum neu gestaltet wurde, war ein Schritt weg vom individuellen Totengedenken hin zum kollektiven Erinnern. Bei dieser Umformung gingen durch eine Aufschüttung des Geländes rund 13 der 1947 noch erhaltenen Grabzeichen verloren. Diese sind allerdings im Untergrund des Friedhofs erhalten, wie bei archäologischen Grabungen nachgewiesen werden konnte. Die verbliebenen Grabzeichen wurden nach rein ästhetischen Gesichtspunkten neu angeordnet, keines

steht mehr am ursprünglichen Ort. Außerdem wurde eine große Plattenfläche angelegt, um Platz für größere Versammlungen zu schaffen.¹⁷

Zum 40-jährigen Jubiläum der Revolution von 1918/19 wurde in der DDR ab 1958 auch der Bereich der Gräber der 1918 beerdigten Toten umgestaltet und de-individualisiert. Drei Sarkophagplatten aus Porphyr mit Zitaten des Mitgründers der KPD Karl Liebknecht und des damaligen Vorsitzenden des Staatsrats der DDR Walter Ulbricht wurden vor die drei Gräberreihen gelegt. 1961 kam abschließend die Plastik „Roter Matrose“ von Hans Kies hinzu. Damit lag in der Gestaltung der Friedhofsanlage ebenso wie beim offiziellen Gedenken in der DDR der Schwerpunkt primär auf der Erinnerung an die Revolution 1918/19.

Diese Umgestaltung nach den damaligen geschichtspolitischen Zielen der SED ist bis heute erhalten. Zusätzlich gibt es – nicht sichtbar unter der Erde – eine weitere Denkmalschicht, in der die in der Nachkriegszeit vergrabenen oder mit einer Erdschicht bedeckten Grabzeichen teilweise sogar noch an ihrem originalen Ort eingeschlossen sind.¹⁸

Demokratie-pädagogische Arbeit

Wie erwähnt waren 85 Prozent der auf dem Friedhof der Märzgefallenen beerdigten Toten Menschen ohne Vermögen und ohne anerkannte politische Stimme, die kaum jemand kennt, darunter auch Frauen und mehr als ein Drittel junge Menschen unter 24 Jahre.¹⁹ Diese Tatsache macht den Friedhof der Märzgefallenen so geeignet für die Auseinandersetzung mit den Grundlagen unserer Demokratie. Denn diese Menschen besaßen in einem entscheidenden Moment den Mut, sich mit ihrem Leben für Freiheit, Menschenrechte und/oder bessere Lebensbedingungen einzusetzen.

An diese Bedeutung von Einzelnen für das Gelingen von Demokratie knüpfen wir bei unserer historisch-politischen Bildungsarbeit an. Ziel ist es, den Friedhof

der Märzgefallenen als positives Identitätsangebot aus der europäischen und deutschen Geschichte zu vermitteln. Dabei geht es immer auch um aktuelle Bezüge: Wofür würden Jugendliche heute auf die ‚Barrikaden‘ gehen? Welche Forderung von 1848 ist für sie aktuell? Welche Wünsche und Forderungen haben sie an unsere Demokratie?

Zentral für unsere pädagogische Arbeit ist außerdem ein biographischer Ansatz. So schlüpfen in einigen Workshops Jugendliche in die Rolle jener Frauen, Männer und Jugendlichen, die am 18. März das alte System der preußischen Monarchie fast zum Einstürzen brachten. Sie rekonstruieren einzelne Biographien und überlegen gemeinsam, was junge Menschen damals bewegte, sich an der Revolution zu beteiligen.

Aus den wenigen biographischen Informationen, die überliefert sind, lässt sich viel über die damaligen Lebensbedingungen der Menschen ableiten: So wissen wir beispielsweise vom jüngsten auf dem Friedhof der Märzgefallenen bestatteten Toten, dem 12-jährigen Carl Ludwig Kühn, dass er in der Linienstraße, im sogenannten Scheunenviertel wohnte. Das Scheunenviertel war damals eines der Armenviertel Berlins mit miserablen baulichen und sozialen Verhältnissen. Außerdem ist überliefert, dass Carl Ludwig Kühns Vater von Beruf ‚Arbeitsmann‘ war.²⁰

Entwicklungsschritte des Gedenkortes Friedhof der Märzgefallenen

Seit mehr als 20 Jahren engagiert sich der Paul Singer Verein für den Demokratie-Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen. Paul Singer, der Namensgeber des Vereins, war ein jüdischer Fabrikant, Friedrichshainer Reichstagsabgeordneter und gemeinsam mit August Bebel Vorsitzender der SPD. Zu seinen Lebzeiten setzte er sich auch für eine würdige Gestaltung des Friedhofs der Märzgefallenen und die Stärkung des Gedenkens an die Revolution von 1848 ein.

Ab 2009 konnte der Paul Singer Verein mit vielen Partnern und gefördert von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin den Friedhof der Märzgefallenen aus seinem Dornröschenschlaf erwecken: die denkmalgeschützte Friedhofsanlage wurde instandgesetzt und ein Informationspavillon in einem umgebauten Seecontainer eingerichtet. Eine erste temporäre Ausstellung zur Berliner Märzrevolution in ihrem europäischen und deutschen Kontext und zur wechselvollen Geschichte des Ortes entstand. Dank einer weiteren Lotto-Förderung entstanden 2018-20 erste Teile einer nun dauerhaften Außenausstellung. Zum Jubiläum 2023 werden derzeit weitere Module der Außenausstellung sowie ein Parkpflegewerk für das Gartendenkmal erarbeitet.

Die laufende Arbeit des Gedenkortes und die Pflege des Friedhofs werden durch eine Zuwendung der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa finanziert.

Der nächste wichtige Schritt ist der Bau eines Besuchszentrums, für das der Deutsche Bundestag und das Berliner Abgeordnetenhaus jeweils die Hälfte der Mittel zur Verfügung gestellt haben. Ein solches Besuchszentrum wird dringend gebraucht, weil es bisher keine eigenen Veranstaltungs- oder Gruppenräume gibt. Alle Aktivitäten sind deshalb stark wetterabhängig. Erschwerend kommt hinzu, dass die Gedenktage an die beiden Revolutionen witterungstechnisch ungünstig im März und November liegen.

Im Besuchszentrum, dessen Eröffnung für 2025 geplant ist, soll Platz für Workshops, Wechselausstellungen und Veranstaltungen sein. Außerdem können dort Original-Exponate gezeigt werden, wie z.B. abgeschnittene Kranzschleifen mit politischen demokratischen Botschaften, die die preußische Polizei konfiszierte und ordentlich in den Akten abheftete. Auch die Funde einer archäologischen Grabung aus dem Sommer 2019 auf dem Friedhofsgelände, zum Beispiel wiederentdeckte Grabzeichen aus dem 19. Jahrhundert und Alltagsgegenstände aus früheren Zeiten, sollen dann zu sehen sein.

ZUR AUTORIN

Dr. Susanne Kitschun ist Historikerin und Leiterin des Gedenkortes Friedhof der Märzgefallenen und stellvertretende Vorsitzende des Paul Singer Vereins. Sie ist Mitglied im Sprecher:innenrat der Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte.

ANMERKUNGEN

- 1 **Frank-Walter Steinmeier:** Statement gehalten auf dem Friedhof der Märzgefallenen, am 18.03.2021 (Videomitschnitt).
- 2 **Otto von Bismarck:** Brief vom 16.09.1849 in: **Herbert von Bismarck (Hrsg.):** Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin, Stuttgart 1900, S. 188.
- 3 **Susanne Kitschun:** Der Demokratie-Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen, Konzeption und Perspektiven, in: **Michael Parak / Norbert Böhnke (Hrsg.):** Kommunale Erinnerungskultur und Demokratiegeschichte, Beispiele aus Halle, Berlin und Potsdam, eine Publikation von Gegen Vergessen – für Demokratie e.V., Berlin 2020, S. 71.
- 4 **Adolf Wolff:** Darstellung der Berliner Bewegungen im Jahre 1848 nach politischen, sozialen und literarischen Beziehungen, Berliner Revolutions-Chronik, Band 1, Berlin 1851, S. 325 ff., Zitat S. 326.
- 5 **Wolff:** Revolutions-Chronik, Band 1, S. 119–136, Zitat S. 131; **Manfred Hettling:** Totenkult statt Revolution. 1848 und seine Opfer, Frankfurt am Main 1998, S. 47; **Rüdiger Hachtmann:** Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997, S. 556–560.
- 6 **Rüdiger Hachtmann:** revolutionär durchgelüftet. Berlin im Jahre 1848, in: **Christoph Hamann / Volker Schröder (Hrsg.):** Demokratische Tradition und revolutionärer Geist, Freiburg 2010, S. 28f.; **Bernd Braun:** Märtyrer der Demokratie? Das Hambacher Schloss, der Friedhof der Märzgefallenen in Berlin Friedrichshain und die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt, in: **Thomas Hertfelder / Thomas Lappenküper / Jürgen Lillteicher (Hrsg.):** Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik, S. 250.
- 7 **Rüdiger Hachtmann:** Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997, S. 173–182; **Rüdiger Hachtmann:** Die Revolution von 1848 – eine Jugendrebellion?, in: **Rüdiger Hachtmann / Susanne Kitschun / Rejane Herwig (Hrsg.):** 1848. Akteure und Schauplätze der Berliner Revolution, Freiburg 2013, S. 23–26.

- 8 **Rüdiger Hachtmann:** Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997, S. 216–219; **Manfred Hettling:** Totenkult statt Revolution. 1848 und seine Opfer, Frankfurt am Main 1998, S. 35–41.
- 9 **Mike Rapport:** 1848, Year of Revolution, London 2008, S. IX–XII., **Rüdiger Hachtmann:** Der Friedhof der Märzgefallenen als authentischer Ort der Revolution von 1848 und Angebot nationaler Identität, in: **Susanne Kitschun / Ralph-Jürgen Lischke:** Am Grundstein der Demokratie, Frankfurt am Main 2012, S. 17–20.
- 10 **Mike Rapport:** 1848. Revolution in Europa. Stuttgart 2011, S. 87–92; **Rüdiger Hachtmann:** Berlin 1848: Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997, S. 152–167; zur Vorgeschichte der Berliner Märzrevolution siehe ebd., S. 120 f., 126–131, 137–152.
- 11 **Rüdiger Hachtmann:** Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997, S. 214 f.; **Manfred Hettling:** Totenkult statt Revolution. 1848 und seine Opfer, Frankfurt am Main 1998, S. 20 f.
- 12 **Rüdiger Hachtmann:** Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997, S. 216–219; **Manfred Hettling:** Totenkult statt Revolution. 1848 und seine Opfer, Frankfurt am Main 1998, S. 19, 28–41.
- 13 Protokoll Vollversammlung 10.11.1918, abgedruckt in: **Gerhard Engel u. a. (Hrsg.):** Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates, Bd. 1 (Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Rätekongress), Berlin 1995, S. 15. Zur Erweiterung des Friedhofs 1918 vgl. ausführlich **Oliver Gaida / Susanne Kitschun:** Die Revolutionsopfer von 1918 auf dem Friedhof der Märzgefallenen, Biographien und Hintergründe, in: dies., 1918, Die Revolution und der Friedhof der Märzgefallenen. S. 13–61.
- 14 **Jörg Haspel:** Zum Umgang mit Gedenkort in der Berliner Denkmalpflege, in: **Kitschun / Lischke:** Grundstein Demokratie, S. 51f., hier S. 52; ders.: Der Berliner Friedhof der Märzgefallenen, ein national wertvolles Kulturdenkmal, Berlin 2018, S. 2.

- 15 **Hachtmann:** Berlin 1848, S. 850–855; **Martin Ernerth:** Der Friedhof als Gartendenkmal, in: **Kitschun / Lischke:** Grundstein der Demokratie, S. 32.
- 16 **Laurenz Damps:** 18. März 1848, Zum Gedenken an 100 Jahre Märzrevolution in Berlin, in: **Wolfgang Hardtwig (Hrsg.):** Revolution in Deutschland und Europa 1848/49, Göttingen 1998, S. 11–27.
- 17 Amt für Stadtplanung Friedrichshain, Auflistung der Grabzeichen auf dem Friedhof der Märzgefallenen – Opfer von 1848, undatiert, ca. Februar 1947, in: Landesarchiv Berlin (LAB) C Rep. 135-09, Nr. 64, Bl. 13 f.; **Martin Ernerth:** Der Friedhof als Gartendenkmal, in: **Susanne Kitschun / Ralph-Jürgen Lischke:** Am Grundstein der Demokratie, Frankfurt am Main 2012, S. 31–34; Die Menschen hinter den ‚Helden‘. Individuelles Gedenken auf dem Friedhof der Märzgefallenen, Projekt zur Erforschung der Lage von Grabstellen der Revolutionsopfer von 1848 und 1918 und ihrer Biographien, ag friedhofsmuseum berlin e. V. in Kooperation mit dem Paul Singer Verein, Berlin 2013, S. 8–10.
- 18 **Martin Ernerth:** Der Friedhof als Gartendenkmal, in: **Susanne Kitschun / Ralph-Jürgen Lischke:** Am Grundstein der Demokratie, Frankfurt am Main 2012, S. 34–36; **Jörg Haspel:** Der Berliner Friedhof der Märzgefallenen, ein national wertvolles Kulturdenkmal, Berlin 2018, S. 51 f.; **Susanne Kitschun:** Der Demokratie-Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen, Konzeption und Perspektiven, in: **Michael Parak / Norbert Böhnke (Hrsg.):** Kommunale Erinnerungskultur und Demokratiegeschichte, Beispiele aus Halle, Berlin und Potsdam, eine Publikation von Gegen Vergessen – für Demokratie e.V., Berlin 2020, S. 61f.
- 19 **Rüdiger Hachtmann:** Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997, S. 173–182; **Hachtmann:** Die Revolution von 1848 – eine Jugendrebellion?, in: **Hachtmann / Kitschun / Herwig (Hrsg.):** 1848. Akteure und Schauplätze der Berliner Revolution, Freiburg 2013, S. 23–26.
- 20 **Susanne Kitschun:** Der Demokratie-Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen, S. 73 f. Vgl. auch Online-Datenbank zu den auf dem Friedhof der Märzgefallenen bestatteten Toten: <http://www.friedhof-der-maerzgefallenen.de/datenbank1848>

Andrej Bartuschka / Elisabeth Thalsofer

Die Bundesarchiv- Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in Rastatt -

ein Ort mit bewegter Vergangenheit

Am 12. Mai 1849 herrscht Chaos auf dem Ehrenhof des Rastatter Barockschlosses. Seit Tagen revoltieren die Soldaten der Bundesfestung mit dem Ruf „Wir sind das Volk, das seine Freiheit fordert!“¹ Sie verbünden sich mit freiheitlich gesinnten Bürgern, bekennen sich zu der von der Frankfurter Nationalversammlung beschlossenen gesamtdeutschen Verfassung und verlangen von ihren Vorgesetzten einen Eid auf die Verfassung und eine bessere Behandlung.

Der mit zusätzlichen Truppen aus Karlsruhe herbeigeeilte badische Kriegsminister Friedrich Hoffmann schafft es nicht, die Aufständischen zum Aufgeben zu bewegen. Sein Versuch, die Revolte gewaltsam niederzuschlagen, scheitert dramatisch: der Unteroffizier Konrad Heilig wirft sich vor die Mündung einer vor dem Rastatter Schloss aufgestellten Kanone, die auf die Aufständischen zielt. Hoffmanns Soldaten verbrüdernd sich mit ihren rebellierenden Kameraden. Dem Kriegsminister bleibt nur die eilige Flucht.

Von Rastatt aus greift der Aufstand auf ganz Baden über. Der badische Großherzog flieht außer Landes und ruft Truppen des deutschen Bundes zur Hilfe. Diese marschieren unter Führung Preußens in Baden ein und drängen die zahlenmäßig unterlegenen Revolutions-truppen in erbitterten Kämpfen immer weiter zurück. Die Festung Rastatt wird zur letzten Bastion der Revolution – die Bundesfestung wird zur Freiheitsfestung.

Während der Belagerung Rastatts durch die Preußen dient das Schloss den Aufständischen als Hauptquartier und Spähposten. Nach fast einmonatiger Belagerung müssen sie am 23. Juli 1849 kapitulieren. Nach der Kapitulation werden 47 Revolutionäre im prunkvollen Ahnensaal des Schlosses von einem preußischen Standgericht abgeurteilt, 19 werden in Rastatt hingerichtet. Einer von ihnen ist Konrad Heilig. In ganz Baden werden zahlreiche andere Aufständische zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, erhalten Berufsverbote, müssen außer Landes gehen oder hohe Geldstrafen zahlen.

In seiner langen Geschichte ist das Rastatter Schloss schon zuvor Schauplatz wichtiger Ereignisse gewesen. Als älteste Barockresidenz am Oberrhein wird es um 1700 auf Geheiß des Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden-Baden nach dem Vorbild des Versailler Schlosses erbaut. Der hier 1714 geschlossene Rastatter Frieden ist von welthistorischer Bedeutung, beendet er doch den global geführten Spanischen Erbfolgekrieg. 1797 bis 1799 verhandeln in Rastatt schließlich das revolutionäre Frankreich und Österreich vergeblich über die Umsetzung des zuvor bei Campo Formio geschlossenen Friedensvertrages. Die Bemühungen enden mit dem berüchtigten Rastatter Gesandtenmord, bei dem unter bis heute umstrittenen Umständen zwei französische Diplomaten ermordet werden.²

Das 1946 bis 1954 im Schloss tagende Tribunal Général macht Rastatt zu einem wichtigen Zentrum für die juristische Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen. Und hier zeigt sich, dass es vor allem die herausgehobene Rolle Rastatts in der Revolution von 1848/49 ist, die in Europa in Erinnerung bleibt: Als nach dem Zweiten Weltkrieg im Rastatter Schloss das Oberste Gericht der französischen Besatzungszone eingerichtet wird, argumentieren die obersten Würdenträger der Militärverwaltung auch mit der Absicht, die Deutschen an diesem historischen Ort an ihren eigenen Freiheitskampf vor einhundert Jahren zu erinnern.

Gustav Heinemann und die Erinnerungsstätte

Die revolutionäre Vergangenheit des Rastatter Schlosses gibt auch den Ausschlag, als Bundespräsident Gustav W. Heinemann zu Beginn der 1970er Jahre nach einem geeigneten Standort sucht, um einen lebendigen Ort der Anschauung und Begegnung mit den Freiheitsbewegungen und den demokratischen Traditionen der deutschen Geschichte zu schaffen. Heinemann ist der festen Überzeugung: Nur wer seine historischen Wurzeln kennt, kann sich als politisch mündiger Bürger

einmischen und die staatliche und gesellschaftliche Ordnung mitgestalten. Ein nationaler Gedenkort für die freiheitlich-demokratischen Traditionen der Revolution von 1848/49 soll zur Herausbildung eines demokratischen Geschichtsbewusstseins beitragen.

Die Wichtigkeit eines demokratischen Bewusstseins und die Anstrengungen und persönlichen Opfer, die 1848/49 für Demokratie und Mitbestimmung eingegangen wurden, beschäftigen Heinemann seit seiner Jugend. Das hat auch familiäre Gründe: ein Großonkel starb in der „Freiheitsfestung“ Rastatt an seinen Kampfverletzungen, ein anderer musste wegen der Teilnahme an der Revolution ins Exil gehen. „Für Frieden und Freiheit, für Republik und Demokratie! Ich werde an Euch denken!“³ Dieses Versprechen notiert Gustav Heinemann im Andenken an seine Vorfahren 1919 als 20-Jähriger in sein Tagebuch.

In seiner Amtszeit als Bundespräsident von 1969 bis 1974 prägt Gustav Heinemann dementsprechend einen neuen Stil: Er versteht sich als „Bürgerpräsident“, verzichtet auf großes Zeremoniell und veranstaltet zum ersten Mal einen „Tag der offenen Tür“ in seinem Amtssitz, der Villa Hammerschmidt. Seit seiner Wahl zum Bundespräsidenten strebt er die Gründung eines Erinnerungsortes für die deutschen Freiheitsbewegungen an. Bei seinem Antrittsbesuch in Baden-Württemberg 1970 verbringt er zwei Tage in Rastatt. Er trifft dort mit den Historikern Werner Conze und Eberhard Jäckel zusammen, um über seine Idee einer Erinnerungsstätte zu beraten. Auch das Hambacher Schloss und die Paulskirche in Frankfurt am Main sind für diesen ersten aus Bundesmitteln finanzierten und vom Bund getragenen Erinnerungsort im Gespräch.

Im Laufe der nächsten Jahre wächst die Zahl der Unterstützer: Innenminister Hans-Dietrich Genscher befürwortet das Projekt und erreicht bei Finanzminister Helmut Schmidt die Bereitstellung der notwendigen Gelder. Eberhard Jäckel interessiert den Präsidenten des Bundesarchivs, Hans Booms, für die Idee. Viele wertvolle Dokumente zu den Ereignissen von 1848/49 – von Flugschriften, Karikaturen und Drucksachen über



Bundespräsident Heinemann bei der Eröffnungsrede
© BArch Bild 146-1974-177-03

Dokumente zum parlamentarischen Prozess oder auch den Entwicklungen in der Bundesfestung Rastatt – befinden sich in den Beständen des Bundesarchivs.

Die Wahl des Ortes fällt schließlich auf Rastatt: Das Land Baden-Württemberg beteiligt sich an den Kosten für die Schaffung geeigneter Ausstellungsräume im Rastatter Residenzschloss, die Stadt Rastatt sichert die Übernahme der Betriebskosten zu.

Für die Renovierung der Schlossräume und die Konzeption der Ausstellung verbleiben nur wenige Monate. Als thematischen Schwerpunkt sieht Heinemann die Revolution von 1848/49: „Das Schwergewicht sollte auf den Ausstellungsteilen ‚Vormärz‘ und ‚Ereignisse 1849‘ liegen. Diese beiden Themen, mit einem verbindenden Teil über die Revolution von 1848, soll das wesentliche Element der Ausstellung sein“, notiert Ministerialdirigent Fritz Caspari nach einer Besprechung mit dem Bundespräsidenten.⁴ Kurz vor dem Ende seiner Amtszeit eröffnet Gustav Heinemann am 26. Juni 1974 die „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“.

Anfangs umfasst die im Rastatter Schloss eröffnete Ausstellung der Erinnerungsstätte nur wenige Räume und verfügt mit 385 Quadratmetern Fläche über eher geringe Präsentationsmöglichkeiten. Doch im Laufe der folgenden Jahre werden immer mehr Schlossräume für die Ausstellung geöffnet, bis sie sich auf zwei Stockwerke und mehr als 1.200 Quadratmeter ausdehnt. Auch der inhaltliche Fokus wird sukzessive erweitert: Um ihrem Namen gerecht zu werden, versucht die Ausstellung schließlich die gesamte Spannweite der Freiheitsbewegungen der deutschen Geschichte zu umfassen – vom Deutschen Bauernkrieg des 16. Jahrhunderts über die Aufklärung und Mainzer Republik, über die Ereignisse der Märzrevolution bis hin zum Kaiserreich, der Weimarer Republik, den Widerstandsgruppen gegen die nationalsozialistische Diktatur und der Opposition in der DDR.⁵

Von diesem überbordenden Anspruch einer „Universalgeschichte“ der Demokratieentwicklung in Deutschland hat sich die Erinnerungsstätte inzwischen wieder abgewandt und strebt vielmehr eine Rückbesinnung auf

ihre Wurzeln an: Mit der grundlegenden Neukonzeption der Dauerausstellung, die derzeit erarbeitet wird, soll der Fokus wieder auf die Ereignisse von Vormärz und Revolution 1848/49 gelegt werden. Das breite Spektrum der „Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ wird nach der Neugestaltung anhand von wechselnden Sonderausstellungen auf einer größeren Sonderausstellungsfläche thematisiert werden können.

Schmuckstücke der Ausstellung

Angesichts der Rolle, die das Schloss während der dramatischen Ereignisse 1849 spielte, ist der beeindruckende Barockbau wohl das größte Objekt: Die Besuchenden erreichen die Erinnerungsstätte über den Ehrenhof des Schlosses, auf dem im Mai 1849 die angetretenen Soldaten der Bundesfestung Rastatt revoltierten.

Die im Erdgeschoss befindliche Ausstellung zu den Freiheitsbewegungen im 19. Jahrhundert beherbergt zahlreiche besondere Exponate. Unter anderem findet sich hier mit dem „Tanz um den Freiheitsbaum“ ein historisches Gemälde aus der Zeit der Französischen Revolution, dessen ikonographischer Charakter dazu führt, dass es in zahlreichen Geschichtsbüchern, Wanderausstellungen oder auch auflagenstarken Geschichtszeitschriften immer wieder Abdruck findet.

Weit weniger bekannt, aber nicht minder eindrucksvoll ist das Faksimile eines Heine-Briefes, in dem der Dichter in der ihm üblichen ironisch-bissigen Art bei der deutschen Bundesversammlung gegen das Verbot seiner Werke protestiert und nichts weniger als „freyes Wort“ fordert. Das Thema Zensur und Überwachungsstaat im Vormärz veranschaulicht auch das Faksimile des im Bundesarchiv aufbewahrten „Schwarzen Buches“, in dem die 1833 eingerichtete Bundeszentralbehörde sämtliche Personen erfasste, die wegen politischer Delikte belangt wurden.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass die Erinnerungsstätte zwar eine Fülle originaler Objekte zeigt, die schriftlichen Zeugnisse hingegen als Faksimiles ausgestellt werden, obwohl sich die meisten Originale in den Beständen des Bundesarchivs befinden. Dies hat mit konservatorischen Gründen und dem besonderen Wert von Archivgut zu tun, das in der Regel einzigartig ist. Der gesetzliche Auftrag des Bundesarchivs als „Gedächtnis der Nation“ besteht darin, die ihm überantworteten Zeugnisse der Vergangenheit dauerhaft für die Nachwelt aufzubewahren, zu sichern und zugänglich zu machen. Eine permanente Präsentation in Ausstellungen würde diesem Auftrag zuwiderlaufen, so dass das Archivgut des Bundes in der Erinnerungsstätte „nur“ in Form von Faksimiles gezeigt werden kann.

Im Kontrast dazu stehen originale Exponate wie die silberne Bürgerkrone des badischen Abgeordneten Karl Joseph Mittermaier, die – heute von manchen Besuchenden ungläubig belächelt – veranschaulicht, welches Ansehen Abgeordnete damals genießen konnten und mit welcher Dankbarkeit und mit welchen Hoffnungen Bürgerinnen und Bürger der Repräsentation in Parlamenten begegneten. Nicht zu Unrecht galten die Länderparlamente derjenigen deutschen Staaten, die wie das „demokratische Musterländle“ Baden bereits vor 1848 eine Verfassung erhalten hatten, als „Schulen des Parlamentarismus“, aus denen zahlreiche namhafte Teilnehmer der Revolution von 1848/49 hervorgingen.

Zu den Kollegen Mittermaiers gehörte auch der 1848 für sein außerparlamentarisches und radikal-demokratisches Vorgehen ebenso berühmte wie umstrittene Friedrich Hecker. Obwohl sein Versuch, eine deutsche Republik auch gegen den Willen seiner gemäßigten Mitrevolutionäre gewaltsam durchzusetzen im April 1848 blutig scheitert, ist er besonders in Baden unvergessen. Das in der Erinnerungsstätte hängende zeitgenössische Porträt zeigt den heute teilweise ironisch als „badischen Che Guevara“ bezeichneten Hecker ungewöhnlich bürgerlich gekleidet, ganz ohne die ikonischen Stulpenstiefel, die blaue Bluse und den federbesetzten Hut.



Tanz um den Freiheitsbaum, © Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte

Ein besonderer Schwerpunkt der Ausstellung liegt auf der Arbeit des ersten gesamtdeutschen Parlamentes in der Paulskirche. Von dieser zeugt unter anderem der originale Kabinettstisch der von den Frankfurter Parlamentariern geschaffenen provisorischen Regierung Deutschlands, wie auch – als Faksimile – das „Einführungsgesetz über die Grundrechte des Deutschen Volkes“ eine der herausragenden Leistungen des Paulskirchenparlamentes. Die Grundrechte garantierten allen Staatsangehörigen Glaubens- und Pressefreiheit sowie das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren, und sie schafften die Todesstrafe ab. Auch wenn die adligen Herrscher die von der Nationalversammlung verabschiedeten Grundrechte nach dem Scheitern der Revolution bald wieder außer Kraft setzten, übernahmen sowohl die Weimarer

Reichsverfassung von 1919 als auch das Grundgesetz manche Artikel fast wortgenau.

Dass sich in der Ausstellung besonders viele Gegenstände aus dem persönlichen Besitz Robert Blums finden, verdankt die Erinnerungsstätte den Nachfahren des Anführers der gemäßigt demokratischen Fraktion „Deutscher Hof“ der Nationalversammlung. Zu den Dauerleihgaben gehören Kuriosa wie Blums Bartkamm und sein bei Tisch genutzter Serviettenring. Vor allem aber zählt dazu der emotional anrührende Abschiedsbrief, den der wegen der Beteiligung an der Verteidigung des revolutionären Wiens durch ein österreichisches Standgericht zum Tode verurteilte Blum unmittelbar vor seiner Hinrichtung an seine Frau schrieb. Gezeigt wird auch eine schwarz-rot-goldene Schärpe, die Blum wohl beim Einzug in die Paulskirche trug.

Die Erschießung des prominenten Politikers Robert Blum war ein Ausdruck der ab Herbst 1848 zunehmenden Stärke der Reaktion. Auch das tragische Ende der Revolution von 1848/49 in Rastatt wird in der Ausstellung veranschaulicht – unter anderem mit dem Säbel des eingangs erwähnten Unteroffiziers Konrad Heilig.

Sonderausstellungen und didaktische Angebote

Heute ist die Erinnerungsstätte ein Forum für historisch-politische Bildung und ein außerschulischer Lernort, der dazu beiträgt, junge Menschen für die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu sensibilisieren. Seit 1995 unterstützt ein Förderverein die Arbeit der Erinnerungsstätte, die seit 2019 Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“ ist.

Die Dauerausstellung der Erinnerungsstätte wird durch ein abwechslungsreiches Veranstaltungsprogramm ergänzt. Jedes Jahr präsentieren vom Bundesarchiv konzipierte oder von anderen Institutionen ausgeliehene Sonderausstellungen neue Facetten und Blickwinkel zum Thema Freiheitsbewegungen und Demokratiegeschichte. Vorträge und Filmvorführungen begleiten die Wechselausstellungen. Ein besonderer Jahreshöhepunkt ist die von der Erinnerungsstätte, dem Förderverein und der Stadt Rastatt organisierte Carl-Schurz-Vorlesung, die sich am 23. Juli, dem Jahrestag der Kapitulation der „Freiheitsfestung Rastatt“, aktuellen gesellschaftspolitischen Themen widmet. Buchlesungen, Vorträge, Fachkonferenzen, Theateraufführungen, Zeitzeugengespräche sowie Aktionstage und Sonderführungen runden das Programm der Erinnerungsstätte ab. Mehrmals im Jahr finden Weiterbildungen statt, in denen sich angehende oder bereits aktive Lehrkräfte mit der Erinnerungsstätte und ihren didaktischen Angeboten vertraut machen.

Im Schnitt besuchen jedes Jahr etwa 160 Gruppen die Erinnerungsstätte, darunter viele Schulklassen, die

fast ein Drittel der Besuchenden ausmachen. Neben den sechs Themenführungen, die sich unterschiedlichen Schwerpunkten der Ausstellung widmen, bietet die Erinnerungsstätte didaktische Projekte zur eigenständigen Durchführung an. Die Angebote richten sich an Schulen, Fachhochschulen, Universitäten und Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Sie orientieren sich an Alter und Vorkenntnissen der Teilnehmenden und sind je nach Format für eine Dauer von einer halben bis drei Stunden konzipiert. Die breitgefächerte Themenauswahl bietet Lehrkräften vielfältige Möglichkeiten, den Besuch in der Erinnerungsstätte in die eigene Unterrichtsgestaltung zu integrieren. Ob Lernkrimi, Bilderpuzzle, Quiz, selbstgemachte Museumsführung, Radioreportage oder Revolutionärs-Interview: die angebotenen Projekte ermöglichen eine intensive selbstständige Auseinandersetzung mit Einzelaspekten der Ausstellung.

Für Jugendliche und junge Erwachsene ab 16 Jahre besteht zudem die Möglichkeit, mit Unterstützung erfahrener Schulpädagogen halbtägige Workshops zu den Themen „Das Recht auf Meinungsfreiheit“, „Freiheit in Gefahr?“ und „Gewalt - eine legitime Form des Widerstands?“ durchzuführen.

Ein Blick in die Zukunft

Wie alle Gedenkorte und Museen steht auch die Erinnerungsstätte vor der Herausforderung, mit ihrer Dauerausstellung aktuellen Forschungserkenntnissen und den sich wandelnden Erwartungen und Rezeptionsgewohnheiten der Besuchenden Rechnung zu tragen. Teile der Ausstellung sind inzwischen über zwanzig Jahre alt. Deshalb wurde mit einer umfassenden Neukonzeption und Überarbeitung der Ausstellung begonnen. Im Rahmen dessen soll der historische Ort Rastatt sowie lokal- und regionalgeschichtliche Bezüge zur Revolution von 1848/49 stärker in den Mittelpunkt der Präsentation gerückt werden. Sie bilden den Ausgangspunkt, um die Perspektive zu weiten und nach

europäischen Verbindungslinien zu suchen. Ein vergrößerter Sonderausstellungsbereich und der Ausbau der digitalen und multimedialen Angebote der Erinnerungsstätte, die künftig in allen Bereichen barrierefrei zugänglich sein wird, sollen dazu beitragen, dass die Erinnerungsstätte auch weiterhin ein lebendiger Ort der Begegnung mit der deutschen Freiheitsgeschichte bleibt.

ZU DEN AUTOR:INNEN

Dr. Andrej Bartuschka

ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte mit dem Projekt der Neukonzeption der Dauerausstellung beauftragt. Vor seiner Arbeit für das Bundesarchiv war er als Koordinator der KZ-Gedenkstätte „Laura“, als freiberuflicher Historiker sowie als Museumsvolontär am Technoseum in Mannheim tätig.

Dr. Elisabeth Thalsofer

ist Historikerin und wissenschaftliche Archivarin. Seit 2010 leitet sie die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Sie ist unter anderem Mitglied in den Kuratorien des Friedhofs der Märzgefallenen und der Siebenpfeiffer Stiftung sowie im Beirat der Salmengespräche Offenburg.

ANMERKUNGEN

- 1 Landesarchiv Baden-Württemberg, Generallandesarchiv Karlsruhe, N Mone Nr. 25:147f, zit. nach: **Peter Hank**: „Soldatenerhebung und Amalie Struve“, in: **Peter Hank / Heinz Holoczek / Christian Jung / Martina Schilling**: Rastatt und die Revolution von 1848/49. Von der Freiheitsfestung zur preußischen Besetzung (Stadtgeschichtliche Reihe Bd. 6,2), Rastatt 2001, S. 125-242, S. 190.
- 2 Vgl. **Wolfgang Froese / Martin Walter (Hrsg.)**: Schloss Rastatt, Schloss Favorite. Menschen, Geschichte, Architektur (Sonderveröffentlichung des Kreisarchivs Rastatt Bd. 8), Gernsbach 2011.
- 3 Tagbucheintragung Gustav Heinemanns vom 30.12.1919, zit. nach: **Thomas Flemming**: Gustav W. Heinemann. Ein deutscher Citoyen, Essen 2014, S. 17.
- 4 Vermerk Ministerialdirigent Caspari Fritz, Stellvertretender Chef des Bundespräsidialamtes, 06.05.1973, BArch, B 122/6738.
- 5 Vgl. Ausstellungskatalog Einigkeit und Recht und Freiheit. Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Katalog der ständigen Ausstellung, Bönen 2002.

Katerina Ankerhold / Lea Braun

1848 lernen am historischen Ort – Der Salmen Offenburg

Der Offenburger Salmen ist Zeitzeugnis zweier völlig konträrer Phasen der deutschen (Demokratie-)Geschichte, die ihn in ihrer Ambivalenz zu einem einzigartigen Ort machen. Unter anderem verkündeten die späteren Revolutionäre Friedrich Hecker und Gustav Struve 1847 im Salmen ihre „13 Forderungen des Volkes“ – den ersten Grundrechtekatalog auf deutschem Boden. Ein neues multimediales Gesamtkonzept wird ab Mai 2022 die bewegte Geschichte des Salmen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

Die Geschichte des Offenburger Salmen beginnt 1787 – in diesem Jahr wird das Gebäude zum ersten Mal als Gasthaus, Poststation und Anwerbelokal für Soldaten erwähnt. Wenige Jahre später wird es um einen Festsaal über den Stallungen im Hinterhof erweitert, der fortan nicht nur für kulturelle, sondern auch zunehmend für politische Veranstaltungen dient, etwa für die erste direkte und freie Wahl des Offenburger Bürgermeisters im Jahr 1832. In den 1840er Jahren entwickelt sich in Offenburg immer deutlicher ein politisch liberales Klima; 1843 feiert die Stadt das 25-jährige Bestehen der Badischen Verfassung – im Salmen. Begünstigt durch die damals neue Anbindung an die Eisenbahn und unterstützt von dem amtierenden liberalen Bürgermeister Gustav Rée findet am

12. September 1847 in Offenburg die Versammlung der „Entschiedenen Freunde der Verfassung“ rund um die späteren Revolutionäre Friedrich Hecker und Gustav Struve statt. Veranstaltungsort ist wieder der Salmen. Auch bei dieser als Wahlveranstaltung getarnten Versammlung spielt die Badische Verfassung eine zentrale Rolle. Das Dekor ähnelt dem der Feierlichkeiten von 1843: Im Saal ist ein Rednerpult aufgebaut, Büsten unter anderem von Verfassungsgeber Großherzog Karl, eine Verfassungsurkunde, das Porträt des Großherzogs und Laubgirlanden schmücken den Festsaal. Doch diese Veranstaltung hat eine politisch andere Dimension. Daher sind neben den bewährten Elementen auch Porträts von bekannten Oppositionspolitikern zu sehen. Liberale aus ganz Baden reisen zu der Versammlung nach Offenburg. Schließlich oszilliert der Charakter der Veranstaltung zwischen einem Parteifest der oppositionellen Bewegung, einer Wahlveranstaltung für den lokalen Kandidaten für die Zweite Kammer der Badischen Ständeversammlung Christian Kapp und dem Bekenntnis zur Badischen Verfassung. Im Salmen versammeln sich an diesem Septembernachmittag 900 Menschen, Bürger verschiedener Berufsgruppen und Bildungsniveaus, darunter auch Frauen.

Weitreichende Versammlung

Das Präsidium im Saal ist keineswegs zufällig mit allen in Deutschland vertretenen Konfessionen besetzt: vier Katholiken, zwei Protestanten, ein Deutsch-Katholik und ein Vertreter der jüdischen Glaubensgemeinschaft. Beruflich dominieren Juristen: neben Bürgermeister Rée die Gerichtsadvokaten Gustav Struve, Friedrich Hecker und Elias Eller. Vor dem bis an den Rand gefüllten Saal verkünden die Entschiedenen Freunde der Verfassung die „13 Forderungen des Volkes“, die die Badische Verfassung wiederherstellen und sie weiterentwickeln sollen. Gefordert werden unter anderem Presse-, Gewissens- und Lehrfreiheit, die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung, die Garantie persönlicher Freiheiten sowie sozialpolitische Ziele wie der Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit. Die Forderungen werden von den Anwesenden mit tosendem Beifall angenommen. Das breite Interesse an der Versammlung und die Unterstützung durch das anwesende Volk machen aus dem Treffen in Offenburg einen revolutionären Akt mit Relevanz für ganz Baden und aus den Forderungen den ersten Grundrechtskatalog auf deutschem Boden.

Denkmal von nationaler Bedeutung

Die Geschichte des Salmen geht noch weiter. Seine Bedeutung wendet sich knapp ein Jahrhundert später. Nachdem die jüdische Gemeinde Offenburgs das Gebäude im Jahr 1875 erworben und es mehrere Jahrzehnte als Synagoge genutzt hat, erlischt der Glanz des Aufbruchs und der Freiheit, als der Gebetsraum in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, der sogenannten Reichspogromnacht, von den örtlichen Nationalsozialisten geschändet und verwüstet wird. Die jüdischen Männer werden noch am selben Tag abgeholt und nach Dachau gebracht. Die übrigen Mitglieder der jüdischen Gemeinde werden zwei Jahre später in das Lager Gurs in Südfrankreich und später in die Vernichtungslager im Osten deportiert. Nur wenige überleben den Holocaust.

Nach dem Krieg gerät die Geschichte des Salmen für mehrere Jahrzehnte in Vergessenheit. Der Saal dient als Lagerraum eines Elektrogeschäfts, von seiner bewegten und ambivalenten Geschichte keine Spur. Erst in den 1970er Jahren setzt die Wiederentdeckung des Salmen als bedeutender historischer Ort ein. 1975 bringt man eine Gedenktafel für die jüdische Gemeinde an der historischen Fassade an. In den Folgejahren wird die Beschäftigung mit dem Salmen und seiner Geschichte langsam intensiver. Als Offenburg 1997lässlich des 150-jährigen Jubiläums der Verkündung der „13 Forderungen des Volkes“ ein großes Volksfest feiert, das ein Wochenende lang die gesamte Innenstadt einnimmt, wird der Salmen als historisch bedeutsamer Ort auch in der Stadtgesellschaft wieder bekannter.

Die Stadt Offenburg entscheidet sich, das Gebäude zu kaufen und veranlasst einen Umbau, der das Haus zu einem Ort des Gedenkens macht. Im Beisein des damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau wird der Salmen 2002 zum „Denkmal von nationaler Bedeutung“. Eine kleine Ausstellung zur Geschichte des Salmen sowie ein Gedenkraum für die Opfer der jüdischen Gemeinde Offenburgs werden eröffnet. In den darauffolgenden Jahren etabliert sich der Salmen vor allem aber als beliebter Veranstaltungsort in der Stadt. Kulturveranstaltungen füllen den historischen Saal mit Leben. Zugleich wird genau dort, wo mehr als 150 Jahre zuvor den ersten Freiheitsbestrebungen Gehör verschafft wurde und ein Jahrhundert später eben diese mit Füßen getreten wurden, auch Politik gemacht: Der Gemeinderat der Stadt Offenburg tagt im Salmensaal.

Moderner Ort des Erlebens und Erinnerns

Nun ist Zeit für mehr. In seiner Vielschichtigkeit repräsentiert der Salmen heute wie damals zwei völlig konträre Aspekte unserer jüngeren Geschichte. Dies noch stärker erfahr- und erlebbar zu machen und zugleich in Zusammenhang mit uns im Hier und Jetzt zu

stellen, hat sich die Stadt Offenburg mit der Ausarbeitung eines neuen Konzepts für den Salmen zur Aufgabe gemacht. Derzeit wird das Gebäude mit Bundesfördermitteln umgebaut sowie inhaltlich neu konzipiert. Im Mai 2022 wird der Offenburger Salmen als moderner Erlebnis- und Erinnerungsort neu eröffnet.

Wie aber diese bewegte Geschichte einer breiten Zielgruppe näherbringen? Wie historisches Wissen vermitteln, ohne dass es langweilig wird und insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene spannend bleibt? Wichtigstes Ziel bei der Neukonzeption des Salmen war es, eine moderne und für viele Menschen greifbare Art der Vermittlung auf verschiedenen medialen Ebenen zu finden und so unterschiedliche Anknüpfungspunkte für unterschiedliche Zielgruppen zu bieten. Eine der wichtigsten Leitfragen war: Was hat das alles eigentlich mit uns heute zu tun? Bezüge vom Vergangenen zur Lebenswirklichkeit der Besucher:innen aufzuzeigen und das Geschehene in einen Zusammenhang mit heute relevanten Fragen von Menschenrechten und Demokratie zu stellen, darum geht es im multimedialen Vermittlungskonzept des „neuen“ Salmen. Verschiedene Elemente machen das Gesamtkonzept aus, von denen hier die wichtigsten vorgestellt werden sollen.

Museale Ausstellung

In zwei Räumen wird die Geschichte des Salmen in einer Ausstellung präsentiert. Die Empore im historischen Salmensaal bietet dabei den Raum für die Ereignisse rund um die Verkündung der 13 Forderungen des Volkes am 12. September 1847 sowie deren Vor- und Nachgeschichte. Die Herausforderung bei der Ausstellungsgestaltung bestand hier vor allem darin, dass im Wesentlichen Textdokumente, wenig Bildmaterial und kaum Objekte existieren. Zudem ist der Platz naturgemäß begrenzt. Drei Lösungsansätze machen das Konzept der neuen Ausstellung aus:

1. Die Ausstellung ist auf wenige ausgewählte (Text-) Dokumente beschränkt. Zentrales Exponat ist das Original-Flugblatt mit den 13 Forderungen von 1847. Daneben werden einige wenige weitere Ausstellungsstücke präsentiert.
2. Der Raum selbst ist das wichtigste Ausstellungsobjekt: Hier an Ort und Stelle wurden die 13 Forderungen vor einer großen Menschenmenge verkündet. Die Empore – zuletzt durch verschiedene Wände und Fenster zugebaut und nun wieder vollständig von allen raumteilenden Einbauten befreit und damit baulich in ihren ursprünglichen Zustand zurückversetzt – gibt den Blick frei in den historischen Saal, sozusagen das Herzstück des Salmen.
3. Neben der Darstellung der historischen Ereignisse nimmt einen ebenso großen Raum unser heutiges Grundgesetz ein. Wie stehen unsere Grundrechte, die die Grundlage unserer Demokratie bilden, mit den 13 Forderungen von damals in Verbindung? Welche Parallelen gibt es und was heißt das für uns?

Sprechender Tisch

Verbindendes Element zwischen den beiden Ausstellungsbereichen auf der Empore bildet ein „Sprechender Tisch“: Auf einem Holztisch wird mittels Projektion von der Decke eine Szene in einer heutigen Familie gezeigt, die beim Abendessen über Grund- und Menschenrechte diskutiert. Eltern, Oma, Tochter und deren Freund unterhalten sich über Alltägliches, so entsteht ein Gespräch über Themen wie Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit oder Rassismus, die den Charakteren und damit auch uns allen im täglichen Leben begegnen (könnten). Auf diese Weise bietet die Szene am Tisch, bei der von den Figuren lediglich die Hände und das, was auf dem Tisch passiert, zu sehen sind, eine Identifikationsfläche für die Besucher:innen unterschiedlichen Alters. Das Gespräch stellt einen direkten Bezug zur



Salmen Still Film Frame, © blubb.media

Lebenswirklichkeit des Publikums her, macht die im Salmen diskutierten Themen direkt greifbar und die Werte von damals und heute erlebbar. Der „Sprechende Tisch“ schlägt so eine Brücke zwischen der Präsentation der historischen Ereignisse auf der einen und der Beschäftigung mit unserem heutigen Grundgesetz auf der anderen Seite.

Interaktives Element „Gedankenspiele“

Ein ähnliches Ziel – die Themen im Salmen für die Besucher:innen greif- und erlebbar zu machen – hat ein interaktives Element, das den Arbeitstitel „Gedankenspiele“ trägt und den Rundgang durchs gesamte Haus von Anfang bis Ende begleitet. Als eigenständiges Element soll es zur Interaktion einladen und zur Reflexion der behandelten Themen anregen. An einzelnen Stationen wird jeweils eine Frage gestellt und die Besucher:innen können aus mehreren Antwortmöglichkeiten die auf sie am ehesten zutreffende auswählen und wie einen Notizzettel mitnehmen. Auf der Rückseite dieser Antwortzettel wird den Besucher:innen jeweils eine Information oder ein Gedankenimpuls mitgegeben.

Reflektiert werden Fragen, die inhaltlich im Bezug zur Ausstellung stehen, aber auch ohne die Ausstellung funktionieren – angefangen bei „Was ist denn eigentlich Freiheit?“ oder „Was bedeutet Demokratie?“ bis hin zu der Frage danach, was die eigene Familie während der Zeit des Nationalsozialismus getan hat. Mittelpunkt der Stationen ist auf der Empore die Frage nach dem Bezug unseres Grundgesetzes zu den 13 Forderungen von 1847. Die Besucher:innen können hier selbst aktiv werden, indem sie ihre Antworten auf bereitgestellte Zettel schreiben und diese an die Wand pinnen oder die Antworten vorheriger Besucher:innen kommentieren. So entsteht nach und nach eine Wand voller individueller Assoziationen zu dieser Thematik und es wird plötzlich sehr deutlich: Die Themen von damals gehen uns heute alle noch an. Der Bezug zur eigenen Wirklichkeit wird hergestellt, Berührungsangst vor historischem, potenziell sperrigem Stoff abgebaut. Durch die eigene aktive Teilhabe am Geschehen wird auch für solche Besucher:innen, die noch keinen oder nur wenig Bezug zu musealen Präsentationen und zur Geschichte haben, sehr deutlich spürbar, weshalb die Fragen von damals für jede:n Einzelne:n heute brisant sind.

Multimediaschau im Salmensaal – Der authentische Ort als erlebbarer Raum

Als weiterer, vielleicht wichtigster Teil des neuen Konzepts für den Offenburger Salmen entsteht derzeit eine Multimediaschau, die später im historischen Salmensaal gezeigt werden soll. Es handelt sich dabei um einen circa 25-minütigen Spielfilm, der über eine fiktive Geschichte in Anlehnung an die tatsächlichen historischen Ereignisse die Geschichte des Salmen erzählt. Über die Filmfiguren, die teils erfunden sind, teils tatsächlich existierenden Personen entsprechen, wird spannend und emotional erzählt, was sich im Salmen zugetragen hat.

Dabei handelt es sich nicht um einen normalen Spielfilm, sondern um eine 270-Grad-Projektion. Die Zuschauer:innen werden also förmlich umrundet vom filmischen Geschehen: Der Film spielt sich auf drei Wänden ab und macht so nicht nur die historischen Ereignisse, sondern auch den Raum selbst als historischen Ort erlebbar. So tauchen wir beim Betrachten beispielsweise mitten in die Versammlung im Salmen am 12. September 1847 ein: Der Saal ist rappellvoll, gespanntes Gemurmel und Getuschel umgibt uns rechts und links, während vorne auf dem Rednerpult Friedrich Hecker die 13 Forderungen verliest, was die Menge ringsum immer wieder zu jubelndem Beifall motiviert. Wir sind mitten drin im Geschehen und werden Teil des Ereignisses.

Gelebte Demokratie

Nicht zuletzt nehmen die Besucher:innen während der Spielzeiten des Films dort Platz, wo nicht nur schon vor 175 Jahren freiheitliche Grundrechte gefordert wurden, sondern wo auch heute Demokratie gelebt wird: Neben dem öffentlichen Besucherbetrieb wird der Salmensaal nämlich künftig auch fester Sitz des Offenburger Gemeinderats sein. Im Saal wird daher eine parlamentarische Bestuhlung aufgestellt, auf der auch die Zuschauer:innen Platz nehmen, wenn die Multimediaschau

läuft – der Salmen als Ort der Demokratiegeschichte und der lebendigen Demokratie.

Neben den hier beschriebenen wird es noch weitere Angebote vor allem zur Partizipation geben: ein Workshopraum für Gruppen und als Ort politischer Bildung, eine Sonderausstellungsfläche für Projektergebnisse aus der Offenburger Bürgerschaft sowie ein Veranstaltungsprogramm rund um die Themen Demokratie und Menschenrechte. In der Gesamtheit entsteht im Salmen ein moderner Ort des Erlebens und Erinnerns, an dem eine breite Öffentlichkeit (Demokratie-) Geschichte multimedial erleben und in den Kontext unserer heutigen Wahrnehmung von Demokratie und Menschenrechten stellen kann. Die Eröffnung findet am 13. Mai 2022 unter anderem im Beisein von Dr. Josef Schuster, Vorstand des Zentralrats der Juden in Deutschland, statt.

AUTORINNEN

Katerina Ankerhold

ist Leiterin des Offenburger Salmen und verantwortet die Neukonzeption sowie später die Etablierung des Salmen als Erlebnis- und Erinnerungsort. Zuvor war sie als Projekt- und Redaktionsleitung im PR- und kulturjournalistischen Bereich sowie in Theater und Fernsehen tätig.

Lea Braun

studiert an der Universität Freiburg Geschichte und Bildungswissenschaften und führt für die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg Bildungsangebote durch. In Offenburg arbeitet sie daran, dass man den Salmen bald auch per App erkunden kann.

ANMERKUNGEN

Quelle für den historischen Part: Rainer Schimpf: Offenburg 1802–1847. Zwischen Reichsstadt und Revolution, Karlsruhe 1997.

175 Jahre danach.

Das Jubiläumsnetzwerk zum Revolutionsjubiläum 2023/24

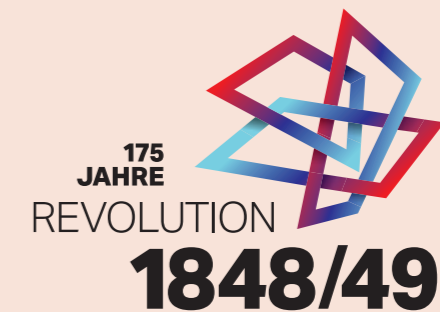
Seit Mai 2021 vernetzen sich im „Jubiläumsnetzwerk 175 Jahre Revolution 1848/49“ Kultureinrichtungen, Vereine und Akteur:innen aus allen Teilen des Bundesgebiets, die sich am Aufarbeiten, Vermitteln und Erinnern an diesen Meilenstein der Demokratiegeschichte beteiligen. Das vom Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen koordinierte Netzwerk stimmt Ausstellungs- und Veranstaltungsschwerpunkte anlässlich des Jubiläums ab und ist eine Plattform für den Austausch darüber, wie mit Blick auf tagesaktuelle gesellschaftspolitische Fragen an den demokratiehistorischen Meilenstein erinnert werden sollte.

Im August 2021 fand das vom Netzwerk zusammen mit der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte veranstaltete erste Regionaltreffen in Rastatt statt, an dem Museen, Stiftungen, Gedenkstätten und Akteure der historisch-politischen Bildungsarbeit aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland teilnahmen. Im Folgemonat richtete das Netzwerk im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets in Bochum ein weiteres Regionaltreffen aus. Pandemiebedingt verlagerte sich der Austausch in den Folgemonaten in den digitalen Raum.

Neben der Vernetzung von Organisationen und Kultureinrichtungen aus Berlin und Brandenburg tauschten sich bei digitalen Netzwerktreffen Akteur:innen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie Vertreter:innen von bundesweit agierenden Einrichtungen und Stiftungen über Jubiläumsvorhaben aus. Gefördert wurde das Vorhaben von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.



Die Teilnehmer:innen der Auftakttagung des Jubiläumsnetzwerks am 4./5. November 2021 in Rastatt.
© Foto: Alexander Danner



Zentral war die Auftakttagung des Jubiläumsnetzwerks in Rastatt im November 2021. Ergebnisse und ausgewählte Diskussionsbeiträge der Tagung sind in der vorliegenden Broschüre zugänglich gemacht. Folgetagungen im September 2022 in Frankfurt am Main und im März 2023 in Berlin sind in Vorbereitung. Das Jubiläumsnetzwerk wird in den kommenden Monaten die Zusammenarbeit intensivieren und auf Europa ausweiten.

Sollten wir Ihr Interesse geweckt haben, freuen wir uns sehr über Ihr Mitwirken. Informationen und Kontaktdaten finden Sie auf:
www.demokratie-geschichte.de/extra/1848er

Oder schreiben Sie uns über das Kontaktformular des Online-Themenportals des Jubiläumsnetzwerks. Das Themenportal erreichen Sie unter:
www.revolution-1848.de

48digital.

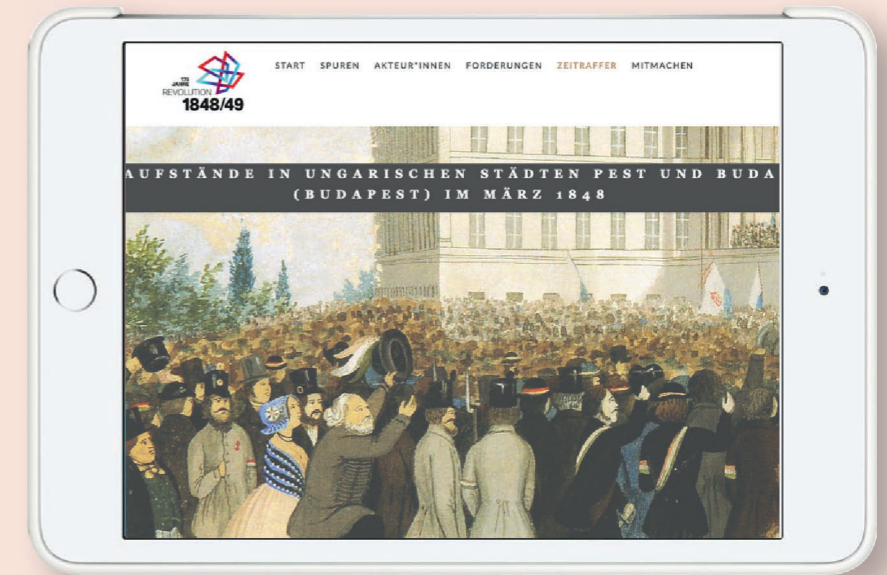
Das Online-Themenportal zur Revolution 1848/49

Was haben Eichen in der schleswig-holsteinischen Provinz, eine Druckmaschine im Ungarischen Nationalmuseum in Budapest und ein kleiner Park in der Küstenstadt Saint Thomas auf den Jungferninseln mit der Revolution von 1848/49 zu tun?

Der Meilenstein der Demokratiegeschichte hat an vielen Orten Spuren hinterlassen. Das vom Paul Singer Verein initiierte Themenportal gibt Revolutionsinteressierten im World Wide Web einen Überblick über die europäische und auch weltweite Dimension der Revolution, über die Forderungen der Revolutionär:innen sowie über charakteristische Akteur:innen und zeigt, wie an Orten in ganz Europa an die Revolution erinnert wird.

Ein Schnelldurchlauf durch die europäischen Revolutionsereignisse zeigt, wie die Revolution dominoartig zu einem gesamteuropäischen Ereignis wurde. Kurzbiografien stellen Personen vor, die revolutionäre Aufstände prägten, an ihnen gewollt oder ungewollt beteiligt waren, die den Befehl gaben, die Revolution zu bekämpfen oder sie als Militärangehörige blutig niederschlugen. Sie werden als Charaktere dargestellt, die die Revolution geprägt und verändert haben oder aufgrund ihrer Rolle und Umgangsformen mit der Revolution ihren Platz im Gedenken und Erinnern an revolutionäre Ehrhebungen zugesprochen bekamen oder bekommen sollten.

Die Forderungen der Revolutionäre:innen werden am Beispiel unterschiedlicher Forderungskataloge vorgestellt. Kurzvideos, in denen Jugendorganisationen politischer Parteien die Forderungen kommentieren, stellen die Relevanz von eingeforderten Rechten wie Pressefreiheit, einem allgemeinen Wahlrecht und einem menschenwürdigen Leben für unser gegenwärtiges demokratisches Selbstverständnis heraus.



Auffindbare Spuren der Revolution werden auf einer Karte verzeichnet. Die Entstehung von Denkmälern und Gedenktafeln oder die Ausstellung von Exponaten aus der Revolutionszeit werden in ihrer erinnerungspolitischen Funktion vorgestellt und ihre Entstehung beleuchtet. Unter „Mitmachen“ informiert 48digital über die Aktivitäten des Jubiläumsnetzwerks.

Ein Veranstaltungskalender wird in Zukunft einen Überblick über Veranstaltungen und geplante Jubiläumsaktivitäten geben.

Schicken Sie uns gerne Kurzbiografien zu Revolutionär:innen und Gegner:innen des demokratischen Aufbruchs aus Ihren Regionen zu. Auch die kartografierte Spurensuche kann mithilfe ihrer Zusendungen in den kommenden Monaten ausgeweitet werden.

Wir freuen uns über eine Mitarbeit am Themenportal.

Alle Infos unter:

www.revolution-1848.de

Impressum

Die Revolution 1848/49

Wie nach 175 Jahren an den Meilenstein
der Demokratieggeschichte erinnern?

1. Auflage

© 2021 Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen,
Trägerverein Paul Singer e. V.

Eine Publikation von Paul Singer e. V.
Strausberger Str. 39, 10243 Berlin

kontakt@paulsinger.de

Herausgeberinnen: Susanne Kitschun, Elisabeth Thalhofer

Lektorat: Angela Martin

Gestaltung und Layout: Amelie Thierfelder, Berlin

Druck und Herstellung: PinguinDruck, Berlin

ISBN 978-3-00-071321-7



Gefördert von:

